



10 | 2008

61. Jg., 21.–22. KW, 30. Mai 2008

ifo Schnelldienst

Zur Diskussion gestellt

Ronald Bachmann, Thomas K. Bauer, Jochen Kluge und Christoph M. Schmidt

- Nachtrag: Mindestlohn: Für und Wider

Konferenz

- Hans-Werner Sinns Geburtstagskonferenz

Kommentar

Hans-Werner Sinn

- Bedarfsgewichteter Käse und neue Armut

Ferdinand Dudenhöffer und Marcus Krüger

- Kohlendioxid: Zu viele unterschiedliche Preise

Dieter Dziadkowski

- Überbesteuerung durch heimliche Steuererhöhungen

Forschungsergebnisse

Klaus Abberger und Wolfgang Nierhaus

- Markov-Switching und ifo Geschäftsklima

Anja Rohwer

- Kann man Globalisierung messen?

Daten und Prognosen

Horst Penzkofer

- Messe München: Jährlicher Umsatz von 2,17 Mrd. Euro

Gernot Nerb und Anna Stangl

- ifo-Indikator: Weltwirtschaftsklima weiter gesunken

Im Blickpunkt

- Armutsmessung: Unklare Datenlage

Klaus Abberger

- ifo Konjunkturtest Mai 2008

ifo Schnelldienst ISSN 0018-974 X

Herausgeber: ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V.,
Poschingerstraße 5, 81679 München, Postfach 86 04 60, 81631 München,
Telefon (089) 92 24-0, Telefax (089) 98 53 69, E-Mail: ifo@ifode.de.

Redaktion: Dr. Marga Jennewein.

Redaktionskomitee: Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Werner Sinn, Dr. Chang Woon Nam,
Dr. Gernot Nerb, Dr. Wolfgang Ochel, Dr. Martin Werding.

Vertrieb: ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Erscheinungsweise: zweimal monatlich.

Bezugspreis jährlich:

Institutionen EUR 225,-

Einzelpersonen EUR 96,-

Studenten EUR 48,-

Preis des Einzelheftes: EUR 10,-

jeweils zuzüglich Versandkosten.

Layout: Pro Design.

Satz: ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):

nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung eines Belegexemplars.

Zur Diskussion gestellt

Nachtrag: Mindestlohn: Für und Wider

3

Ergänzend zu den Beiträgen im ifo Schnelldienst 6/2008 stellen *Ronald Bachmann, Thomas K. Bauer, Jochen Kluge* und *Christoph M. Schmidt*, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) Essen, erste Ergebnisse einer Unternehmensbefragung zu den Auswirkungen des Postmindestlohns vor. Die Befragung zeigte, wie Mindestlohnregelungen bereits kurzfristig zu Beschäftigungsabbau führen, der sich langfristig noch weiter verstärken könnte.

Konferenz

Hans-Werner Sinns Geburtstagskonferenz

9

Economic Policy in the Presence of Globalisation

»Economic Policy in the Presence of Globalisation« war der Titel der Konferenz, die am 25. April 2008 anlässlich des 60. Geburtstages von Hans-Werner Sinn, Präsident des ifo Instituts, stattfand. Knapp 300 renommierte Wirtschaftswissenschaftler aus aller Welt hatten sich in München eingefunden, um an der hochkarätig besetzten Konferenz teilzunehmen, und sorgten in den vier Panels für spannende Diskussionen.

Kommentar

Der bedarfsgewichtete Käse und die neue Armut

14

Hans-Werner Sinn

Glaubt man dem neuesten Armutsbericht der Bundesregierung, sind 13% der Bevölkerung in Deutschland armutsgefährdet. Sind die derzeit aus den Medien zu hörenden Alarmrufe angebracht, oder leidet die öffentliche Diskussion unter einer Begriffsverwirrung und wird durch ein statistisches Artefakt in die Irre geführt?

Kohlendioxid: Zu viele unterschiedliche Preise für den Autofahrer

17

Ferdinand Dudenhöffer und Marcus Krüger

Wird die Kfz-Steuer in eine so genannte CO₂-Steuer umgebaut, wird die zukünftige Steuer implizit einen Preis für das Gramm eingespartes CO₂ setzen. *Ferdinand Dudenhöffer* und *Marcus Krüger*, Center Automotive Research (CAR) an der Fachhochschule Gelsenkirchen, zeigen, dass damit ein Gramm CO₂ mehrere Preise haben wird, je nachdem, ob es aus einem neuen oder einem alten Auto stammt.

Verringerung der Überbesteuerung durch heimliche Steuererhöhungen dringend erforderlich

19

Dieter Dziadkowski

Bei steigenden Einkommen führt die »kalte Progression« des Einkommensteuertarifs für den Steuerzahler dazu, dass seine Einkommensteuer automatisch stärker zunimmt als das Einkommen selbst. Diese »heimlichen Steuererhöhungen« werden 2008 und 2009 infolge der nominalen Lohnerhöhungen zunehmen, da eine entsprechende Tarifanpassung nicht realisiert wurde. Nach Ansicht von *Dieter Dziadkowski*, ehemals Mitglied der Bareis-Kommission, wird insbesondere der inzwischen zu geringe Grundfreibetrag zur Steuerfreistellung des Existenzminimums zu verfassungswidrigen Belastungen führen. Zur Behebung der Verwerfungen wäre eine Regelung notwendig, die den Einkommensteuertarif der inflationären Entwicklung laufend anpasst.

Forschungsergebnisse

Markov-Switching und ifo Geschäftsklima

25

Klaus Abberger und Wolfgang Nierhaus

Die hier präsentierten Berechnungen zeigen, dass das ifo Geschäftsklima in der gewerblichen Wirtschaft mit einem Markov-Switching-(MS-)Ansatz modelliert

werden kann. Mit diesem MS-Modell können die Wendepunkte der zyklischen Komponente des realen Bruttoinlandsprodukts zuverlässig und mit Vorlauf erkannt werden.

Kann man Globalisierung messen? Ein Vergleich zweier unterschiedlicher Indizes zur Messung der Globalisierung

31

Anja Rohwer

Sowohl das Beratungsunternehmen A.T. Kearney als auch die Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich entwickelten je einen Index zur Messung der Globalisierung der Länder. Beide Indizes werden hier verglichen und beurteilt.

Daten und Prognosen

Messen und Veranstaltungen der Messe München lösen bundesweit jährlich einen Umsatz von 2,17 Mrd. Euro aus

38

Horst Penzkofer

Nach den jüngsten Berechnungen des ifo Instituts betragen in einem durchschnittlichen Veranstaltungsjahr die Gesamtausgaben von in- und ausländischen Besuchern und Ausstellern in München rund 1,53 Mrd. €. Werden auch die indirekten Produktionseffekte mit berücksichtigt, ergibt sich ein bundesweit induziertes Umsatzvolumen von jahresdurchschnittlich 2,17 Mrd. €.

ifo Indikator für das Weltwirtschaftsklima weiter gesunken

44

Gernot Nerb und Anna Stangl

Das ifo Weltwirtschaftsklima hat sich im zweiten Quartal 2008 weiter verschlechtert. Der Indikator fiel auf den niedrigsten Stand seit über sechs Jahren. Der Rückgang resultiert vor allem aus der ungünstigeren Einschätzung der derzeitigen wirtschaftlichen Lage, aber auch die Erwartungen für die nächsten sechs Monate wurden weiter nach unten revidiert.

Im Blickpunkt

Armutsmessung: Unklare Datenlage – chaotische Berichterstattung

54

Während die ersten beiden Armuts- und Reichtumsberichte der Bundesregierung auf Daten der »Einkommens- und Verbrauchsstichprobe« (EVS) des Statistischen Bundesamtes basierten, werden im aktuellen Bericht gleich zwei weitere Datenquellen herangezogen: eine neue Erhebung »Leben in Europa«, die das Statistische Bundesamt für die amtliche europäische Statistik erhebt, und das »Sozio-ökonomische Panel«. Diese Daten sind mit denen der EVS nicht vergleichbar und führen zu untereinander stark abweichenden Ergebnissen, so dass die im 3. Armuts- und Reichtumsbericht angegebenen Zahlen eher Chaos als Klarheit über Begriff und Umfang von Armut in Deutschland produzieren.

ifo Konjunkturtest Mai 2008 in Kürze

56

Klaus Abberger

Der ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft Deutschlands ist im Mai gestiegen, nachdem er im Vormonat deutlich nachgegeben hatte. Trotz der Verbesserung konnte er daher seinen Rückgang vom April nur teilweise wettmachen. Die befragten Unternehmen beurteilten ihre aktuelle Geschäftslage positiver als im Vormonat. Hinsichtlich der Geschäftsentwicklung im nächsten halben Jahr sind sie ebenfalls ein wenig zuversichtlicher.

Ergänzend zu den Beiträgen im ifo Schnelldienst 6/2008 stellen Ronald Bachmann, Thomas K. Bauer, Jochen Kluge und Christoph M. Schmidt von Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung (RWI), Essen, erste Ergebnisse einer Unternehmensbefragung zu den Auswirkungen des Postmindestlohns vor.

Sind Mindestlöhne wirklich eine Option für Deutschland? Erste Ergebnisse zu den Auswirkungen des Postmindestlohns*

Die aktuelle Debatte

Die Einführung von Mindestlöhnen hat sich in Deutschland nicht zuletzt aufgrund des nahenden Bundestagswahlkampfes zu einem zentralen wirtschaftspolitischen Thema entwickelt, das sowohl in der politischen Arena und der Öffentlichkeit, aber augenscheinlich auch unter Wirtschaftswissenschaftlern sehr kontrovers diskutiert wird. Befürworter von Lohnuntergrenzen weisen bevorzugt darauf hin, dass Mindestlöhne in anderen Volkswirtschaften keinen offensichtlichen Schaden angerichtet haben. Gegner von Mindestlöhnen haben bislang mit diesem Argument leichtes Spiel, unterscheiden sich die Arbeitsmärkte dieser Volkswirtschaften doch in wesentlichen Punkten vom deutschen Arbeitsmarkt, wobei hier zumeist auf die vergleichsweise hohe Regelungsdichte und Langzeitarbeitslosigkeit in Deutschland hingewiesen wird. Aufgrund dieser Unterschiede ist die Übertragbarkeit derartiger Ergebnisse auf den deutschen Arbeitsmarkt sehr stark anzuzweifeln. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich zudem, dass die stichhaltigen empirischen Studien zu den Konsequenzen von Mindestlöhnen insbesondere Nachteile für junge sowie für niedrig qualifizierte Arbeitnehmer identifizieren (siehe zusammenfassend Neumark und Wascher 2006).

Trotz dieser empirischen Evidenz hält sich in Deutschland eine hartnäckige Diskus-

sion über das Für und Wider der Einführung gesetzlicher Mindestlöhne. So argumentiert beispielsweise der aktuelle Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (BMAS 2008), das Arbeitnehmerentendegesetz schütze wirksam vor »Lohndumping«. Die hier zu Tage tretende Ignoranz gegenüber möglichen adversen Effekten von gesetzlichen Mindestlöhnen auf die Beschäftigung wird auch durch die für Deutschland weitgehend fehlenden empirischen Belege über deren tatsächliche Wirkungen genährt.

In diese Erkenntnislücke stößt eine aktuelle Studie des RWI Essen (2008) zu den Auswirkungen der Einführung des Postmindestlohns. Auf Basis einer Befragung von Unternehmen im Bereich der Briefdienstleistungen zeigt sich darin beispielhaft, wie Mindestlohnregelungen bereits kurzfristig zu Beschäftigungsabbau führen, der sich langfristig noch weiter verstärken könnte.

Der nächste Abschnitt dieses Beitrags skizziert kurz die zentralen Probleme einer empirischen Analyse der kausalen Arbeitsmarkteffekte des Mindestlohns und diskutiert verschiedene Strategien, die verfolgt werden können, um diese Probleme zu vermeiden. Der darauf folgende Abschnitt beschreibt die vom RWI Essen durchgeführte Befragung von Unternehmen im Bereich der Briefdienstleistungen. Die Ergebnisse dieser Befragung werden anschließend vorgestellt. Der Beitrag schließt mit einem kurzen Fazit.

Die empirische Herausforderung der Mindestlohnforschung

ArbeitsökonomInnen können sich für eine Analyse der Auswirkungen gesetzlicher Eingriffe in die Lohnbildung nicht in die unbeeinflusste Idealwelt eines Labors zurückziehen. Sie können Erkenntnisse über



Ronald Bachmann¹



Thomas K. Bauer^{1,2}



Jochen Kluge¹



Christoph M. Schmidt^{1,2}

* Wir bedanken uns bei Joachim Schmidt für konstruktive Kommentare sowie bei Claudia Lohkamp und Claudia Schmiedchen für ihre Unterstützung.

¹ RWI Essen.

² Ruhr-Universität Bochum.

kausale Zusammenhänge empirisch letztlich nur dadurch gewinnen, indem sie mittels eines intelligenten Studiendesigns eine für die Identifikation der interessierenden Zusammenhänge geeignete Variation in den Daten analysieren. Dies erfordert zumeist den Rückgriff auf historische Präzedenzfälle. Da es diese in der Geschichte der Bundesrepublik so gut wie nicht gibt, überrascht die Erkenntnislücke zur Wirkung von Mindestlöhnen in Deutschland nicht. Man ist daher in der derzeitigen Diskussion weitgehend auf Analogieschlüsse angewiesen. Die Übertragbarkeit von Analyseergebnissen aus dem internationalen Umfeld ist – wie oben dargelegt – zwar äußerst begrenzt, spricht aber gegen die Einführung von Mindestlöhnen in Deutschland.

Ein alternativer Ansatz besteht darin, in die eigene Vergangenheit zu schauen und die Frage zu stellen, wie sich Variationen in der Lohnstruktur in Schwankungen der Nachfrage nach Arbeit seitens der Arbeitgeber bemerkbar machen. In Verbindung mit einer Abschätzung, wie die Lohnstruktur durch die Einführung eines Mindestlohns verändert wird, lässt sich dann auch die Wirkung auf die Beschäftigung abschätzen. Dies ist im Prinzip der Weg, der bspw. von Ragnitz und Thum (2008) beschritten wird. Diese Vorgehensweise hat allerdings einen Haken: Zwar ist die Größenordnung der Beschäftigungseffekte offen, aber ihr Vorzeichen wird mit der (impliziten oder expliziten) Wahl des zugrunde gelegten Systems an Arbeitsnachfragegleichungen weitgehend festgelegt. Die eindeutig ablehnenden Ergebnisse solcher Studien gegenüber dem Mindestlohn werden daher deren Befürworter wohl auch nicht überzeugen.

Einen anderen Weg beschreitet die aktuelle Studie von König und Möller (2007), die im Sinne von Card und Krüger (1994) – wenn auch letztlich nicht völlig überzeugend (Kluge und Schmidt 2008) – ein modernes ökonometrisches Instrumentarium für die Analyse von Individualdaten einsetzt und so das seit zehn Jahren bestehende Entsendegesetz in der Bauwirtschaft auf seine Beschäftigungswirkungen hin überprüft. Im Osten der Republik, wo der Mindestlohn erheblich in die Lohnstruktur eingegriffen hat, finden die Autoren zwar erhebliche negative Beschäftigungsverluste, aber diese werden für Westdeutschland zumindest in der kurzen Frist nicht bestätigt.

Nimmt man die Ergebnisse der Studie trotz der methodischen Vorbehalte ernst, dann zeigt sich, dass dort, wo die Mindestlohnregelung aufgrund der ohnehin vorliegenden Lohnentwicklung keine relevante Bindungswirkung entfaltet (in Westdeutschland), auch kein nennenswerter Beschäftigungseffekt ermittelt wird. Wird ein Mindestlohn nämlich in einer Branche im Vergleich zu den dort gezahlten Löhnen recht niedrig angesetzt, dann kann diese Übung weder großen Schaden anrichten noch die Einkommen der Betroffenen substantiell erhöhen. Daraus lässt sich aber nicht schlie-

ßen, ein höher angesetzter Mindestlohn wäre nicht beschäftigungsschädlich. Dort, wo der Mindestlohn zu einer relevanten Lohnkompression führt (in Ostdeutschland), kommt es in der Tat auch in der Studie von König und Möller (2007) zu signifikanten Beschäftigungsverlusten, ganz im Einklang mit der neoklassischen Theorie des Arbeitsmarkts.

Unternehmensbefragung zu den Auswirkungen des Postmindestlohns

Da diese bisherigen Ergebnisse nicht befriedigen können, wird ein dritter Weg attraktiv – die Befragung von betroffenen Unternehmen. Die Einführung des Mindestlohns für Briefzusteller gibt dazu einen aktuellen Anlass. Der Deutsche Bundestag hat am 14. Dezember 2007 die Aufnahme von Briefzustelldiensten in das Arbeitnehmerentendengesetz beschlossen, und der Bundesrat hat am 20. Dezember 2007 dieser Regelung zugestimmt. Das Inkrafttreten der entsprechenden Rechtsverordnung am 1. Januar 2008 bedeutet konkret die Einführung eines Mindestlohns für Betriebe, die überwiegend gewerbs- oder geschäftsmäßig Briefe für Dritte befördern. Dieser Mindestlohn beträgt in Westdeutschland 9,80 € (im Osten: 9,00 €) pro Stunde für Beschäftigte, die Briefe zustellen, und 8,40 € (im Osten: 8,00 €) pro Stunde für andere in diesen Betrieben Beschäftigte (z.B. Sortierer).

Die Frage, welche Auswirkungen derartige Mindestlohnregelungen auf den Arbeitsmarkt und insbesondere die Beschäftigung in diesem Bereich haben werden, wird sich erst in einiger Zeit empirisch stichhaltig beantworten lassen. Eine aktuelle Studie des RWI Essen (2008) liefert jedoch bereits erste Informationen zu den unmittelbaren Auswirkungen der Regelung zum Mindestlohn im Bereich Briefdienstleistungen auf die Wettbewerbssituation und die weitere geschäftliche Entwicklung der befragten Unternehmen. Kern der Studie ist die Auswertung einer im Februar 2008 durchgeführten telefonischen Befragung unter Betrieben der Branche *Briefdienstleistungen*.³ Die Bruttostichprobe der Befragung umfasste 315 Unternehmen, wobei letztendlich eine Nettostichprobe von 113 Unternehmen (76,1% in Westdeutschland) realisiert wurde, für die ein vollständiges Interview durchgeführt werden konnte. Dies entspricht mit 35,9% einer angesichts des sehr eng gefassten Befragungszeitraums recht hohen Rücklaufquote.

Die Mehrzahl der befragten Unternehmen hat ihre Tätigkeit im Jahr 1998 oder später aufgenommen, also nach dem Einstieg in die Liberalisierung des Marktes für Briefdienstleistungen. Dabei sind 92% der befragten Betriebe im Ge-

³ Auftraggeber der Studie war das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi), die Befragung des RWI Essen wurde von forsa durchgeführt.

Tab. 1
Einschätzung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage des Unternehmens

	Gesamt		West		Ost	
Gut	23	(20,4%)	19	(22,1%)	4	(14,8%)
Befriedigend	53	(46,9%)	36	(41,9%)	17	(63,0%)
Schlecht	37	(32,7%)	31	(36,0%)	6	(22,2%)
Gesamt	113	(100,0%)	86	(100,0%)	27	(100,0%)

Quelle: RWI Essen (2008).

schäftsfeld »Briefe« tätig (zum Teil zusätzlich auch in den Feldern »Paket« und/oder »Kurier«), während nur 8% ausschließlich »Paket«- und/oder »Kurier«-Dienste anbieten. 61% der befragten Unternehmen erbringen ihre Dienstleistungen in einem Gebiet mit einem Umkreis von bis zu 100 Kilometern, nur etwa 12% der Betriebe sind bundesweit tätig.

Ungefähr 37% der befragten Betriebe geben an, in einer Umsatzkategorie bis zu 500 000 € im Jahr zu liegen. 42% befinden sich im Bereich zwischen 500 000 € und 10 Mill. € pro Jahr, und 6% setzen mehr als 10 Mill. € pro Jahr um (14% der Unternehmen machten keine Angabe zum Umsatz). Insgesamt deckt die Stichprobe damit eher kleine und mittelständische Unternehmen im Bereich Briefdienstleistungen ab. Die Unternehmen eint der hohe Anteil der Personalkosten an ihren Gesamtkosten, der im Durchschnitt bei 57% liegt. Für 76% liegt dieser Anteil gar über 50%, was die Vermutung nahe legt, dass die Einführung eines Mindestlohns ein wesentlicher (Kosten-)Faktor für diese Unternehmen sein könnte.

Die Arbeitskosten gehen auch in die Preisgestaltung der befragten Unternehmen zu einem wesentlichen Teil ein. So sind die Arbeitskosten für 49% der Betriebe einer der Faktoren oder der alleinige Faktor, der die Preisgestaltung bestimmt. Übertroffen wird dies allerdings durch die Preise der Konkurrenz, die für 66% der Unternehmen eine Rolle spielen. Die Nachfrage durch Kunden hat mit 30% nach eigenen Angaben nur eine nachgeordnete Bedeutung.

Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage schätzt ein knappes Drittel der befragten Unternehmen als »schlecht« ein (vgl. Tab. 1). Die knappe Hälfte sieht sich in einer »befriedigenden« wirtschaftlichen Situation, nur etwa 20% sagen, ihre Lage sei »gut«. Dabei neigen die befragten ostdeutschen Unternehmen deutlich mehr zu einer indifferenten Einschätzung (63%) als die westdeutschen, die sich eher auf »gut«

oder »schlecht« festlegen. Insgesamt geben knapp 56% der Unternehmen an, heute mehr Personal zu beschäftigen als vor einem Jahr (vgl. Tab. 2). Diese positive Entwicklung des Bereichs Briefdienstleistungen scheint in Westdeutschland (62% der Unternehmen mit gestiegenem Personalbestand) stärker gewesen zu sein als in Ostdeutschland (37%).

Tabelle 3 stellt die Verteilung der Beschäftigten in den befragten Unternehmen dar. Insgesamt sind in den befragten Betrieben 3 723 Vollzeitkräfte, 5 112 Teilzeitkräfte und 6 409 geringfügig Beschäftigte tätig. Die Gruppe der Vollzeitkräfte ist mit einem (gerundeten) Durchschnitt von 34 Beschäftigten pro Betrieb die kleinste dieser drei Gruppen. Auch die Teilzeitkräfte liegen mit durchschnittlich 47 Beschäftigten pro Betrieb unter dem Durchschnitt von 60 geringfügig Beschäftigten. Insbesondere im Osten stellen die Teilzeit- und geringfügig Beschäftigten mit durchschnittlich 78 bzw. 118 Beschäftigten pro Betrieb den Großteil des Personals, während Vollzeitkräfte mit 29 Beschäftigten im Durchschnitt einen verhältnismäßig kleinen Anteil einnehmen. Auszubildende sind in den befragten Unternehmen der Branche Briefdienstleistungen selten.⁴

Befragungsergebnisse

Der Fokus der RWI-Befragung lag auf den unmittelbaren Auswirkungen der Einführung eines Mindestlohns in dieser Branche. Hierzu zeigt Tabelle 4 zunächst, dass die deutliche Mehrheit der befragten Betriebe die Neuregelung *nicht* befürwortet. Im Westen sind dies knapp 80%, im Osten 89%. Die Unternehmen wurden darüber hinaus dazu befragt, wie sich ihrer Einschätzung nach die Einführung

⁴ Diese Strukturen entsprechen auch den Resultaten der jüngsten Erhebung der Bundesnetzagentur unter den insgesamt 1 509 Lizenznehmern im Bereich Briefdienstleistungen in Deutschland (vgl. Bundesnetzagentur 2008).

Tab. 2
Entwicklung des Personalbestands während der vergangenen zwölf Monate

	Gesamt		West		Ost	
Zunahme	63	(55,8%)	53	(61,6%)	10	(37,0%)
Keine Veränderung	31	(27,4%)	25	(29,1%)	6	(22,2%)
Abnahme	19	(16,8%)	8	(9,3%)	11	(40,7%)
Gesamt	113	(100,0%)	86	(100,0%)	27	(100,0%)

Quelle: RWI Essen (2008).

Tab. 3
Beschäftigungsstruktur der befragten Unternehmen

	Vollzeit	Teilzeit	Geringfügig	Azubis
	Gesamtdeutschland			
Durchschnitt	34	47	60	1
Maximum ^{a)}	300	1 500	1 500	13
	West			
Durchschnitt	36	37	43	1
Maximum ^{a)}	300	1 000	450	13
	Ost			
Durchschnitt	29	78	118	0,5
Maximum ^{a)}	125	1 500	1 500	3

^{a)} Das Minimum ist jeweils 0.

Quelle: RWI Essen (2008).

Tab. 4
Anteil der Befürworter der Einführung des Mindestlohns im Januar 2008

	Gesamt	West	Ost
Befürworter	17,2%	20,2%	11,1%
Keine Befürworter	82,8%	79,8%	88,9%
Gesamt	111	84	27

Quelle: RWI Essen (2008).

Tab. 5
Auswirkung des Mindestlohns auf die wirtschaftliche Lage der Unternehmen

	Unmittelbar		Langfristig	
Viel besser	1	(0,9%)	2	(1,8%)
Etwas besser	1	(0,9%)	10	(9,2%)
Kein Einfluss, unverändert	32	(28,6%)	26	(23,9%)
Etwas schlechter	32	(28,6%)	19	(17,4%)
Viel schlechter	46	(41,1%)	52	(47,7%)
Gesamt	112	(100,0%)	109	(100,0%)

Quelle: RWI Essen (2008).

Tab. 6
Reaktionen der Unternehmen auf die Einführung des Mindestlohns

	Unmittelbar		Langfristig	
Erhöhung der Preise	15	(13,3%)	41	(36,3%)
Steigerung der Produktivität	40	(35,4%)	56	(49,6%)
Anpassung Beschäftigtenstruktur	36	(31,9%)	61	(54,0%)
Geringere Investitionen	58	(51,3%)	63	(55,8%)
Veränderung der Kooperationspartner	27	(23,9%)	35	(31,0%)
Veränderung des Vergütungssystems	32	(28,3%)	45	(39,8%)

Mehrfachnennungen möglich, 113 Unternehmen.

Quelle: RWI Essen (2008).

des Mindestlohns auf ihre wirtschaftliche Lage auswirkt. Sie wurden dabei gebeten, zwischen einer unmittelbaren Perspektive – also jener Wirkung, die bereits eineinhalb Monate nach Inkrafttreten der Neuregelung eingetreten ist – und einer langfristigen Perspektive über die kommenden zwölf Monate zu unterscheiden.

Eineinhalb Monate nach Einführung des Mindestlohns sagen weniger als 2% der Unternehmen, dass ihre wirtschaftliche Situation dadurch »etwas besser« oder »viel besser« geworden ist (vgl. Tab. 5). Demgegenüber berichten insgesamt 69% von einer »etwas schlechteren« (28%) oder »viel schlechteren« (41%) wirtschaftlichen Lage, während 28% keinen Einfluss feststellen können.

Die langfristige Einschätzung der Unternehmen stellt sich sehr ähnlich dar. Zwar rechnen 11% der befragten Betriebe durch den Mindestlohn mit einer »etwas besseren« oder »viel besseren« wirtschaftlichen Situation über die kommenden zwölf Monate, andererseits sehen 65% eine Entwicklung zu einer »etwas schlechteren« oder »viel schlechteren« Situation voraus. 24% der Unternehmen sehen langfristig keine Veränderung ihrer wirtschaftlichen Lage durch den Mindestlohn.

Tabelle 6 verdeutlicht, mit welchen Maßnahmen die Unternehmen auf die Einführung des Mindestlohns reagiert haben bzw. reagieren werden. Unmittelbar auf die Neuregelung reagiert haben die Unternehmen insbesondere mit einer Steigerung der Produktivität (35%) und einer Reduktion der Investitionen (51%). Auch die Anpassung der Beschäftigtenstruktur (32%) und die Veränderung des Vergütungssystems (28%) stellen für einen nennenswerten Teil der Unternehmen eine unmittelbare Reaktion auf den Mindestlohn dar, nicht jedoch die kurzfristige Erhöhung der Preise.

In der langfristigen Perspektive rechnet eine größere Zahl an Unternehmen mit Anpassungsreaktionen. Neben der geringeren Investitionstätigkeit (56%) und der Steigerung der Produktivität (50%) ist insbesondere die Anpassung der Beschäftigtenstruktur (54%) zu nennen. Auch mit Preiserhöhungen (36%) und Veränderungen des Vergütungssystems (40%) rechnen die Unternehmen über die

Tab. 7
Veränderungen im Personalbestand der Unternehmen

	Unmittelbar	Langfristig
Mehr	4 (3,5%)	13 (12,0%)
Genau so viele	75 (66,4%)	38 (35,2%)
Weniger	34 (30,1%)	57 (52,8%)
Gesamt	113	108

Quelle: RWI Essen (2008).

Tab. 8
Voraussichtliche Veränderungen der Beschäftigungsstruktur

	Vollzeit	Teilzeit	Geringfügig
Zunahme	10,5%	26,2%	24,1%
Abnahme	59,6%	42,6%	48,1%
Keine Änderung	29,9%	14,8%	27,8%

61 antwortende Unternehmen.

Quelle: RWI Essen (2008).

kommenden zwölf Monate. Die Erhöhung der Preise bleibt als Anpassungsmaßnahme offenbar auch in der langfristigen Perspektive hinter anderen Möglichkeiten zurück. Da die Unternehmen sich in ihrer Preisgestaltung insbesondere an den Preisen der Konkurrenten orientieren, haben die befragten Betriebe offenbar nur wenig Spielraum, ihre Preise zu erhöhen und so eine durch den Mindestlohn hervorgerufene Erhöhung der Personalkosten an die Kunden weiterzugeben.

Seit Einführung der Neuregelung haben 4% der befragten Unternehmen neue Stellen geschaffen (vgl. Tab. 7), während 30% bereits Stellen abgebaut haben. Langfristig rechnen 12% der befragten Unternehmen damit, dass sie aufgrund der Neuregelung Stellen schaffen werden, während 53% einen Stellenabbau vorhersagen. Hinsichtlich der langfristig zu erwartenden Veränderung der Beschäftigtenstruktur (vgl. Tab. 8) berichten die Unternehmen insbesondere von einer voraussichtlichen Reduktion von Vollzeitstellen und in geringerem Maße von Stellen für Teilzeit- und geringfügig Beschäftigte.

Schließlich wurden die Unternehmen, die von Stellenabbau oder -schaffung berichten, um eine Quantifizierung dieser Veränderung gebeten (vgl. Tab. 9). Während seit dem

Tab. 9
Voraussichtlich geschaffene und abgebaute Stellen durch die Einführung des Mindestlohns

	Unmittelbar	Langfristig
Stellenschaffung	14	94
Antwortende Unternehmen	4	10
Stellenabbau	755	1 771
Antwortende Unternehmen	34	47

Quelle: RWI Essen (2008).

1. Januar 2008 in vier Unternehmen 14 Stellen geschaffen wurden (d.h. im Durchschnitt 3,5 Stellen pro betroffenem Betrieb), wurden gleichzeitig in 34 Betrieben 755 Stellen abgebaut (d.h. 22,2 Stellen pro betroffenem Betrieb). Langfristig planen jene zehn Betriebe, die Stellen schaffen wollen, mit 94 zusätzlichen Stellen, was einem Durchschnitt von 9,4 Stellen pro betroffene Unternehmen entspricht. In jenen 38 Betrieben, die Stellen abbauen wollen, belaufen sich diese auf insgesamt 1 771 Stellen, d.h. durchschnittlich 46,6 pro betroffenen Betrieb.

Fazit

Der vehement geführten Debatte um Mindestlöhne in Deutschland steht wenig eindeutige Evidenz zu Auswirkungen von Lohnuntergrenzen gegenüber. In Abwägung legen die existierenden theoretischen und empirischen Studien tendenziell Beschäftigungsverluste nahe. Der vorliegende Beitrag bereichert die Debatte durch die Auswertung einer Unternehmensbefragung im Bereich der Briefdienstleistungen, einem Bereich, der seit kurzem von einem Mindestlohn betroffen ist. Unsere Ergebnisse bestärken eindeutig die Skeptiker.

Vor dem Hintergrund eines tendenziell relativ ausgewogenen Bilds ihrer wirtschaftlichen Lage geben insgesamt zwei Drittel der befragten Betriebe der Briefdienstleistungen an, dass sich ihre wirtschaftliche Lage durch die Einführung des Mindestlohns verschlechtert hat und auch langfristig verschlechtern wird. Mehr als ein Drittel der Betriebe berichtet von einer sehr deutlichen Verschlechterung. Sowohl der bereits eingetretene als auch der vorhergesagte Abbau an Beschäftigung erscheint substanziell. Nach Angaben der befragten Betriebe wurden seit Einführung des Mindestlohns bereits 755 Stellen abgebaut. Bezogen auf die aktuelle Gesamtbeschäftigung in den Unternehmen sind dies 5%. Langfristig sagen die Unternehmen einen Stellenabbau von 1 771 Stellen voraus, was 11,6% der aktuellen Gesamtbeschäftigung entspräche.

Der Beschäftigungsabbau ist vermutlich ein wesentlicher Teil der Veränderung der Beschäftigtenstruktur, mit dem die Unternehmen nach eigenen Angaben auf den Mindestlohn bereits reagiert haben bzw. noch reagieren werden. Von dieser Veränderung wären Vollzeitkräfte in den befragten Betrieben überproportional stark betroffen – in einer Branche, in der ohnehin bereits Teilzeit- und geringfügige Beschäftigung einen Großteil der Beschäftigung stellen.

Die Tatsachen, dass die Betriebe vor allem mit einer derartigen Veränderung der Beschäftigtenstruktur sowie einer Re-

duzierung der Investitionen reagieren werden, reflektiert den intensiven Wettbewerb in dieser Branche, der weitgehend verhindert, dass die durch den Mindestlohn erhöhten Personalkosten über Preiserhöhungen an den Kunden weitergegeben werden. Auch wenn man in Betracht zieht, dass den befragten Unternehmen eine Tendenz zur negativen Überzeichnung ihrer wirtschaftlichen Lage unterstellt werden könnte, zeigt sich somit anhand der Befragung ein kohärentes Bild der negativen Auswirkungen des Mindestlohns auf die Beschäftigung in dieser Branche.

Literatur

- BMAS – Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2008), *Lebenslagen in Deutschland: Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung*, Entwurf vom 19. Mai 2008, Berlin.
- Bundesnetzagentur (2008), *Arbeitsbedingungen im lizenzierten Bereich – Endergebnis der Auskunftsanordnung gemäß § 45 PostG vom 22. Juni 2007*, Bonn, erscheint in Kürze.
- Card, D. und A.B. Krueger (1994) »Minimum Wages and Employment: A Case Study of the Fast-Food Industry in New Jersey and Pennsylvania«, *American Economic Review* 84, 772–793.
- Kluve, J. und Ch.M. Schmidt (2008), Mindestlöhne ohne Reue – eine aussichtsreiche Option für Deutschland, *RWI: Positionen* 22, RWI Essen.
- König, M. und J. Möller (2007) »Mindestlohneffekte des Entsendegesetzes? – Eine Mikrodatenanalyse für die deutsche Bauwirtschaft«, Universität Regensburg.
- Neumark, D. und W. Wascher (2006), Minimum Wages and Employment: A Review of Evidence from the Minimum Wage Research, *NBER Working Paper* 12663, Cambridge, Mass.
- Ragnitz, J. und M. Thum (2008), Beschäftigungswirkungen von Mindestlöhnen – eine Erläuterung zu den Berechnungen des ifo Instituts, *ifo Schnelldienst* 61(1), 16–20.
- RWI Essen – Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (2008), Auswirkungen der Einführung des Postmindestlohns – Befragung von Unternehmen der Branche Briefdienstleistungen, *RWI: Projektberichte*, RWI Essen.

Hans-Werner Sinns Geburtstagskonferenz

Economic Policy in the Presence of Globalisation

»Economic Policy in the Presence of Globalisation« war der Titel der Konferenz, die am 25. April 2008 anlässlich des 60. Geburtstages von Hans-Werner Sinn, Präsident des ifo Instituts, stattfand. Knapp 300 renommierte Wirtschaftswissenschaftler aus aller Welt hatten sich im Max-Josephs-Saal der Münchener Residenz eingefunden, um an der hochkarätig besetzten Konferenz teilzunehmen, und sorgten in den vier Panels für spannende Diskussionen. Neben Mitgliedern der volkswirtschaftlichen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München und der verschiedenen Gremien des ifo Instituts waren Vertreter der bayerischen Staatsregierung sowie zahlreiche nationale und internationale Kollegen, die in besonderer Weise Hans-Werner Sinn verbunden sind, nach München gekommen.

Die Veranstaltung wurde von *Monika Schnitzer*, Ludwig-Maximilians-Universität München, und *Assaf Razin*, Tel Aviv University, organisiert und geleitet. Das Programm war breit gefächert und bot Vorträge und Diskussionen zum Wohlfahrtsstaat, zum System- und Steuerwettbewerb, zur Europäischen Integration, zum Klimawandel und zum Thema Qualifikation und Bildungssystem.

Den ersten Themenkomplex »Kann der Wohlfahrtsstaat überleben?« eröffnete *Alan J. Auerbach*, University of California, Berkeley. Er wies in seiner Einführung darauf hin, dass die meisten der Staaten große Summen für soziale Leistungen aufwenden, sei es für das Gesundheitswesen, für Rentenzahlungen oder für die Arbeitslosenversicherung. Nach Angaben der OECD verwenden Deutschland und Frankreich je 30% ihres BIP für soziale Ausgaben. Auerbach unterstrich, dass sich angesichts des demographischen Wandels, verursacht durch geringere Geburtenraten und höhere Lebenserwartung, die Struktur der öffentlichen Ausgaben verändern wird. So weisen Projektionen für das Jahr 2082 für die USA Ausgaben in Höhe von 50% des BIP für das Gesundheitswesen und für die Altersversorgung aus. Zwar werden die Aufwendungen für Bildung und auch für die Arbeitslosenversicherung geringer, da ein immer größerer Anteil der Bevölkerung nicht mehr im erwerbsfähigen Alter sei, aber diese Einsparungen können die Mehrausgaben nicht kompensieren.

Zusätzliche Belastungen für den Wohlfahrtsstaat entstehen durch vier weitere Faktoren: Erstens beruhen entwickelte Volkswirtschaften auf Individuen mit hohem Einkommen und Kapital, die durch ihre Abgaben einen signifikanten Teil der Staatseinnahmen finanzieren. Die zunehmende Mobilität und die wachsende Integration machen es aber immer schwieriger, diese Faktoren entsprechend zu besteuern. Zweitens ist auch das Produktivitätswachstum in Europa in den letzten Jahren enttäuschend, so dass sich die Differenz zu den USA immer weiter vergrößert. Drittens belasten die öffentliche Verschuldung und die Haushaltsdefizite die zukünftigen Generationen. Davon sind vor allem Japan, Italien,



Hans-Werner Sinn, Monika Schnitzer, Assaf Razin

Deutschland und Frankreich betroffen. Und viertens wird es aufgrund der alternden Bevölkerung schwieriger, die Ausgaben für die Älteren zu senken.

Nach den Ausführungen von Auerbach bietet eine verstärkte Zuwanderung keine Lösung, da »die Jungen auch einmal alt werden, und die Armen Nettoempfänger von staatlichen Transferleistungen sind«. Die Nettobilanz für den Staatshaushalt sei dabei nicht eindeutig. Nötig seien eine weitere Flexibilisierung der Arbeitsmärkte, eine Reform des Steuersystems und eine Reform der Rentensysteme. So könne der Wohlfahrtsstaat überleben.

In der anschließenden Diskussion wies *Sir Tony Atkinson*, Oxford University, darauf hin, dass die Definition des Wohlfahrtsstaats je nach Land differiert. Der Wohlfahrtsstaat sei keine fixe Größe, sondern in ständiger Evolution. Schließlich: Wie könne man überleben, wenn der Wohlfahrtsstaat nicht überlebt. Die Frage sei, welches Verhältnis zwischen privater und staatlicher Vorsorge man wählen solle.

Robin Boadway, Queens University Kanada, griff eine Bemerkung von Hans-Werner Sinn auf, der den Wohlfahrtsstaat mit einem Patienten und die Ökonomen mit dem Arzt verglich. So zeige die »Untersuchung des kranken Wohlfahrtsstaates« folgende Symptome: eine Vergrößerung der Ungleichheit, eine hohe Arbeitslosigkeit bei den Geringqualifizierten, nicht-funktionierende Arbeitsmärkte, starken Wettbewerbsdruck, eine hohe öffentliche Verschuldung, ungünstige demographische Tendenzen und schließlich erheblich steigende Kosten für die Sozialsysteme. Einige »Krankheiten« seien hausgemacht, wie beispielsweise die öffentliche Verschuldung oder die rigiden Arbeitsmarktinstitutionen, andere dagegen seien der Globalisierung geschuldet. Seine Therapieansätze: verbesserte Arbeitsanreize, geringere Grenzsteuersätze und größerer Stimuli zum Mitmachen, wie beispielsweise Zuschüsse zum Arbeitseinkommen, aber auch eine striktere Kontrolle der Ar-

beitslosen und eine strengere Überprüfung der Bedürftigkeit der Sozialtransferempfänger. Eine Verbesserung der Generationenbilanz wäre zwar wünschenswert, sei aber schwierig zu realisieren. Boadway schloss seinen Diskussionsbeitrag mit der Frage, inwieweit die politischen Ergebnisse determiniert seien, wie es viele Modelle suggerieren, oder ob politische Entscheidungsträger beeinflusst werden könnten, wie es die Auffassung von Hans-Werner Sinn sei.

Beim zweiten Panel zum »System- und Steuerwettbewerb« begann Peter Birch Sørensen, University of Kopenhagen, seine Ausführungen mit der Darstellung zweier gegensätzlicher Standpunkte: zum einen die »Mainstream-Meinung«, nach der der Wettbewerb, der für die privaten Märkte von Vorteil sei, auch für die staatlichen Bereiche angebracht sei. So helfe beispielsweise der Steuerwettbewerb der Länder zur Attrahierung von mobilen Produktionsfaktoren Ineffizienten des öffentlichen Sektors zu beseitigen. Deshalb solle Europa auch den Steuerwettbewerb als einen Teil der Lissabon-Strategie akzeptieren. Eine skeptischere Sicht des staatlichen Wettbewerbs vertrete Hans-Werner Sinn mit seinem »Selektionsprinzip«. Sinn gehe davon aus, dass der Staat in die Marktwirtschaft eingreife, wo der Markt versage. Führe man nun quasi durch die »Hintertür« mit dem Systemwettbewerb wieder Märkte ein, werde dies ebenfalls in einem Marktversagen enden. So führe der Steuerwettbewerb bei Kapitalmobilität und einer freien Bereitstellung öffentlicher Infrastruktur, die mit zunehmenden Skalenerträgen produziert werde, zu einer Erosion der Steuersätze unter das Niveau, das zur Finanzierung der Infrastruktur ausreichend sei, was gravierende Verteilungsprobleme mit sich bringe. Aber auch die internationale Harmonisierung der Kapitalsteuern sei keine befriedigende Lösung. Die einzelnen Regierungen würden in einem solchen Fall versuchen, Kapital mittels allzu großzügiger Bereitstellung von Infrastruktur zu attrahieren. Durch die Einführung einer Selbstfinanzierungsbestimmung, die den Staat dazu zwingt, eine entsprechend hohe Kapitalsteuer einzuführen, die die Kosten der Infrastrukturbereitstellung decke, könne eine effiziente Allokation der Ressourcen ohne Subventionierung des Kapitals geschaffen werden. Sørensen ging anschließend auf ein von ihm in Zusammenarbeit mit Wolfgang Eggert, Universität Paderborn, entwickeltes Modell ein, in dem gezeigt wird, dass Steuerwettbewerb bis zu einem bestimmten Punkt wohlfahrtssteigernd ist.

Michael Keen, Internationaler Währungsfonds, als erster Diskutant, merkte an, dass das Nachdenken über den Steuerwettbewerb impliziere, auch über Modelle und Ideen, wie Steuerferien, Freihandelszonen und die europäischen FuE-Subventionen, nachzudenken. Er wies aber auch darauf hin, dass sich der Internationale Währungsfonds gegen diese speziellen Anreize ausspreche. Da innerhalb der verschiedenen Länder die Kapitalmobilität unterschiedlich sei, solle

man keine Einheitslösung anwenden. Einige Länder sollten ihre Steuerpolitik koordinieren, andere nicht.

John Wilson, Michigan State University, schloss sich der Auffassung von Sinn an und warnte vor der Forderung nach einem uneingeschränkten Systemwettbewerb. Allerdings gebe es auch Bedingungen, unter denen der Wettbewerb zwischen Regierungen vorteilhaft sei. So hätten beispielsweise Staaten einen großen Anreiz, das Einkommen ausländischer Bürger stark zu besteuern, ein Steuerwettbewerb könne diese Anreize ausgleichen. Deshalb könne der Systemwettbewerb für eine Ökonomie mit einer großen Anzahl ausländischer Eigentümer wohlfahrtssteigernd sein. Und schließlich könne ein Steuerwettbewerb den öffentlichen Sektor begrenzen und somit einem Ausufernden des staatlichen Apparates entgegenwirken.

Sir James Mirrlees, University of Cambridge, unterstrich den wichtigen Beitrag, den das Sinnsche »Selektionsprinzip« geleistet habe. Sinn habe aber eine »wohlwollende« Regierung unterstellt. Es gebe allerdings auch andere Sichtweisen bezüglich einer Regierungspolitik. Mirrlees vertrat die Ansicht, dass für die Besteuerung des Kapitals international die gleichen Sätze gelten sollten – da es ein extrem mobiler Produktionsfaktor sei – für die Besteuerung des Faktors Arbeit allerdings nicht. Zumal eine große Mobilität der Arbeitskräfte gerade innerhalb der Europäischen Union wünschenswert sei, vor allem die Wanderungen aus den Niedriglohnländern in die Hochlohnländer.

Kai A. Konrad, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und Freie Universität Berlin, ehemaliger Doktorand und Schüler von Hans-Werner Sinn, hielt die »Luncheon Speech«. Er unterstrich vor allem die Doppelrolle

von Hans-Werner Sinn. Jeder kenne ihn als einen Wissenschaftler, der auf den meisten Forschungsgebieten der Ökonomie wichtige Beiträge beigesteuert und großen Einfluss ausgeübt habe. Andererseits sei Hans-Werner Sinn aber auch die »Schlüsselfigur« in Deutschlands Wirtschaftspolitik. Er sei einer der Ökonomen, die politische Entscheidungen beeinflussen und vor allem ein Kämpfer für einen machbaren Wohlfahrtsstaat. Als Ökonom könne er natürlich nicht davon abstrahieren, dass



Kai A. Konrad

die Budgets beschränkt seien – dies habe ihn auch das unzutreffende Image eines »Neo-Liberalen« eingebracht – aber Hans-Werner Sinn habe dazu beigetragen, dem Wohlfahrtsstaat eine normative Untermauerung im Rahmen der Wohlfahrtsökonomie zu geben.

Anschließend stellte Konrad drei Beispiele für innovative »Kernideen« von Hans-Werner Sinn in den Mittelpunkt seiner Ausführungen: 1) die Rolle des Sozialstaates als Versicherer, 2) das »Redistribution-Paradox«, und 3) wie sich die Globalisierung auf die Umverteilungsaktivitäten des Sozialstaates auswirkt.

Sinns zentrale Idee sei, dass man die staatliche Umverteilungsaktivität als Versicherungsschutz interpretieren könne. Der umverteilende Staat biete eine Karriereversicherung an, die die private Wirtschaft nicht zur Verfügung stellen könne, weil sie zu einem zu späten Lebenszeitpunkt verfügbar werde. Da Eltern im Namen ihrer Kinder keine Umverteilungsverträge abschließen können, stehe die private Versicherungswirtschaft erst zur Verfügung, wenn die Kinder erwachsen sind. Dann aber seien die Würfel des Schicksals bereits gefallen, und es sei für eine Karriereversicherung zu spät. Der einzige Weg, der Eltern bleibt, ihre Kinder gegenseitig gegen Armut zu versichern, bestehe in der Gründung eines Sozialstaates.

Der Vorteil der Karriereversicherung erschöpfe sich freilich nicht darin, dass sie den Menschen Sicherheit biete, sondern liege vielmehr auch in einer Erhöhung ihrer Risikobereitschaft, was es ermögliche, produktive Lebenschancen in Angriff zu nehmen und nicht davor zurückzuschrecken. Die Vergrößerung der Risikobereitschaft führe zu einem höheren Sozialprodukt, aber auch zu mehr Ungleichheit in der Bruttoeinkommensverteilung. Unter bestimmten theoretischen Bedingungen sei es sogar möglich, dass dieser Sekundäreffekt den Primäreffekt einer stärkeren Einkommensgleichung durch die Umverteilung überkompensiere, so dass sogar mehr Ungleichheit bei den Nettoeinkommen entstehe. Dies bezeichne Sinn als Umverteilungsparadoxon. Das Paradoxon sei aber kein Gegenargument gegen die Umverteilung, sondern besage nur, dass der hauptsächlich ökonomische Vorteil des Sozialstaates bei der Erhöhung der Wagnisbereitschaft und der Vergrößerung des Sozialprodukts liege, wenn diese Konstellationen vorlägen.

Die Globalisierung, das dritte Stichwort, übe nun einen erheblichen Einfluss auf den Wohlfahrtsstaat aus. Einerseits gebe es einem immer größeren Bedarf an staatlicher Sozialpolitik, andererseits werden die finanziellen Mittel, die zur Verteilung zur Verfügung stehen, ständig geringer. Die Globalisierung und der Systemwettbewerb führe wieder zu den Marktfehlern, die das staatliche Eingreifen eigentlich kurieren sollte. Das ist das oben schon erwähnte Sinnsche »Selektionsprinzip«.

Den Wohlfahrtsstaat bzw. die Sozialpolitik betreffend, fuhr Konrad weiter fort, könne Sinn in der Tradition der »Kathedersozialisten« gesehen werden. Er kämpfe nicht gegen den Sozialstaat, sondern für einen besseren Sozialstaat, insbesondere einen, der auf dem Arbeitsmarkt nicht als Konkurrent, sondern als Partner der Wirtschaft auftrete. Viele seiner Kritiker wollten sich seinen Argumenten nicht stellen und machten es sich einfach, indem sie ihn als neo-liberalen Ökonomen kennzeichneten, der keinen Sozialstaat wolle. Eine solche Kennzeichnung sei absurd.

Das dritte Panel beschäftigte sich mit der Europäischen Integration. In seiner Einführung wies Otmar Issing, Universität Frankfurt und ehemaliges Direktoriumsmitglied der EZB, darauf hin, dass nach den beiden Weltkriegen der Wunsch nach Frieden und europäischer Integration groß gewesen sei. Nach dem Scheitern der hochfliegenden Ambition von 1954 (European Defence Community) sollte Europas Integration durch wirtschaftliche Verflechtungen voran gebracht werden, und dies war auch außerordentlich erfolgreich. So markiere die Einführung der gemeinsamen Währung einen radikalen Wechsel in der Struktur Europas. Man müsse nun abwarten, ob die Zeit für die Forcierung der politischen Integration reif sei. Nach Meinung Issings ist die ökonomische Integration Europas eine Erfolgsgeschichte ohne Beispiel. Der Wohlstand der europäischen Länder verdanke sich dem Abbau von Handelsbarrieren und der Öffnung der Märkte, und Deutschland profitiere von dieser Entwicklung mehr als andere Länder. Denn nicht zuletzt verdanke es seine Reintegration in die internationale Gemeinschaft seiner ökonomischen Wiederbelebung. Auch die Vorbereitung der EWU in den 1990er Jahren brachte einen enormen Integrationschub für Westeuropa, und nach dem Zerfall des Ostblocks erstreckte sich die Integration ostwärts und schaffe den größten Wirtschaftsraum der Welt.

Die Einführung des Euro und die Gründung der EZB könne als letzter Schritt der wirtschaftlichen Integration interpretiert werden. Zwar könne, nach Ansicht Issings, die monetäre Union auch ohne die politische überleben, aber »das Haus der europäischen Integration« sei noch nicht fertig, es fehle noch die politische Seite. Issing beendete seine Bemerkungen damit, dass sich die öffentliche Debatte über eine Europäische Verfassung deshalb auch auf Gebiete, die außerhalb der Währungsunion liegen, z.B. eine gemeinsame Außenpolitik oder eine europäische Armee, konzentriere.

Paul de Grauwe, University of Leuven, unterstrich, dass die Europäische Union mit ihrer gemeinsamen Währung Wechselkurskrisen vermeiden konnte. Auch wurde seiner Meinung nach der Euro Symbol für die europäische Integration und Preisstabilität. Aber die ökonomischen Divergenzen zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten hätten sich nicht verringert. Es herrsche zur gleichen Zeit ein Boom in Spanien

und eine Rezession in Italien sowie eine größere Lohn- und Preisstabilität in Deutschland. Warum sei das so? Größere Integration bedeute eine größere Spezialisierung, zumal die EZB nur für eine gemeinsame Geldpolitik verantwortlich sei, die Steuer- und Lohnpolitik dagegen bleibe in den Händen der nationalen Regierungen. De Grauwe empfahl Reformen zu einer größeren Flexibilisierung der Märkte und die Einrichtung einer politischen Union. Auch war seiner Meinung nach der Stabilitäts- und Wachstumspakt unausgereift. Stattdessen brauche man ein Kontrollsystem, das die Akteure auch wirklich einhalten.

Rick van der Ploeg, Oxford University, fragte, warum so viele Menschen die Europäische Verfassung ablehnen. Trotz des Erfolgs der EWU werde das europäische Projekt mit Skepsis und Abneigung betrachtet und das Vertrauen sei »mangelhaft«.

Mit einigen Kommentaren zum Stern-Report eröffnete *Eytan Sheshinski*, The Hebrew University of Jerusalem, das vierte Panel. Sheshinski bemerkte, dass ein Großteil der Kritik am Stern-Report an der Wahl der verschiedenen Parameter ansetzt, auf deren Grundlage Stern zu seiner Empfehlung kam, dass 1% des weltweiten BIP zur Minderung des Treibhauseffektes aufgewendet werden müsse. Als Hintergrundinformation zum Treibhauseffekt führte Sheshinski aus, dass das gegenwärtige Niveau der CO₂-Emission 380 ppm betrage – in der vorindustriellen Zeit lag dieser Wert bei 280 ppm. Dieses Niveau könnte einen durchschnittlichen Temperaturanstieg von 2 Grad Celsius bewirken. Am Ende dieses Jahrhunderts werde sich mit einer 50%igen Wahrscheinlichkeit die Durchschnittstemperatur um 5 Grad Celsius erhöht haben. Die Folgen für die Umwelt seien zwar bekannt, die Frage sei aber, rechtfertigt der Nutzen einer Reduzierung des Klimawandels seine Kosten? Sheshinski zeigte anhand einer Kosten-Nutzen-Analyse, dass bei unverändertem Verhalten im Jahr 2200 mit einem – aufgrund der Umweltschäden – um 13,8% verringerten BIP zu rechnen sei. Seiner Meinung nach wäre es besser, 1% des BIP zur Bekämpfung des Treibhauseffektes zu investieren.

Hans-Werner Sinn griff das Szenario des Stern-Reports auf, wonach bis zum Jahr 2100 mit einem Temperaturanstieg um 5 Grad Celsius zu rechnen sei. Er kritisierte, dass der Stern-Report wie auch die öffentliche Diskussion sich auf die Reduzierung der Nachfrage nach fossilen Brennstoffen durch Verzicht und Umstellung auf Ersatztechnologien wie Pellets, Windkraft, Solarenergie Hybridautos und ähnliches konzentriere und das Angebot vernachlässige. Eine Verringerung der Nachfrage einiger Länder werde ohne Angebotsreaktionen nur zu Preissenkungen bei den fossilen Brennstoffen führen, bis andere Länder die freigegebenen Mengen mehr nachfragen. Ohne Angebotsreaktionen ergäben sich keinerlei positive Effekte der Nachfrageeinsparung auf das Weltklima. Die Politik müsse ihr Augenmerk deshalb

auf die Angebotsseite richten. Da die Reaktion des Angebots auf den intertemporalen Entscheidungen der Ressourcenbesitzer beruhe, müsse man allerdings nicht nur die gegenwärtigen, sondern auch die für die Zukunft erwarteten Preise beachten. Beide beeinflussten die Rate der Extraktion von nichterneuerbaren Ressourcen in der Gegenwart. Die Ressourcenbesitzer stünden vor der Wahl, heute zu extrahieren und ihr Geld am Kapitalmarkt anzulegen oder die Extraktion auf die Zukunft zu verschieben und auf Preissteigerungen zu hoffen.

Rechneten die Ressourceneigentümer damit, dass der Nachfragerückgang und der sich hieraus ergebende Preisrückgang heute stärker ist als in der Zukunft, verschöben sie die Fördermengen in die Zukunft. Kündige man aber eine grüne Politik an, die die Nachfrage für die Zukunft drastisch verringert, antizipierten die Ressourcenbesitzer, dass die Preise daraufhin langsamer steigen werden, als das sonst der Fall gewesen wäre, und sie intensivierten ihre Extraktion in der Gegenwart. Das sei das »grüne Paradoxon«.

Angesichts dieses »grünen Paradoxons« sei die Einführung einer weltweiter Quellensteuer auf Kapitalerträge und zusätzlich eines Emissionshandelssystems ohne Schlupflöcher sinnvoll, das alle Verbraucherländer in einem weltweiten Monopson vereine. Sinnvoll sei es auch die technischen Möglichkeiten der Sequestrierung von CO₂ zu nutzen. Und vor allem solle einer Aufforstung Priorität eingeräumt werden.

Zum Abschluss des wissenschaftlichen Teils der Konferenz äußerte sich Nobelpreisträger *James J. Heckman*, University of Chicago, zu »Qualifikationen und Ausbildungswesen«. Seiner Ansicht nach sei es für die Gesellschaft vorteilhaft in die frühkindliche Ausbildung, und zwar vor allem von Kindern mit ungünstigem familiärem Hintergrund, zu investieren. Der gesellschaftliche Nutzen bestehe nicht nur in einer geringeren Kriminalität, weniger Teenagerschwangerschaften



Sir James Mirrlees, Hans-Werner Sinn, James J. Heckman

ten und weniger Schulabbrüchen, sondern auch in einer Verbesserung der Arbeitsproduktivität. Da die ersten Lebensjahre einen erheblichen Einfluss auf den Verlauf des Rests des Lebens haben, sollte man eine Umschichtung der Bildungsausgaben und auch der Ausgaben für eine aktive und passive Arbeitsmarktpolitik hin zu Ausgaben für eine frühkindliche Bildung vornehmen. Außerdem sollten neben den kognitiven auch die nicht-kognitiven Fähigkeiten, wie die physische Gesundheit, Ausdauer, Aufmerksamkeit, Motivation und Selbstvertrauen, gefördert und gemessen werden. Denn sie tragen ebenfalls zum Erfolg in der Ausbildung und im Berufsleben bei.

Georg Milbradt, Ministerpräsident des Freistaates Sachsen, konnte als Festredner gewonnen werden. Mit seiner Laudatio endete die Geburtstagskonferenz.

»Jeder Achte lebt in Armut!« betitelt »Bild am Sonntag«² jüngst ein Interview mit Bundesarbeitsminister Olaf Scholz. Tatsächlich sagte der Minister, arm sei nach EU-Definition, wer als Alleinstehender weniger als 60% vom mittleren Einkommen bezieht – und das seien 13%. In die gleiche Kerbe schlägt eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW)³, wonach der Anteil der gesellschaftlichen Mitte an der Gesamtbevölkerung von 2002 bis 2005 um 3,8 Prozentpunkte abgenommen habe. Und gemäß einer Untersuchung des Instituts für Arbeit und Qualifikation an der Universität Duisburg-Essen⁴ hat Deutschland mit 22% Geringverdienern die USA mit ihren 25% fast erreicht. Gibt es tatsächlich eine neue Armut in Deutschland, und kommt uns die Mittelschicht abhandeln?

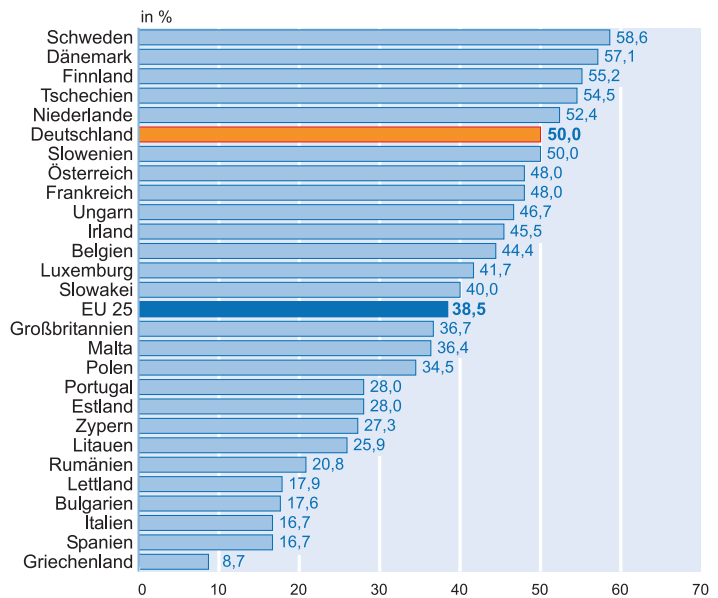
Vielleicht. Es gibt Indikatoren, die auf mehr Ungleichheit hindeuten. So hat sich der Anteil der Bruttolöhne am Volkseinkommen verringert, und die Spreizung der Bruttolöhne hat in Deutschland wie in anderen Industriestaaten zugenommen, wenngleich sie hier noch lange nicht so groß ist wie in den angelsächsischen Ländern und auch nicht so schnell ansteigt. Die wachsende Ungleichheit der Markteinkommen ist das Ergebnis der Niedriglohnkonkurrenz aus den ex-kommunistischen Gebieten der Welt. Auf die Gefahren für die soziale Kohärenz der Gesellschaft und die nötigen Reformen des Sozialstaates weise ich seit anderthalb Jahrzehnten hin.

Dennoch finde ich die Alarmrufe, die derzeit aus den Medien zu hören sind, unangebracht und übertrieben. Die öffentliche Diskussion leidet unter einer Begriffsverwirrung, negiert die Existenz des deutschen Sozialstaates, bezieht sich auf veraltete Zahlen und wird durch ein statistisches Artefakt in die Irre geführt. Aber eines nach dem anderen.

Zunächst einmal stimmt es nicht, dass jeder achte Deutsche arm ist. Wäre diese Aussage korrekt, käme der deutsche Sozialstaat der im Grundgesetz und im zwölften Sozialgesetzbuch festgelegten Aufgabe, die Würde des Menschen durch seine Sozialleistungen zu sichern, nicht nach. Im Armutsbericht findet man eine solche Aussage auch gar nicht.

Abb. 1

Relative Verringerung des Armutsrisikos durch Sozialleistungen^{a)}



a) Im Jahr 2005; Renten sind in den Sozialleistungen nicht miteingeschlossen.

Quelle: Eurostat; Berechnungen des ifo Instituts.

Dort ist von »Armutsrisiko« statt von Armut die Rede, und das ist ein wichtiger Unterschied. Wer nicht Emotionen schüren möchte, sollte sich an die amtlichen Begriffe halten, wie sie vom Statistischen Bundesamt im Bericht »Armut und Lebensbedingungen«⁵ definiert wurden. Danach beginnt »Armutsgefährdung« bei 60% vom Mittelwert (Median), »relative Einkommensarmut« bei 50%, und »Armut« bei 40%. Auch die EU sagt übrigens nicht, dass man mit weniger als 60% arm sei, sondern nur »von Armut bedroht«, nachzulesen im EU-Bericht zur sozialen Lage.⁶

Kaum jemand, der sich in Deutschland legal aufhält, ist arm. Sozialhilfe und ALG II sichern bei normalen Wohnkosten ein Einkommen, das bei etwa 54% des mittleren Einkommens liegt. Gemessen an der relativen Reduktion der Armutsgefährdung hat Deutschland nach den skandinavischen Staaten einen der großzügigsten Sozialstaaten Europas und damit auch sicherlich der ganzen Welt. Die Armutsgefährdungsquote von 26% vor Sozialtransfers (außer Renten- und Pensionszahlungen) wurde durch die staatlichen Sozialleistungen in Deutschland auf 13% reduziert und somit um exakt die Hälfte vermindert (vgl. Abb. 1); im Durchschnitt der EU-25 führten die Transferleistungen des Staates nur zu einer Verminderung um 38,5% (von 26 auf 16%). Sicher, etwa 4% der in Deutschland wohnenden Bevölkerung sind auch nach amtlicher Definition arm. Aber das war schon immer der harte Kern derer, die aus vielerlei Gründen von

¹ Erschienen in einer leicht gekürzten Version unter dem Titel »Bedarfsgewichteter Käse«, *WirtschaftsWoche*, Nr. 22, 26. Mai 2008, S. 48 f.

² <http://www.bild.de/BILD/news/politik/2008/05/18/armutsbericht/jeder-achte-ist-betroffen.html>, *Bild am Sonntag* vom 18. Mai 2008.

³ M.M. Grabka und J.R. Frick, »Schrumpfende Mittelschicht – Anzeichen einer dauerhaften Polarisierung der verfügbaren Einkommen?«, *DIW Wochenbericht* 10, 2008.

⁴ Th. Kalina und C. Weinkopf, »Weitere Zunahme der Niedriglohnbeschäftigung: 2006 bereits rund 6,5 Millionen Beschäftigte betroffen«, *IAQ-Report 2008-01*.

⁵ *Armut und Lebensbedingungen, Ergebnisse aus Leben in Europa für Deutschland 2005*, Statistisches Bundesamt, 2006.

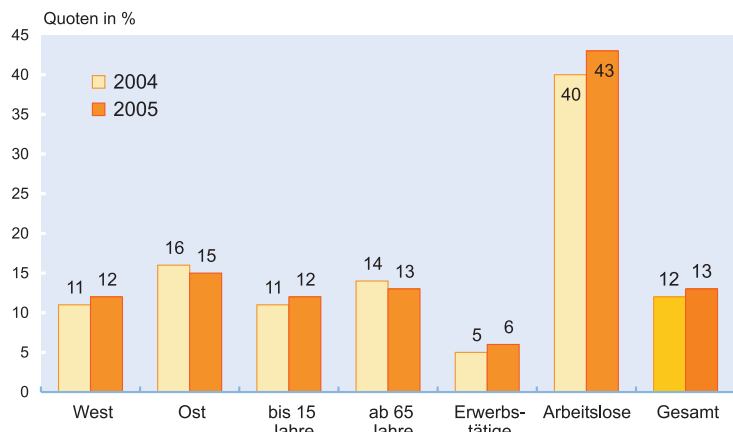
⁶ Europäische Kommission, *Die Soziale Lage in der Europäischen Union, 2005–2006*, Kurzfassung.

den Geldangeboten des Sozialstaates keinen Gebrauch machen und anderweitige Hilfe benötigen.

Im Jahr 2005, also dem Jahr, auf das sich die Zahlen des Armutsberichts beziehen, lag der durchschnittliche monatliche Hartz-IV-Anspruch eines Ein-Personen-Haushalts bei 700 €, wovon nach OECD-Angaben⁷ 360 € auf Wohn- und Heizkosten entfielen. Die freie Krankenversicherung im Wert von etwa 200 € ist dabei noch gar nicht gerechnet. Die Armutsgrenze lag hingegen bei 520 €. Das zeigt eindeutig, dass allein lebende Hartz-IV-Empfänger nach der in Deutschland und international üblichen Definition nicht arm sind. Sie sind allerdings armutsgefährdet, denn die entsprechende Grenze lag bei 781 €. Zwei-Personen-Haushalte und erst recht kinderreiche Haushalte befinden sich mit ihren Hartz-IV-Einkommen relativ sogar noch weiter über den für sie geltenden Armutsgrenzen, weil die Zuschläge, die der deutsche Sozialstaat bei weiteren Personen im Haushalt gewährt, prozentual größer sind als die Bedarfswerte, die bei der Berechnung der Armutsgrenzen angenommen werden. Auch Familien sind in Deutschland nicht arm.

Weil wir einen Sozialstaat haben, signalisiert es auch nicht Armut, wenn der Anteil der Geringverdiener in Deutschland mit einem Stundenlohn von weniger als zwei Dritteln des Mittelwertes bald so hoch ist wie in den USA, denn Lohn und Einkommen sind nicht dasselbe. Dass die Brutlohnspreizung in beiden Ländern ähnlich hoch ist, kann Ökonomen nicht verwundern: Dies erklärt sich durch das Gesetz des Faktorpreisausgleichs, das man nur um den Preis einer Massenarbeitslosigkeit unterlaufen kann. Bei Ländern, die miteinander Handel treiben und zwischen denen Kapital frei fließen kann, müssen sich die Lohnstrukturen bezüglich der Qualifikationsstufen tendenziell angleichen, so dass Unterschiede nur noch aus der unterschiedlichen Streuung der Bildung resultieren. Aber auch solche Unterschiede sind, wie die PISA-Tests beweisen, zwischen Deutschland und den USA kaum vorhanden. Beide Länder stehen an der Spitze der internationalen Rangordnung der Spreizung der Bildung fünfzehnjähriger Schüler. Das dreigliedrige Schulsystem, das den sozialen Aufstieg nachweislich behindert, ist das eigentliche soziale Problem Deutschlands, nicht die Armut an sich. Armut lässt sich nur an der Einkommensverteilung messen, und die ist in unserem Land dank des Sozialstaates viel gleichmäßiger als in Amerika. Unsere Geringverdiener erhalten in einem so hohen Umfang aufstockendes ALG II, dass sie prak-

Abb. 2
Arbeitslosigkeit ist die größte Armutsgefahr
 Der Anteil der Armutsgefährdeten^{a)}



a) Anteil der Personen, deren Äquivalenzeinkommen weniger als 60 Prozent des mittleren Äquivalenzeinkommens (Median) der Bevölkerung in Privathaushalten beträgt.
 Quelle: Armutsbericht der Bundesregierung.

tisch allesamt weit über der Armutsgrenze liegen. Sie liegen übrigens noch weiter darüber als arbeitslose Hartz-IV-Empfänger, die wie erwähnt bei etwa 54% des mittleren Einkommens angesiedelt sind – weil ja nicht nur bis zum ALG-II-Niveau aufgestockt wird, sondern deutlich darüber hinaus. Ein Niedriglöhner, der im Jahr 2005 für nur 4 € die Stunde Vollzeit arbeitete, hatte bei normalen Wohn- und Heizkosten ein Nettoeinkommen von etwa 910 €, lag also weit über der Armutgefährdungsgrenze von 781 €. Also auch in diesem Punkt: volle Entwarnung!

Aber wie kommt es dann, dass nach der Analyse des DIW der Anteil der Mittelschicht an der Bevölkerung (Grenze: 150% bis 70% vom Median) von 2002 bis 2005 um fast 4 Prozentpunkte abgenommen hat und dass nach den Daten des sozioökonomischen Panels der Anteil der Armutsgefährdeten um 2 Prozentpunkte stieg? Für eine Zeitspanne von nur drei Jahren sind die Änderungen riesengroß; viel mehr als das, was sich durch die Globalisierung erklären ließe.

Ein Teil des Zuwachses ist durch einen Sondereffekt bedingt, der unmittelbar nach den Hartz-Reformen im Berichtsjahr 2005 zum Tragen kam. Hartz IV hieß, dass etwa 2 Millionen Deutsche von der Arbeitslosenhilfe auf die Sozialhilfe heruntergestuft wurden und dass für Niedriglöhner Lohnzuschüsse gezahlt wurden. Unmittelbar nach der Einführung des neuen Sozialsystems hat dies wegen der hohen Arbeitslosigkeit, die die höchste in der Geschichte der Bundesrepublik war, das Armutsrisiko zunächst in der Tat vergrößert, denn die Arbeitslosen sind in besonders hohem Maße armutsgefährdet (vgl. Abb. 2). Inzwischen hat Hartz IV aber gewirkt und ein Wunder auf dem deutschen Arbeitsmarkt erzeugt. Allein in Westdeutschland hat der jüngste

⁷ Vgl. <http://www.oecd.org/dataoecd/51/23/39662482.xls>.

Konjunkturaufschwung mindestens 1,1 Millionen Stellen über das Maß hinaus gebracht, das man nach einer Fortschreibung früherer Konjunkturmuster erwarten konnte. Der Arbeitsplatzgewinn hat zusammen mit den Lohnzuschüssen erheblich zum Rückgang der Armutsgefährdung und zur Stabilisierung der Mittelschicht beigetragen – nur sieht man das nicht in der Statistik des Jahres 2005. Der Armutsbericht war schon veraltet, bevor er überhaupt geschrieben wurde. Weil er die Arbeitsmarkterfolge ausblendet, ist es unmöglich, diesen Bericht als Beleg für wachsende Armut in Deutschland, Defizite bei der Hartz-IV-Gesetzgebung oder gar die Notwendigkeit von Mindestlöhnen heranzuziehen. Letzteres wäre besonders absurd, treiben doch Mindestlöhne einen noch größeren Teil der Geringqualifizierten in die Arbeitslosigkeit.

Zweifel an der Interpretation der Zahlen sind auch insofern angebracht, als die dargestellten Entwicklungen sich nicht etwa auf Pro-Kopf-Einkommen, sondern auf das so genannte »bedarfsgewichtete Einkommen« beziehen. Dabei wird unterstellt, dass zwei Singles zusammen ein Drittel mehr Einkommen brauchen als ein Paar. Das ist nicht unplausibel, impliziert aber, dass die zitierten Verteilungsmaße eher die Ausweitung gesellschaftlicher Wunschvorstellungen als ökonomisch bedingte Versorgungsdefizite widerspiegeln. Das sonst in der Statistik gültige Prinzip, das Faktum vom Werturteil zu trennen, wird bei der Armutsstatistik durchbrochen.

Wegen der Bedarfsgewichtung führt eine verringerte Haushaltsgröße bei gleichem Pro-Kopf-Einkommen rechnerisch bereits zur Verringerung des bedarfsgewichteten Einkommens – und damit zu einem steigenden Anteil armutsgefährdeter und aus der Mittelschicht heraus fallender Personen. Eine Verringerung der Haushaltsgröße hat in Deutschland in hohem Maße stattgefunden: Laut OECD nahm der Anteil der Alleinerziehenden hierzulande von 1995 bis 2005 viermal so schnell zu wie im OECD-Durchschnitt. 80% des Zuwachses der rechnerischen Ungleichheit in dieser Zeitspanne erklären sich durch die veränderte Alters- und Haushaltsstruktur. Mit 3,3% stieg die Zahl der Single-Haushalte auch im Zeitraum von 2002 bis 2005, auf den sich der Armutsbericht bezieht, erheblich.

Dabei befriedigt der Sozialstaat den Mehrbedarf der erodierten Familien sogar durch zusätzliche Leistungen. Aber er tut es nicht in dem Maße, wie die Statistiker, die die Bedarfsgewichtung erfunden haben, es gerne hätten. Der Sozialstaat gewährt einem vom ALG II lebenden Paar, das sich trennt, nämlich nur eine Erhöhung des Regelsatzes um 11% statt des Drittels, das von der Bedarfsgewichtung verlangt wird.

Mit einer größeren Ungleichheit in der Entlohnungsstruktur oder einem Defizit in der Struktur des Sozialstaats hat die

Zunahme der (rechnerischen) Armutsgefährdung also auch insofern wenig zu tun. Die Öffentlichkeit regt sich über die Ungerechtigkeit der Marktwirtschaft auf – und ist doch nur einem statistischen Artefakt aufgesessen.

Das Ganze wird zur Farce, wenn man bedenkt, dass die Arbeitslosenhilfe und noch viel mehr das heutige ALG II selbst einen starken Anreiz bieten, getrennt zu leben. Wenn ein Partner gut verdient und der andere länger arbeitslos ist, hat der arbeitslose Partner nur dann Anspruch auf Hilfe, wenn er nicht mit dem gut verdienenden Partner in einer Bedarfsgemeinschaft zusammenwohnt. Bilden beide einen gemeinsamen Haushalt, entfällt die Hilfe. Die staatliche Unterstützung nimmt also den Charakter einer Trennungsprämie an, die der Staat nur unter der Bedingung des Verzichts auf Heirat oder anderweitigen Zusammenschluss zahlt. Kein Wunder, dass viele junge Leute von vornherein gar nicht erst zusammenziehen bzw. sich trennen, wenn sie vorher zusammengelebt haben. Die Folge: Im ersten Jahr des ALG II stieg die Zahl der Ein-Personen-Haushalte in Deutschland um 1%, im zweiten sogar um 5%.

Obwohl das Mehr an staatlichem Geld das Alleinleben in manchen Fällen wirtschaftlich überhaupt erst ermöglicht, weist die Statistik dann eine höhere Armutsgefährdung aus. Wohnen beide Partner zusammen, gehören sie zur Mittelschicht und gelten nicht als armutsgefährdet. Deklarieren sie getrennte Haushalte, um mehr Geld vom Staat zu bekommen, zählt der arbeitslose Partner plötzlich als armutsgefährdet. (Nach der gültigen Rechtsprechung reicht die Trennung von Tisch und Bett innerhalb einer Wohnung, um getrennt veranlagt zu werden.)

Es ist offenkundig, dass die Bedarfsgewichtung bei der Berechnung der Verteilungsmaße zu keinen sinnvoll interpretierbaren Ergebnissen führt, wenn die Familie erodiert und der Staat diese Erosion sogar noch finanziell fördert, wie es in Deutschland der Fall ist. Verhaltensänderungen, für die Menschen sich entscheiden, um ihre ökonomische Situation zu verbessern, werden als Verschlechterung der Lebenslage in den Statistiken erfasst und führen zu Alarmrufen der Politik. Dazu kann ich nur sagen: bedarfsgewichteter Käse, mehr nicht.

Kohlendioxid: Zu viele unterschiedliche Preise für den Autofahrer

Ferdinand Dudenhöffer und Marcus Krüger*

Die Klimapolitik für die Automobilbranche gibt viele Rätsel auf. Vielleicht kommt sie deshalb nicht aus den Schlagzeilen. Seit Anfang 2007 arbeitet die große Koalition an der Umgestaltung der Kfz-Steuer in eine so genannte CO₂-Steuer. Bis heute ist unklar, wie der konkrete Vorschlag aussieht. Da bei diesem Steuergeheimnis der besonderen Art das Auto mit hoher CO₂-Emission höher besteuert werden soll als das CO₂-sparende, wird die zukünftige Steuer implizit einen Preis für das Gramm eingesparte CO₂ setzen. Sicher ist heute schon, dass ein Gramm CO₂ mehrere Preise haben wird, je nachdem, ob es aus einem neuen oder einem alten Auto stammt.

Dass man in Deutschland für das Treibhausgas CO₂ ein ganzes Arsenal unterschiedlicher Preise für den Autofahrer parat hat, zeigt auch das Thema Biokraftstoff, präziser gesagt E10. Im April musste der deutsche Umweltminister seinen Vorschlag zur Erhöhung der Ethanol-Beimischung bei Benzin auf 10% (E10) begraben. Gestoppt wurde die Biokraftstoffbeimischung wegen angeblicher Unverträglichkeiten von E10 bei älteren Autos. Das war aber eher der Rettungsanker für den Umweltminister. E10 stand wegen seiner gesamten CO₂-Bilanz unter massiver öffentlicher Kritik. Der Kern der Frage lautete auch hier: Was kostet eigentlich ein Gramm eingespartes CO₂? Hätte die Umweltpolitik sich mit dieser Frage beschäftigt, wäre die E10-Blamage erspart geblieben. Unterstellt man, dass Ethanol völlig CO₂-neutral produziert werden kann, ergibt sich bei einer 10%igen Beimischung nach unseren Berechnungen ein Preis von 260 € pro eingesparte Tonne. Wird aber E10 etwa nur zu 50% CO₂-neutral produziert, steigt der Preis auf 520 €. Die Frage nach dem Preis einer Tonne CO₂ für den Autofahrer hat politische Brisanz. An unserem CAR-Institut an der FH Gelsenkirchen sind wir dieser Frage nachgegangen und haben äußerst kuriose Ergebnisse erhalten.

Bei Autogas bezahlt der Staat 1 530 Euro pro eingesparte Tonne CO₂

In der früheren rot-grünen Regierung wurde unter Umweltminister Trittin eine Steuerbefreiung für Autogas verabschiedet. Grund für die Steuerbefreiung ist die bessere CO₂-Bilanz von Autogas (LPG) gegenüber Benzin. So werden bei einem Auto, das 10 Liter Benzin auf 100 Kilometer verbraucht, bei Umrüstung auf Autogas 3,56 kg CO₂ eingespart. Das ist die gute Nachricht. Die weniger gute Nachricht lautet, wir verzichten dadurch auf 5,45 € Steuern. Oder anders umgerechnet, die Einsparung von einer Tonne CO₂ durch die bestehende Autogas-Energie-Steuererleichterung schlägt mit 1 530 Euro zu Buche. Ein stattlicher Betrag. Bei

Tab. 1
Willkür der Umweltpolitik führt zu hohen Ineffizienzen

Eine Tonne CO ₂ Einsparung kostet bei	
Autogas (LPG)	1 530 €
Erdgas	1 170 €
E10-Beimischung (bei 50% CO ₂ -neutraler Produktion)	520 €
Bessere Fahrzeugtechnik	290 €
E10-Beimischung (bei 100% CO ₂ -neutraler Produktion)	260 €
Zukauf aus CO ₂ -Börse	20 €

Quelle: Berechnungen der Autoren.

den Energieerzeugern wird derzeit die Tonne CO₂ im Emissionshandel um die 20 € verkauft. Warum bezahlt der Steuerzahler die Tonne CO₂ mit 1 530 €, wenn gleichzeitig der Energieerzeuger 20 € dafür bezahlt? Eine schwierige Frage für unseren Finanz- und Umweltminister. Die gleiche Rechnung wie bei Autogas können wir für Erdgas als Kraftstoff für Autos machen. Im Vergleich zum Benziner spart etwa ein Opel Zafira mit Ergasantrieb auf 100 km 3,2 Tonnen CO₂ ein. Die traurige Nachricht: Die Einsparung wird durch Steuererlässe von 3,75 € erkaufte. Hochgerechnet auf die Tonne CO₂ haben wir am CAR den Tonnenpreis als 1 170 € ermittelt.

Natürlich besteht auch die Möglichkeit, den Treibstoffverbrauch durch Fahrzeugtechnik, sprich effizientere Motoren, Hybridtechnik, leichtere Werkstoffe etc. zu reduzieren. Die EU-Kommission fordert von den Autobauern die CO₂-Emissionen von heute 160 Gramm/km bis 2012 auf 130 Gramm/km im Mittel zu reduzieren. Die Kommission selbst rechnet dabei mit Zusatzkosten von 1 300 € pro Fahrzeug. Unterstellt man, dass ein Auto mit 150 000 km aus dem Verkehr ausscheidet, ergibt nach dieser Rechnung sich ein CO₂-Tonnenpreis von 290 €.

Die Beispiele lassen sich auf europäischer Ebene beliebig fortsetzen. So werden auf EU-Ebene zusätzlich nationale CO₂-Steuern in die Umsetzung kommen. Einige Länder wie England, Frankreich oder Irland haben diese CO₂-Steuern bereits eingeführt. In Deutschland wird nach Ankündigungen der Regierungskoalition die als CO₂-Steuer umgetaufte Kfz-Steuer im Jahr 2009 gelten. Die Preise für die Einsparung einer Tonne CO₂ werden dann zusätzlich streuen. Das Preisgewirr wird einerseits undurchsichtbar und auf der anderen Seite ökonomisch völlig abwegig. Beliebig werden Verordnungen erlassen, die implizite Preise für CO₂-Einsparungen setzen, die unbekannt sind. Damit wird im großen Stil Volksvermögen verschwendet. Wir erkaufen uns CO₂-Einsparungen nicht zu den besten Kosten, sondern zu willkürlichen Kosten, die niemand mehr kennt. Damit wird der Klimaschutz zu einer großen gesamtwirtschaftlichen, europäischen Ressourcenverschwendung.

* Prof. Dr. Ferdinand Dudenhöffer ist Direktor des Center Automotive Research (CAR) an der Fachhochschule Gelsenkirchen. Dipl. Wirtschafting. Marcus Krüger ist Leiter Pkw-Studien am CAR.

Und ein weiteres Problem ist »ante portas«. Hybrid-Fahrzeuge werden noch vor dem Jahr 2010 als Plug-In-Hybride in den Markt kommen. Mit der neuen Batterietechnik der Lithium-Ionen-Batterie wird dann das reine Elektroauto oder der an der Steckdose aufladbare Hybrid in den Markt kommen. Da bei Strom aus der Steckdose die Tonne CO₂ nach dem CO₂-Handel im Energiebereich fakturiert wird, haben wir bald einen weiteren Preis für CO₂ im Autoverkehr. Die Tonne CO₂-Einsparung wird dann mit dem Preis der CO₂-Zertifikate angesetzt werden können, also 20 €. Der Preis für die Tonne eingespartes CO₂ zwischen Elektroauto und Autogas (LPG) variiert dann mit dem Faktor 76,5.

Emissionshandel ist die Lösung

Die Lösung für das Problem ist einfach. Die ökonomische Frage lautet, wo kann ich das Gramm CO₂ mit den geringsten Kosten einsparen? Dazu braucht es Kostenvergleiche zwischen den verschiedenen Autoherstellern oder Politikmaßnahmen. Wenn es billiger ist, ein Gramm CO₂ beim Fiat 500 statt beim Mini Cooper einzusparen, wäre es dumm, das nicht zu machen. Das Gleiche gilt für Autogas oder Biokraftstoff. Die einfachste Lösung dazu ist es, einen Markt für CO₂ zu schaffen, so wie man Stahl oder andere Werkstoffe am Markt einkauft und nicht per staatliche Quoten zuteilt. Durch CO₂-Handel lassen sich CO₂-Einsparungen am Markt kaufen und verkaufen. Durch den Markt wird der Preis für CO₂ transparent. Jetzt kann jeder die Maßnahme durchführen, die ökonomisch richtig ist, um CO₂ einzusparen. Jetzt braucht es keine komplizierten Überlegungen in Ministerien und Verbänden, mit welchen neuen Auflagen noch CO₂ eingespart werden könnte. Mit Ausnahme der Autoindustrie wird der CO₂-Handel in allen wichtigen Branchen eingeführt. Leider sperren sich die Automobilverbände und Autohersteller immer noch, über den CO₂-Handel nachzudenken.

Fazit

Um besser mit unserem Volksvermögen umzugehen, sollten die nicht endenden Verhandlungen um die CO₂-basierte Kfz-Steuer eingestellt werden. Durch den CO₂-Handel hätten wir einen Preis für das eingesparte Gramm CO₂ und damit Transparenz. Das System ist einfach, wirkungsvoll und branchenübergreifend einsetzbar. Wir hätten eine europäische Lösung, die unseren Politikern neue Blamagen um Verordnungen wie bei E10 erspart.

Verringerung der Überbesteuerung durch heimliche Steuererhöhungen dringend erforderlich

19

Dieter Dziadkowski*

Aufschwung, Wachstum, sprudelnde Steuerquellen prägen derzeit die Situation in Deutschland. Der Wirtschaftsminister erwartet bei anhaltendem Wachstum auf der Basis des ersten Quartals 2008 Steuermehreinnahmen von ca. 20 Mrd. € gegenüber der letzten Steuerschätzung für dieses Jahr. Finanzminister und Kämmerer frohlocken. Allerdings trübt die inflationäre Entwicklung das positive Bild. Der Rohölpreis erreichte fast 130 US-Dollar pro Barrel; das ist mehr als das 60-Fache des Preises aus 1972 und mehr als das 6-Fache gegenüber 2003. Hinzu kommen die stark gestiegenen Nahrungsmittelpreise, die vor allem den Grundbedarf exorbitant verteuert haben.

In Deutschland wurde die Preisentwicklung zusätzlich seit 2007 noch durch die Mehrwertsteuererhöhung um 3 Punkte auf 19% verstärkt. Die amtliche Inflationsrate ist merklich über 3% gestiegen. Allerdings wirkt hier die Zusammensetzung des Warenkorbes noch preisdämpfend. Die Rate der Preissteigerungen für den Grundbedarf dürfte in diesem Jahr jenseits der 10-Prozentmarke enden. Die fühlbaren Preisschübe in den Bereichen Energie, Getreide, Milchprodukte usw. erreichen rekordverdächtige Höhen. UN und Weltbank haben eine Task Force zur »Bekämpfung« der weltweiten Explosion der Lebensmittelpreise gegründet. Diese Fakten werden weltweit zur Kenntnis genommen.

Im Rahmen der Einkommensbesteuerung wird den gestiegenen Lebenshaltungskosten in zahlreichen Staaten Rechnung getragen. Persönliche Freibeträge wurden und werden erhöht. So hat z.B. Großbritannien den Grundfreibetrag ab 2008 wieder erhöht. Er wird jährlich überprüft. Der deutsche Gesetzgeber hat bislang noch nicht reagiert. Der Grundfreibetrag zur Steuerfreistellung des Existenzminimums verharrt seit 2004 bei 7 664 € und liegt damit wieder unter dem Sozialhilfebedarf in Ballungsräumen, der die relativ hohen Mieten und Energiekosten berücksichtigt. Das Sozialhilferecht reagiert bekanntlich zeitnah durch die Gewährung von Zuschlägen und Zulagen (so z.B. jüngst die Erhöhungen des Wohngeldes), während im Steuerrecht regelmäßig längere Zeiträume bis zur Anpassung des Grundfreibetrags und des Einkommensteuertarifs verstreichen. Der mit einer Tarifsenkung verbundene Steuerausfall nimmt durch die Zusammenballung des Senkungsbedarfs sodann erhebliche Ausmaße an, die haushaltsmäßig nur schwer zu bewältigen sind. Die Rückgewähr der zwischenzeitlichen Überbesteuerung an die Steuerzahler ist stets mit Schwierigkeiten verbunden, zumal der Fiskus die »überhöhten« Einnahmen in der Regel durch zusätzliche Haushaltsausgaben flugs verbraucht hat. Je länger eine Tarifanpassung unterlassen wird, desto höher wird das Volumen an »Steuerausfall« und entfacht heftige Diskussionen auf der politischen Ebene.

Eine große Rolle spielt in Deutschland die »kalte Progression«. Die progressive Tarifstruktur bedingt bekanntlich, dass ohne Tarifanpassung jegliche Einkommenserhöhung, die nicht zu einem realen Einkommenszuwachs führt, eine überproportionale Steuermehrbelastung auslöst. Diese heimlichen Steuererhöhungen, die automatisch ohne gesetzgeberische Maßnahmen wirksam werden, weiten sich insbesondere in Zeiten, in denen die Einkommenserhöhungen lediglich den Kaufkraftverlust ausgleichen, massiv aus. Die Besteuerung von Scheineinkommen führt zu als ungerecht empfundenen Steuerbelastungen und fördert letztlich die Schattenwirtschaft. Die Reduktion der heimlichen Steuererhöhungen ist ein Gebot steuerlicher Gerechtigkeit, von der stets auf der politischen Ebene die Rede ist. Sobald von einer politischen Gruppierung ein entsprechender Vorschlag unterbreitet wird, werden kritische Stimmen laut. So ergeht es derzeit auch dem Vorschlag der CSU, der moderate Reduzierungen der heimlichen Steuererhöhungen vorsieht.

In der aktuellen Diskussion wird unwissentlich oder vorsätzlich von »Steuersenkungen« bei der Einkommensteuer gesprochen. In Wahrheit geht es aber weitgehend nicht um tatsächliche Senkungen der realen Steuerlast. Vielmehr werden im Wesentlichen lediglich heimliche Steuererhöhungen, die im Laufe der letzten Jahre eingetreten sind, eingedämmt. Insbesondere sind von den heimlichen Steuererhöhungen in der Vergangenheit die Bezieher mittlerer Einkommen betroffen, da die Progressionszone immer stärker komprimiert wurde. Am 5. Mai 2008 hat nunmehr die CSU ein Steuerkonzept mit dem Titel »Mehr Netto für alle« beschlossen. Nachstehend soll die Entwicklung der heimlichen Steuererhöhungen und ihre vermeidbaren Ursachen erörtert werden. Da selbst Wirtschaftsweisen die Fakten nicht immer hinreichend präsent sind, wird die Problematik vertieft aufgezeigt.

Preisanstieg bei den Lebenshaltungskosten und Entwicklung der Nominaleinkommen

Selbst die Inflationsrate, die auf der Basis des »amtlichen« Warenkorb, der auch Waren des nicht täglichen Bedarfs enthält, ermittelt wird, löst bei der Bundesregierung und den Bürgern Sorgen aus. Hat sich doch der Kaufkraftverlust im letzten Jahr rasant beschleunigt. Der Anstieg der Verbraucherpreise vor allem für Energie und Nahrungsmittel hat ungeahnte Dimensionen angenommen. Die Sozialpolitiker planen Maßnahmen bzw. haben auf kommunaler Ebene bereits Erhöhungen von Transferleistungen beschlossen. Das Existenzminimum insbesondere in Ballungsräumen hat sich erheblich erhöht. Allein Mieten und Mietnebenkosten steigen kontinuierlich.

Bekanntlich hat sich die Inflationsrate in den letzten Monaten stark beschleunigt. Bei der absehbaren Entwicklung

* Prof. Dr. Dieter Dziadkowski war Mitglied der Boreis-Kommission.

auf den Märkten für Energie und Nahrungsmittel ist mit einer Fortsetzung der Preisauftriebenden auch in diesem und dem kommenden Jahr – wenn nicht sogar dauerhaft – zu rechnen. Die Lohnentwicklung, die erstmals 2008 wieder Werte, die nominal über der Inflationsrate liegen, aufweist, lässt Hoffnung für die tatsächlichen Leistungsträger aufkeimen. Allerdings wird die Abgabenbelastung ebenfalls merklich steigen, da die Bundesregierung am Konzept der heimlichen Steuererhöhungen festhält.

Der erkennbare Teuerungstrend wird vor allem durch die anhaltend hohen Energiepreise und vermehrt auch durch die anziehenden Preise für Nahrungsmittel ausgelöst. Auf absehbare Zeit dürfte auf diesen Märkten keine Entspannung eintreten. Eine Anhebung der Bedarfssätze für Bezieher von Arbeitslosengeld II bleibt unausweichlich. Für Bezieher von Arbeitseinkommen ändert sich offensichtlich nichts, wenn man die Stimmen aus Politik und vor allem der Bundesregierung aufmerksam zur Kenntnis nimmt. Die Bundesregierung will bislang am Konzept der kalten Progression und der dadurch entstandenen Überbesteuerung von Arbeitseinkommen festhalten.

Durch das Zusammenwirken von Preisauftrieb und heimlichen Steuererhöhungen ist die Kaufkraft der Einkommensbezieher massiv gesunken und wird bei unveränderter Einkommensbesteuerung weiter sinken. So sind nach jüngeren Berechnungen in der Zeit von 1991 bis 2007 die Verbraucherpreise um 36,8% und die Nettogehälter nur um 28,5% gestiegen. Betrachtet man die Preise für den Grundbedarf und die weitere Entwicklung der Nettogehälter, die in 2008 von der kalten Progression erfasst werden, wird die Schere weiter auseinander klaffen. Eine Senkung allein der Arbeitslosenversicherung kann die Belastung durch die heimlichen Steuererhöhungen nicht ausgleichen und entlastet auch lediglich die Einkommensgruppen, die dieser »Versicherung« unterliegen.

Während der Rohölpreis und die anderen Preise auf dem Energiesektor seit Jahren stark steigende Tendenz aufweisen, haben sich in jüngerer Zeit nunmehr die Preise für Grundnahrungsmittel weltweit massiv verteuert. Die Preise für Weizen, Mais und Reis erreichten neue Rekordwerte. Am 24. April 2008 durchbrach der Preis für eine Tonne Reis die 1 000 US-Dollar-Marke. Seit Januar 2008 hat sich der Preis verdreifacht (vgl. Handelsblatt vom 29. April 2008, 2).

Die Verbraucherpreise haben sich auch in Deutschland erheblich gesteigert. So verteuerten sich die Preise für Brot um 8,7%, für Obst um 14%, für Milch und Eier um 23,9% gegenüber dem Vorjahr. Bei den Energiekosten gab es Preisschübe bis zu 36%. Als erste sozialpolitische Maßnahme wurde eine Wohngelderhöhung um ca. 60% verabschiedet. Die Ursachen der Teuerung bei Nahrungsmitteln reichen vom rasanten Bevölkerungswachstum über Dürren in weiten Re-

gionen bis hin zur Spekulation. Zusätzlich treiben die erhöhten Preise für Energie und Düngemittel die Kosten der Landwirte. Bekanntlich trägt noch die Umstellung in der Landwirtschaft von der Getreideproduktion auf die Erzeugung von Biosprit zur Verknappung von Nahrungsmitteln bei. Die weltweite Ernährungskrise wirft bereits ihre Schatten auf Europa und verstärkt auch auf die inflationäre Entwicklung in Deutschland.

Wie bereits mehrfach erwähnt, ignoriert der Gesetzgeber bislang die reale Entwicklung bei den Preisen für den Grundbedarf. Die Steuerverschonung des Existenzminimums müsste unter Beachtung verfassungsrechtlicher Normen den gestiegenen Lebenshaltungskosten angepasst werden. Während den Beziehern von Transfereinkommen relativ zeitnah Zulagen gewährt werden, werden die Bezieher von Erwerbseinkommen insbesondere bei erhöhten Lebenshaltungskosten (z.B. Miete und Mietnebenkosten) nach wie vor durch weitgehend unzureichende Grundfreibeträge – vor allem in Ballungsräumen – nur teilweise von der Einkommensteuer verschont. Hinzu treten stets die Wirkungen des progressiven Tarifs. Das in Ballungsräumen erzielbare höhere Nominaleinkommen wird mit höheren Steuersätzen belegt als das niedrigere Nominaleinkommen außerhalb der Ballungsräume mit gleicher oder sogar höherer realer Kaufkraft. Bei Beziehern von Erwerbseinkommen wird somit dem Bedürftigkeitsprinzip nicht gebührend Rechnung getragen, weil im Gegensatz zum Sozialrecht das Steuerrecht das für den existenzsichernden Aufwand benötigte Einkommen nicht in ausreichendem Umfang von der Besteuerung freistellt. Während die Steuerfreistellung von Sozialleistungen unumstritten ist, wird eine dauerhafte Steuerfreistellung des existenznotwendigen Lebensbedarfs vom Gesetzgeber meist nur nach längeren Zeitabschnitten im Bereich der Untergrenze vorgenommen.

Das Konzept der heimlichen Steuererhöhungen

Steuern als gegenleistungslose öffentliche Abgaben werden grundsätzlich hinsichtlich des Steuerobjekts, des Steuerobjekts, der Bemessungsgrundlage und des Steuersatzes durch Gesetz bestimmt. Erhöhungen des Steuersatzes bedürfen ebenfalls einer gesetzgeberischen Maßnahme. Allerdings können bekanntlich Belastungsverstärkungen auch ohne Gesetzgebungsverfahren eintreten. Das Steuerrecht ist vom Nominalwertprinzip geprägt und berücksichtigt nicht inflationsbedingte Beeinträchtigungen. Bei einem progressiven Einkommensteuertarif steigt bei zunehmendem Nominaleinkommen die Steuerschuld relativ stärker als das Einkommen des Steuerzahlers, ohne dass der Gesetzgeber tätig werden muss. Die Erhöhung der Steuersätze findet automatisch statt. Diese durch die Belastungsautomatik entstehenden Steu-

**Tab. 1
Tarifelastizitäten im Vergleich**

Zu versteuerndes Jahreseinkommen	Ausgewählte Lohn- und Einkommensteuertarife von 1958 bis 2005			
	T 1958	T 1990	T 1998	T 2005
20 000 DM – 10 226 €	1,41	1,56	3,01	5,37
30 000 DM – 15 339 €	1,39	1,45	1,79	2,47
40 000 DM – 20 452 €	1,36	1,43	1,55	1,93
50 000 DM – 25 565 €	1,3	1,44	1,45	1,74
60 000 DM – 30 678 €	1,31	1,49	1,49	1,65
70 000 DM – 35 790 €	1,3	1,47	1,51	1,61
80 000 DM – 40 903 €	1,25	1,49	1,53	1,58
90 000 DM – 46 046 €	1,21	1,51	1,47	1,58
100 000 DM – 51 129 €	1,25	1,53	1,49	1,57
150 000 DM – 76 694 €	1,16	1,45	1,37	1,33

Quelle: Karl-Bräuer-Institut des Bundes der Steuerzahler, Die Entwicklung der Steuer- und Abgabenbelastung, Heft 100, Bonn 2006, Tabelle 5.

erträge werden als »heimliche Steuererhöhungen« bezeichnen. Die Ausprägung der Progression bezeichnet man als »kalte« Progression.

Eine besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang noch der Rolle des Grundfreibetrags zu. Der Grundfreibetrag ist als Tarifvorschrift in § 32a EStG eingebettet und verringert somit nicht die Bemessungsgrundlage »zu versteuerndes Einkommen«. Die Einbettung in die Tarifvorschrift bedingt, dass ein Grundfreibetrag, der sozialrechtlichen Vorgaben nicht entspricht und daher verfassungswidrig ist, die Progressionswirkung noch verstärkt. Bei stetig steigenden Nominaleinkommen ergibt sich mittels der kalten Progression ein ständiger Zuwachs an Steueraufkommen, sofern Grundfreibetrag und Steuerstruktur den veränderten Verhältnissen nicht angepasst werden. Sachgerecht wäre eine jährliche Überprüfung der Preisentwicklung für den Grundbedarf und in weiteren Abständen für die übrigen Lebenshaltungskosten. Unterlässt der Gesetzgeber eine regelmäßige Überprüfung der Daten, kann auf eine Realitätsverweigerung geschlossen werden.

Durch die Verschärfung der direkten Progression, die trotz mehrerer Tarifänderungen seit der Einführung des Splitting-

Tarifs 1958 zu verzeichnen ist, sind zugleich die heimlichen Einkommensteuererhöhungen immer mehr beschleunigt worden. Gerade durch die jüngsten Erhöhungen der Nominaleinkommen sowie der Nichtanpassung des Tarifs hat das Problem der heimlichen Steuererhöhungen an Brisanz gewonnen.

Betrachtet man die Tarifelastizitäten einiger Tarife seit 1958 bis 2005, erkennt man un schwer, wie sich die Tarifelastizitäten im unteren und mittleren Einkommensbereich erhöht haben. Sie wurden jeweils für den Grundtarif ermittelt (vgl. Tab. 1).

Wie sich in den aktuellen Diskussionen herausgestellt hat, sind die Fakten den Politikern mit Fachkompetenz nicht unbekannt.

Trotzdem hält die Bundesregierung am Konzept der »kalten« Progression fest. Moderate Vorschläge zur Eindämmung der heimlichen Steuererhöhungen werden als nicht finanzierbare Steuersenkungsmaßnahmen bezeichnet.

Die Entwicklung der Einkommensteuerbelastung von 1990 bis 2005

Recht anschaulich ist ein Vergleich der Belastung durch die Einkommensteuer für den Zeitraum von 1990 bis 2005, weil trotz gesetzlicher Entlastungsmaßnahmen für Steuerzahler im mittleren Einkommensbereich die Steuerlast zugenommen hat. Während 1990 der Spitzensteuersatz noch 53% und der Eingangssteuersatz 19% betrug und diese Steuersätze 2005 nur noch 42% bzw. 15% betragen, hat sich die Einkommensteuer unter Berücksichtigung der Einkommensentwicklung für Einkommensbezieher im Bereich zwischen ca. 30 000 € und ca. 96 000 € heimlich erhöht. Die Übersicht 1 verdeutlicht die Entwicklung.

Einkommensbezieher mit geringerem oder höherem Einkommen wurden hingegen deutlich entlastet. So ergeben sich u.a. die Werte in Übersicht 2:

Übersicht 1

Zu versteuerndes Einkommen im Jahr 1990 (in DM)	Zu versteuerndes Einkommen im Jahr 2005 (in €)	Einkommensteuer im Jahr 1990 (in %)	Einkommensteuer im Jahr 2005, einschließlich Solidaritätszuschlag (in %)	Erhöhung (in %)
39 200	29 062	20,0	20,0	0
40 000	29 655	20,2	20,3	1
50 000	37 069	22,2	23,3	5
60 000	44 482	24,0	25,9	8
80 000	59 310	27,5	30,2	10
100 000	74 137	30,7	33,0	8
130 000	96 379	35,4	35,6	1

Quelle: Karl-Bräuer-Institut des Bundes der Steuerzahler, Die Entwicklung der Steuer- und Abgabenbelastung, Heft 100, Bonn, 2006, Tabelle 6.

Übersicht 2

Zu versteuerndes Einkommen im Jahr 1990 (in DM)	Zu versteuerndes Einkommen im Jahr 2005 (in €)	Einkommensteuer im Jahr 1990 (in %)	Einkommensteuer im Jahr 2005, einschließlich Solidaritätszuschlag (in %)	Minderung (in %)
20 200	14 827	14,7	10,7	28
30 000	22 241	17,8	16,5	8
200 000	148 275	41,6	36,8	7

Quelle: Karl-Bräuer-Institut des Bundes der Steuerzahler, Die Entwicklung der Steuer- und Abgabenbelastung, Heft 100, Bonn, 2006, Tabelle 6.

Ein Grund für diese Entwicklung ist der, dass anlässlich der Steuersatzsenkungen jeweils die obere Proportionalzone, ab der der Spitzensteuersatz gilt, abgesenkt wurde. Die obere Proportionalzone, die 1988 erst bei 66 484 € begann, wurde in mehreren Schritten bis auf 52 152 € 2004 nach unten verschoben. Der Steuergesetzgeber konnte somit zusätzliches Steueraufkommen generieren. Er traf hiermit weitgehend die wahren Leistungsträger der Gesellschaft. Obwohl die Kaufkraft kontinuierlich sank, wurde die Steuerbelastung im Hinblick auf das Realeinkommen erhöht. Die Progressionszone wurde zusammengepresst und damit der Kreis derjenigen Steuerzahler, die dem Spitzensteuersatz unterworfen wurden, ständig erhöht. Es ergab sich folgende Entwicklung seit 1996 (Einführung eines verfassungskonformen Grundfreibetrags):

	1996	2000	2002	2004
Beginn der oberen Proportionalzone	61 376 €	58 643 €	55 007 €	52 151 €
Grundfreibetrag	6 185 €	6 902 €	7 236 €	7 665 €
Progressionsbereich	55 191 €	51 741 €	47 771 €	44 486 €

Der Kreis der Spitzenverdiener im Sinne des Steuerrechts wurde somit automatisch vergrößert. Die gesetzlichen Entlastungsmaßnahmen wurden auf diese Weise zum Teil wieder neutralisiert. Eine der realen Einkommensentwicklung entsprechende Steuersenkung hätte es erforderlich gemacht, auch die Grenze zur oberen Proportionalzone nach oben zu verschieben. Eine realitätsgerechte Steuerentlastung hätte aber im Gegensatz zu einer optischen Steuersatzminderung, die immer eine Signalwirkung entfaltet, erhebliche höhere Steuerausfälle bedeutet. Eine Steuerpolitik, die der realen Wirtschaftsentwicklung gerecht werden will, müsste eine zeitnahe Bestimmung der Steuerbelastung anstreben. Da die Geldwertverminderung gleich einem Naturgesetz fortschreitet, wären jährliche Tarifanpassungen oder zumindest jährliche Tarifüberprüfungen erforderlich. Der von der CSU unterbreitete Vorschlag reagiert auf die inzwischen eingetretenen Steuerbelastungsveränderungen, die durch die inflationäre Entwicklung bedingt sind.

Der CSU-Vorschlag »Mehr Netto für alle«

Das CSU-Steuerkonzept zielt auf eine echte Entlastung für alle Leistungsträger ab. Im Vordergrund stehen Entlastungen für Familien, Arbeitnehmer und den Mittelstand.

Der CSU-Vorschlag soll in den Jahren 2009 bis 2012 in drei Schritten umgesetzt werden. Das Konzept will die reale wirtschaftliche Entwicklung, die durch merkliche Erhöhungen der Bruttolöhne, aber auch durch fühlbare Preissteigerungen bei den Ausgaben des täglichen Bedarfs geprägt ist, berücksichtigen. Daher sollen die zusätzlichen Steuereinnahmen, die aus nominalen Lohnerhöhungen resultieren, an die Bürger zurückgegeben werden. Folgende Eckpunkte des »Drei-Stufenkonzepts« wurden beschlossen:

2009: Sofortentlastung durch

- Erhöhung des Kindergeldes,
- Erhöhung des Kinderfreibetrages in Anlehnung an den angekündigten Siebten Existenzminimumsbericht der Bundesregierung,
- Wiedereinführung der Pendlerpauschale und
- eine Wohnungsbauintiative.

2010: Erste Stufe der Einkommensteuertarif-Senkung durch

- Erhöhung des Grundfreibetrags auf 8 004 € und
- Senkung des Eingangssteuersatzes von 15 auf 13% und des Progressionsverlaufs

2012: Zweite Stufe der Einkommensteuertarif-Senkung durch

- Senkung des Eingangssteuersatzes von 13 auf 12%,
- Abflachung des gesamten Tarifverlaufs,
- Anhebung der oberen Proportionalzone von heute 52 151 € auf 60 000 € und
- Einführung eines Kindergrundfreibetrags

Damit würde die obere Proportionalzone, die Eintritt in den Kreis der Spitzenverdiener bedeutet, in etwa wieder beim Wert des Jahres 1990 angelangt sein. Damals begann die obere Proportionalzone bei 61 377 €. Der Spitzensteuersatz betrug allerdings 53%.

Ob die Tarifsenkung ausreichend ist, erscheint fraglich. Bei nicht ungünstiger Wirtschaftsentwicklung dürften die Bruttolöhne sowie die Verbraucherpreise weiterhin merklich steigen. Die kalte Progression kann weiterhin greifen. Eine Eindämmung dieser auch von der CSU als unerwünscht bezeichneten Entwicklung könnte nur erreicht werden, wenn wie in weiten Teilen des Auslands jährliche Tarifüberprüfungen gesetzlich verankert würden.

Ausblick

Die deutsche Steuerpolitik hat im letzten Jahrzehnt verstärkt ihr Augenmerk auf die Senkung der tariflichen Körperschaftsteuersätze gerichtet. Betrug der kombinierte Ertragsteuersatz (Körperschaft- und Gewerbesteuer) im Jahr 2000 bei thesaurierten Gewinnen noch über 52%, ist er nunmehr ab 2008 auf ca. 30% gesunken. Im internationalen Vergleich wurde die Wettbewerbsposition insbesondere innerhalb der EU erheblich verbessert. Gleichwohl ist der Wettlauf um niedrige Körperschaftsteuertarife vor allem durch die Konkurrenz aus den neuen EU-Mitgliedstaaten noch nicht beendet.

Die gleichzeitig eingetretenen Belastungsverschiebungen auf dem Gebiet der Einkommensbesteuerung wurden hingegen nicht ausreichend beachtet. Zwar wurden seit 2000 ebenfalls mehrere Tarifänderungen bei der Einkommensteuer vorgenommen, aber durch innertarifliche Gegenfinanzierungsmaßnahmen teilweise wieder neutralisiert. Der Eingangsteuersatz wurde von 22,9% im Jahr 2000 in mehreren Schritten auf heute 15,0% gesenkt. Auch der Spitzensteuersatz sank von 51,0% im Jahr 2000 auf nunmehr 42,0%, sofern nicht die Reichensteuer anwendbar wird. Zur Neutralisierung der Aufkommensminderungen wurden allerdings die Progressionsgrenzen gesenkt. Während im Jahre 2000 die obere Proportionalzone erst bei 58 643 € (nach 61 377 € bis 1999) begann, wird der Spitzensteuersatz heute bereits bei 52 152 € wirksam. Durch die progressive Struktur des Tarifs entsteht eine stärkere Belastung nicht nur bei den »Spitzeneinkommen«, sondern es werden auch durch die Kompression der Progressionszone die mittleren Einkommen relativ stärker belastet.

Der Hauptgrund für die Belastungsverschiebungen liegt darin, dass die nominalen Einkommenserhöhungen zugleich durch die Verringerung des Geldwerts und die »kalte Progression« real geschmälert werden. Bei steigenden Einkommen führt die Progression des Tarifs für den Steuerzahler dazu, dass seine Einkommensteuer automatisch stärker zunimmt als das Einkommen selbst. Ein immer größerer Teil des Einkommens wird durch die Steuer aufgezehrt, ohne dass im Gesetzgebungsverfahren eine Steuererhöhung vorgenommen worden ist. Diese »heimlichen Steuererhöhungen« werden im Jahre 2008 und 2009 infolge der nominalen Lohnerhöhungen stark zunehmen, da eine entsprechende Tarifanpassung nicht realisiert wurde. Insbesondere der inzwischen zu geringe Grundfreibetrag zur Steuerfreistellung des Existenzminimums wird zu verfassungswidrigen Belastungen führen. Der Vorschlag der CSU zeigt folglich in die richtige Richtung.

Einige kritische Politikerstimmen, die sich durch geringe Fachkompetenz auszeichnen und für die Beibehaltung der »heimlichen Steuererhöhungen« plädieren, beachten nicht, dass der Steuerzahler seit 2007 bereits durch die massive Erhöhung

der Mehrwertsteuer und anderer Steuern zusätzlich belastet wurde und durch die »kalte Progression« einer realen Überbesteuerung unterworfen wird. Die geäußerten Bedenken gegen Steueranpassungen – es handelt sich nicht um Steuer-senkungen(!) – werfen ein bezeichnendes Licht auf die Einstellung zahlreicher Volksvertreter. Erfreulich ist, dass inzwischen eine beachtliche Anzahl von Abgeordneten für die Eindämmung heimlicher Steuererhöhungen eintritt. Vielleicht gelangt der Steuergesetzgeber doch noch zu der Einsicht, dass eine dauerhafte Überbesteuerung der wahren Leistungsträger der Gesellschaft nicht demokratieförderlich ist.

Zur Behebung der Verwerfungen wäre eine Regelung notwendig, die den Einkommensteuertarif der inflationären Entwicklung laufend anpasst. Denkbar sind mehrere Konzepte. Bekannt sind (vgl. jüngst Tipke und Lang 2008, 398)

- eine gesetzliche Indexierung, bei der durch eine gesetzlich angeordnete, automatische Anpassung des Tarifs und der persönlichen Freibeträge bei bestimmten Mindesterhöhungen des Lebenshaltungskostenindex der Entwicklung Rechnung getragen wird (z.B. in Dänemark, in den Niederlanden, in Kanada und in den USA);
- eine Verpflichtung der Regierung, ab bestimmten Mindesterhöhungen des Lebenshaltungskostenindex den Tarif und die persönlichen Freibeträge anzupassen (z.B. in Frankreich und in Luxemburg);
- eine Überprüfung des Tarifs und der persönlichen Freibeträge in bestimmten Zeitabständen ohne bindende Regeln (z.B. in Großbritannien, Irland, Norwegen, Schweden, Schweiz).

Eine entsprechende Regelung ist sachgerecht und verhindert Realitätsverweigerungen der Entscheidungsträger. Die Vertrauensbasis zwischen Politik und Bürgern könnte gestärkt werden. Sofern die Steuereinnahmen der realen und nicht der nominalen Einkommensentwicklung entspringen, könnten überhöhte Ausgaben leichter vermieden werden. Durch sparsame Haushaltsführung könnten die Gebietskörperschaften sich der veränderten Einnahmesituation schneller anpassen. Unter Umständen könnte sogar die Steuerverschwendung reduziert werden. Durch heimliche Steuererhöhungen hingegen werden Sparzwänge relativiert. Eindämmung heimlicher Steuererhöhungen und Schuldenabbau sind keine Gegensätze. Koordinierte Maßnahmen können beiden Zielen gerecht werden.

Literatur

- Bareis, P. (1999), »Die Reform der Einkommensteuer vor dem Hintergrund der Tarifentwicklung seit 1934«, in: P. Kirchhof, W. Jakob und A. Beermann (Hrsg.), *Steuerrechtsprechung, Steuergesetz, Steuerreform, Festschrift für Klaus Offerhaus*, O. Schmidt, Köln, 1053 ff.
- Brandis, P. (1987), »Einkommen als Rechtsbegriff«, *Steuer und Wirtschaft*, 289 ff.
- Bundesministerium der Finanzen (1995), *Thesen der Einkommensteuer-Kommission zur Freistellung des Existenzminimums ab 1996 und zur Reform der Einkommensteuer*, Schriftenreihe des BMF, Heft 55, Bonn.

- Dziadkowski, D. (1985), »Plädoyer für einen transparenten und realitätsbezogenen («bürgernahen») Einkommensteuertarif«, *Betriebs Berater*, Beilage (9).
- Dziadkowski, D. (2008), »Freistellung des Existenzminimums nach § 32a EStG insbesondere in Ballungsräumen unzureichend«, *FinanzRundschau*, 124 ff.
- Homburg, S. (1995), »Zur Steuerfreiheit des Existenzminimums«, *FinanzArchiv* 52, 182 ff.
- Karl-Bräuer-Institut des Bundes der Steuerzahler (2006), *Die Entwicklung der Steuer- und Abgabenbelastung*, Heft 100, Bonn.
- Kirchhof, P. (2003), »Einkommensteuergesetzbuch«, C.F. Müller. Verlag, Heidelberg.
- Lang, J. (2005), *Kölnener Entwurf eines Einkommensteuergesetzes*, O.Schmidt, Köln.
- Lehner, M. (1993), *Einkommensteuerrecht und Sozialhilferecht*, Tübingen.
- Liesenfeld, A. (2005), *Das steuerfreie Existenzminimum und der progressive Tarif als Bausteine eines freiheitlichen Verständnisses des Leistungsprinzips*, Berlin.
- Parsche, R. (1980), »Zur Einkommensteuerreform: Regelmäßige Entlastungen notwendig«, *ifo Schnelldienst* (13), 14 ff.
- Richter, W.F. (1995), »Einkommensteuerliche Freistellung unvermeidbarer Privatausgaben«, in: *Festschrift für Dieter Schneider*, Wiesbaden, 455 ff.
- Stern, V. (2005), »Belastungsverschiebung bei Lohn- und Einkommensteuer«, *Deutsche Steuer Zeitung*, 515 ff.
- Tipke, K. (2003), *Die Steuerrechtsordnung*, Bd. 11, 2. Aufl., O. Schmidt, Köln.
- Tipke, K. und J. Lang (2008), *Steuerrecht*, 19. Aufl., O. Schmidt, Köln.
- Wagner, F.W. (1976), »Einkommensbesteuerung und Inflation«, *Steuer und Wirtschaft*, 228 ff.

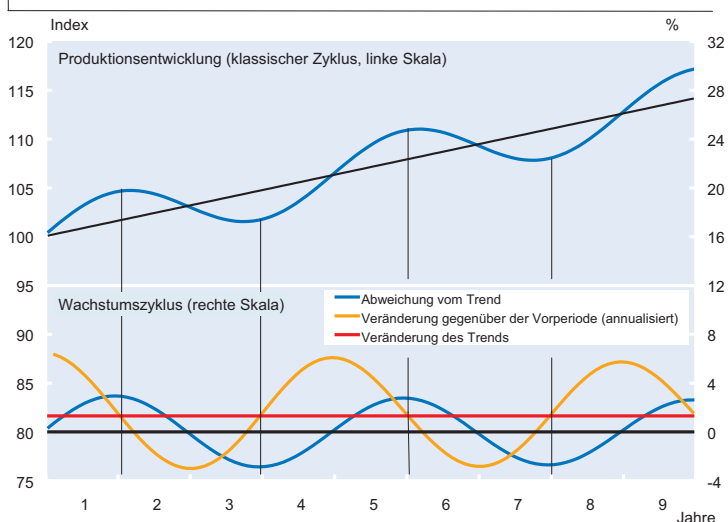
In der modernen Wirtschaftsstatistik werden heute für die Modellierung struktureller Brüche und regimeabhängiger Dynamik zunehmend nichtlineare Zeitreihenverfahren eingesetzt. Ein prominentes Beispiel hierfür sind Markov-Switching-Modelle, bei denen die Modellparameter von stochastischen Regimevariablen abhängen. Ein an sich lineares Modell wird bei diesem Ansatz dadurch flexibler, dass die Parameter unterschiedliche Werte annehmen können, je nachdem, in welchem Regime sich die Zeitreihe befindet. Dadurch kann bei der Modellierung berücksichtigt werden, dass die Dynamik über die Zeit variiert. Da die Zeitpunkte der Regimewechsel nicht vorgegeben werden müssen, sondern während der Berechnungen mitgeschätzt werden, kann dieser Modelltyp auch zur Datierung von konjunkturellen Wendepunkten eingesetzt werden. Im vorliegenden Beitrag wird der wichtigste Frühindikator der deutschen Konjunktur, das ifo Geschäftsklima für die gewerbliche Wirtschaft, durch ein Markov-Switching-Modell beschrieben. Es zeigt sich, dass mit diesem Modell die Wendepunkte der zyklischen Komponente des realen Bruttoinlandsprodukts zuverlässig erkannt werden. Zusätzlich gewinnt man Echtzeit-Wahrscheinlichkeiten für das aktuelle Konjunkturregime. Diese Wahrscheinlichkeiten können für die Interpretation des Konjunkturindikators eine interessante zusätzliche Information darstellen.

Konjunkturzyklen in marktwirtschaftlichen Systemen sind Schwankungen des Auslastungsgrades des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials (Wachstumszyklen). Jeder Zyklus besteht aus einer Aufschwungs- und einer Abschwungsphase, wobei die einzelnen Phasen durch untere bzw. obere Wendepunkte miteinander verbunden sind. Aufschwungsphasen sind dadurch gekennzeichnet, dass die Wachstumsrate der gesamtwirtschaftlichen Produktion gegenüber der Vorperiode über der des Produktionspotentials liegt (zunehmende Kapazitätsauslastung), Abschwungsphasen umfassen sowohl Phasen mit absolut sinkender Produktionstätigkeit als auch Phasen mit – gemessen an der Potentialrate – unterdurchschnittlich zunehmender Produktionstätigkeit (abnehmende Kapazitätsauslastung). Obere Wendepunkte sind daher dort, wo der Auslastungsgrad ein lokales Maximum hat, untere Wendepunkte dort, wo der Auslastungsgrad ein lokales Minimum aufweist. Anders als im klassischen Zyklus, der als Schwankungen des Niveaus der gesamtwirtschaftlichen Produktion definiert ist, beginnt im Wachstumszyklus eine Abschwungsphase also nicht erst, wenn die Wachstumsrate negativ ist, sondern wenn sie unter die Rate des Potentialwachstums fällt. Interpretiert man den Trendwert des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) als eine nicht-strukturelle Schätzung des Produktions-

potentials, so lassen sich Konjunkturzyklen äquivalent an den Abweichungen des BIP vom Trend messen (Output Gap). Die Wendepunkte sind durch den maximalen Abstand des BIP von seinem Trendwert gekennzeichnet (vgl. Abb. 1).

Mit Konjunkturindikatoren soll das zyklische Wirtschaftsgeschehen insbesondere an Wendepunkten möglichst zutreffend beschrieben bzw. prognostiziert werden. Sie lassen sich nach ihrem zeitlichen Zusammenhang zur jeweiligen konjunkturellen Referenzreihe in vorlau-

Abb. 1
Produktionsentwicklung (als Beispiel: Vierjahres-Sinusschwingung des realen BIP um einen linearen Trend) und Wachstumszyklus



Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

fende (*leading*), gleichlaufende (*coincident*) und nachlaufende (*lagging*) Indikatoren klassifizieren. Von besonderer Wichtigkeit sind naturgemäß die vorlaufenden Indikatoren (*Frühindikatoren*). Ein besonders prominenter Frühindikator für die Konjunktur in Deutschland ist das *ifo Geschäftsklima für die gewerbliche Wirtschaft* (aggregiertes Ergebnis für die Bereiche Industrie, Bauhauptgewerbe, Groß- und Einzelhandel). Es wird als geometrisches Mittel nach der Formel $[(GL + 200)(GE + 200)]^{1/2} - 200$ berechnet, wobei GL das Prozentsaldo aus den positiven und negativen Meldungen zur *aktuellen Geschäftslage* bezeichnet und GE das Prozentsaldo aus den positiven und negativen Meldungen zu den *Geschäftsaussichten in den nächsten sechs Monaten*.¹ Durch die geometrische Mittelung werden bei Extremwerten die Ausschläge im Vergleich zu einer arithmetischen Mittelung leicht gedämpft.

Das Geschäftsklima wurde vom ifo Institut erstmals im Jahr 1971 veröffentlicht; wobei sich die Angaben zunächst auf die verarbeitende Industrie beschränkten. Aber bereits im darauf folgenden Jahr wurden die Klimadaten für die im Konjunkturtest erfassten Bereiche Industrie, Bauhauptgewerbe, Groß- und Einzelhandel zu einem konjunkturellen *Gesamtindikator* verdichtet. Der Vorteil von Gesamtindikatoren besteht darin, dass sie im Unterschied zu Einzelindikatoren, die für sich betrachtet widersprüchliche Tendenzen anzeigen können, infolge der Informationsverdichtung normalerweise deutlichere und auch stabilere Konjunktursignale liefern. Ein zweiter Grund für die Zusammenfassung von Einzelindikatoren ist die Erweiterung der Aussage auf größere Aggregate.

In vielen wissenschaftlichen Studien wurden die Prognoseeigenschaften des ifo Geschäftsklimas untersucht (vgl. Abberger und Wohlrabe 2006). Eine besondere Rolle in der Konjunkturanalyse kommt der möglichst rechtzeitigen und zuverlässigen Erkennung von konjunkturellen Wendepunkten zu. Gerade hier leistet das ifo Geschäftsklima seine Dienste. Wendepunkte im Wachstumszyklus vermag es zuverlässig und im Durchschnitt mit einem *statistisch signifikanten* Vorlauf von gut einem Quartal anzuzeigen (vgl. Abberger und Nierhaus 2007). Um die Qualität von Indikatoren zu bewerten, werden in der Regel historische Zeitreihen verwendet und das Wendepunktverhalten beobachtet. Dadurch gewinnt man wichtige Hinweise über Eigenschaften und Zuverlässigkeit von Indikatoren, die auch in der praktischen Konjunkturanalyse hilfreich sind. In der tatsächlichen Analyse muss der Forscher jedoch immer beurteilen, ob eine Bewegung des jeweils aktuellen Indikatorwertes bereits für einen Wechsel des Regimes und damit einen konjunkturellen Wendepunkt spricht, oder ob die Bewegung weiterhin mit dem Verbleib im bisherigen Regime im Einklang steht.

Für diese Entscheidung können die Schätzergebnisse von Markov-Switching-Modellen wichtige zusätzliche Informationen liefern. Die Berechnungen führen zu Wahrscheinlichkeitsschätzungen für die verschiedenen Regime. Im Gegensatz zu einer rein visuellen Analyse oder einer Bewertung mit anderen Modellen resultieren aus der Anpassung der Markov-Switching-Modelle Wahrscheinlichkeitsaussagen darüber, ob sich die Ökonomie in einem Aufschwung oder in einem Abschwung befindet.

Der Markov-Ansatz

In der modernen Wirtschaftsstatistik werden heute für die Modellierung struktureller Brüche und regimeabhängiger Dynamik zunehmend nichtlineare Zeitreihenverfahren eingesetzt. Ein prominentes Beispiel hierfür sind Markov-Switching-Modelle (MS-Modelle), die auf die Pionierarbeiten von Hamilton (1989) sowie Goldfeld und Quandt (1973) zurückgehen. Im Folgenden soll das ifo Geschäftsklima für die gewerbliche Wirtschaft mit einem MS-Ansatz modelliert werden.

Konkret werden die ersten Differenzen $\Delta y_t = y_t - y_{t-1}$ des Geschäftsklimaindex in Abhängigkeit von einer nicht beobachtbaren Zustandsvariablen s_t modelliert, die als Zustand oder Regime zum Zeitpunkt t bezeichnet wird ($t = 1, \dots, T$; Zeitvariable). Die Modellierung der ersten Differenzen impliziert, dass die Veränderung des Geschäftsklimas betrachtet wird. Es soll bewertet werden, ob eine Bewegung des Geschäftsklimas für einen Wechsel des Regimes spricht, oder ob sie im Einklang mit dem bisherigen Regime steht. Befindet sich die Wirtschaft etwa im Aufschwung, so kann ein sinkendes Geschäftsklima noch im üblichen Schwankungsbereich liegen und daher im Einklang mit dem Regime Aufschwung stehen. Es kann aber auch schon einen Regimewechsel anzeigen. Genau für diese Bewertung soll das MS-Modell Hilfestellung leisten.

Die Zahl der konjunkturellen Regime ist in der vorliegenden Studie auf zwei begrenzt. Für $s_t = 1$ gilt Zustand 1 (im Durchschnitt steigendes Geschäftsklima), der hier mit Aufschwung gleichgesetzt wird, für $s_t = 2$ herrscht Zustand 2 (im Durchschnitt sinkendes Geschäftsklima; Abschwung). Die Wahrscheinlichkeit, mit der das Regime von einer Periode zur anderen Periode wechselt (bzw. verharrt), ist annahmegemäß zeitinvariant und hängt nur vom Zustand der Vorperiode s_{t-1} ab

$$p(s_t = i \mid s_{t-1} = j) = p_{ij}; \quad i, j = 1, 2.$$

Bei einem Markov-Prozess mit zwei Zuständen gibt es insgesamt vier Übergangswahrscheinlichkeiten. Für diese gelte $p_{11} + p_{12} = p_{22} + p_{21} = 1$; die Zustandsvariable s_t folgt damit einem Markov-Prozess erster Ordnung. Die Vertei-

¹ Zur Vermeidung von negativen Werten in der Wurzel werden die Variablen GL und GE jeweils um die Konstante 200 erhöht.

lung von Δy_t (bei gegebenem Zustand i) wird durch die Dichtefunktion

$$f(\Delta y_t | s_t = i, \mu_i, \sigma^2) = 1/(2\pi \sigma^2)^{1/2} \exp[-(1/2)(\Delta y_t - \mu_i)^2/\sigma^2]$$

beschrieben; d.h. Δy_t ist normalverteilt mit zustandsabhängigem Mittelwert μ_i und konstanter² Varianz σ^2 . Für Zustand 1 gilt μ_1 , ansonsten μ_2 . Mit dem Symbol θ wird der Vektor der insgesamt zu schätzenden Parameter (p_{11} , p_{22} , μ_1 , μ_2 , σ^2) des MS-Modells bezeichnet.³ Das Modell kann mit der Maximum-Likelihood-Methode geschätzt werden, wobei in der Rechenpraxis aufgrund von Nichtlinearitäten numerische Optimierungsverfahren zum Einsatz gelangen (vgl. Krolzig und Lütkepohl 1995, 180 f.).

Das Verfahren liefert neben einer Schätzung des Parametervektors θ zugleich eine Quantifizierung von *Regime-Wahrscheinlichkeiten* in Abhängigkeit von der jeweils betrachteten Informationsmenge: Der Ausdruck $p(s_t = i | I_t)$ bezeichnet die bedingte Wahrscheinlichkeit, im Zeitpunkt t im Regime i zu sein, falls auf die gesamte Informationsmenge im Schätzzeitraum $[1, \dots, T]$ des MS-Modells konditioniert wird (geglättete Wahrscheinlichkeit).⁴ Der Ausdruck $p(s_t = i | I_t)$ gibt dagegen die bedingte Wahrscheinlichkeit für Zustand i an, falls nur auf die bis zur Rechenperiode t vorliegenden Informationsmenge fokussiert wird (gefilterte Wahrscheinlichkeit). Letztere ist unter Echtzeit-Aspekten besonders interessant. Für den Endzeitpunkt T stimmt der gefilterte Wert mit dem geglätteten überein. Die geglätteten Wahrscheinlichkeiten sind insbesondere dazu geeignet, die Dynamik der untersuchten Zeitreihen *ex post* zu untersuchen. Dadurch lassen sich in der Rückschau, bei Verwendung der gesamten Informationsmenge, Regimewechsel zuverlässig datieren. Denn bis auf den Rand der Zeitreihe, sind bei den Berechnungen zu allen Zeitpunkten sowohl die Vergangenheit als auch die Zukunft bekannt. Die Situation, in der sich der Konjunkturprognostiker befindet, wird dagegen in den gefilterten Wahrscheinlichkeiten nachempfunden. Über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg fließen in die Berechnung der Zustandswahrscheinlichkeiten jeweils nur die Daten aus der Vergangenheit ein.⁵ Dies erhöht die Unsicherheit bei der Bewertung, in welchem Regime sich der Prozess befindet. Gerade in dieser Situation sollen die Markov-Switching-Modelle aber zusätzliche Entscheidungshilfen geben.

² Die Modellierung der Varianz kann auch zustandsabhängig erfolgen. Diese Verallgemeinerung ist für die vorliegende Anwendung jedoch nicht notwendig.

³ Die gleichermaßen unbekannte und damit zu schätzende Wahrscheinlichkeit p_{12} folgt aus der Beziehung $1 - p_{11}$; die Wahrscheinlichkeit p_{21} aus $1 - p_{22}$.

⁴ Für $t < T$ beinhaltet dies also auch Informationen aus dem Zeitfenster ($t < k \leq T$).

⁵ Dies gilt jedoch nur für die Anpassung der Zustandswahrscheinlichkeiten. Für die Schätzung der Parameterwerte μ_i und σ^2 wird die gesamte Information verwendet.

Vorlauf und Signalstärke an konjunkturellen Wendepunkten

Im Folgenden soll zunächst auf die Schätzergebnisse für die *geglätteten* Regime-Wahrscheinlichkeiten des ifo Geschäftsklimas an konjunkturellen Wendepunkten im Zeitraum 1970 bis 2008 näher eingegangen werden. Als konjunkturelle Referenzreihe wird hier das vierteljährliche reale Bruttoinlandsprodukt herangezogen. Da amtliche BIP-Werte vor dem Jahr 1991 nur für Westdeutschland vorhanden sind, werden die fehlenden gesamtdeutschen Werte durch entsprechende Verkettung west- bzw. gesamtdeutscher Zeitreihenwerte generiert. Zur Extraktion der zyklischen Komponente des realen BIP ist der bekannte Baxter-King-Filter eingesetzt worden. Der Baxter-King-Filter ist ein symmetrischer Filter, der aus einer Zeitreihe nicht nur die niederfrequente Trendkomponente entfernt, sondern auch die hochfrequente irreguläre Komponente (vgl. Baxter und King 1999). Um auch an den Rändern einen symmetrischen Filter zu haben, wurden am Anfang und Ende der BIP-Zeitreihe zusätzliche Reihenwerte generiert. Die »backcasts« und »forecasts« wurden mit Hilfe von autoregressiven Modellen (AR) erzeugt, die Lag-Länge wurde automatisch über das Akaike-Informationskriterium (AIC) gewählt. Für die erforderliche Eliminierung der Saisonkomponente wurde das Census-X12-ARIMA Verfahren ausgewählt. Als Zyklus wurde die Summe aller Komponenten der Zeitreihe mit Schwingungen zwischen 6 und 32 Quartalen (= 1,5 bis 8 Jahre) angesetzt, die Länge des Baxter-King-Filters beträgt zwölf Quartale (= drei Jahre). Diese Einstellungen entsprechen den in der Literatur üblichen Empfehlungen für einen in der Praxis nahezu optimalen Filter. Die Datierung der konjunkturellen Wendepunkte des realen BIP erfolgte mit dem von Bry und Boschan am National Bureau of Economic Research (NBER) entwickelten Algorithmus, der weltweit am prominentesten ist (vgl. Bry und Boschan 1971). Das Verfahren liefert nach einem sequentiellen Entscheidungsprozess eine komplette Datierung der konjunkturellen Wendepunkte im betrachteten Rechenzeitraum. Für die Wendepunktsdatierung nach Bry und Boschan wurde das EU-Softwaretool BUSY (Release 4.1) benützt, das hier mit üblichen Standardoptionen für die minimale Phasenlänge (drei Quartale) und die minimale Zyklusdauer (fünf Quartale) gefahren wurde (vgl. Fiorentini und Planas 2003).

Die Regime-Wahrscheinlichkeiten des ifo Geschäftsklimas für die gewerbliche Wirtschaft wurden mit Hilfe der ökonomischen Softwaretools (Grocer Version 1.303) und Scilab (Version 4.1.2) geschätzt.⁶ Grocer greift dabei auf eine von Bellone entwickelte Gauss-Routine (MSVARlib) zurück (vgl. Bellone 2005). Da die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für das reale Bruttoinlandspro-

⁶ Grocer kann unter <http://dubois.ensae.net/grocer.html> bezogen werden und ist eine Kontribution zum Programmpaket Scilab (<http://scilab.org>).

dukt nur vierteljährlich (und nicht wie ifo Konjunkturtestdaten monatlich) vorliegen, mussten die Monatsergebnisse des ifo Geschäftsklimas für die gewerbliche Wirtschaft der Vergleichbarkeit halber zu Quartalswerten zusammengefasst werden. Zudem wurden alle Geschäftsklimawerte mit dem ifo-Standardverfahren ASA II saisonbereinigt, um die volle Kompatibilität mit den regelmäßig veröffentlichten Konjunkturtestdaten des Instituts zu gewährleisten.

Das nach Baxter-King gefilterte reale Bruttoinlandsprodukt hat im Zeitraum 1970 bis 2007 insgesamt 17 Wendepunkte, beginnend mit dem vierten Quartal 1970 und endend mit dem zweiten Quartal 2007 (vgl. Abb. 2; oberes Teilbild). Untere Wendepunkte der Konjunktur finden sich in den Jahren 1971, 1975, 1982, 1987, 1993, 1996, 1999 und 2005. Obere Wendepunkte können für die Jahre 1970, 1973, 1979, 1985, 1991, 1995, 1998, 2000 und 2007 beobachtet werden. Im betrachteten Zeitraum lassen sich – ausgehend von

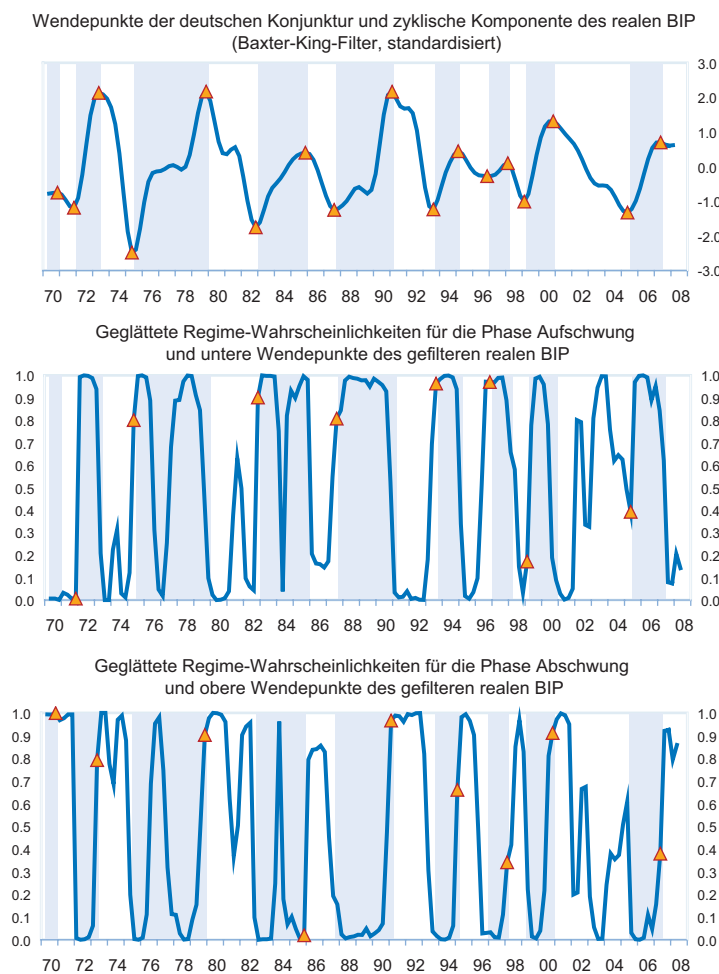
der Zahl der oberen Wendepunkte – insgesamt acht Wachstumszyklen der deutschen Wirtschaft ausmachen. Die durchschnittliche Dauer eines Wachstumszyklus, gemessen an der Zeitspanne zwischen zwei aufeinander folgenden oberen Wendepunkten, beläuft sich auf 17,4 Quartale oder 4¹/₄ Jahre; gemessen an zwei konsekutiven unteren Wendepunkten auf 18,3 Quartale oder 4¹/₂ Jahre. Eine Aufschwungsphase (Zeitspanne vom unteren Wendepunkt zum darauf folgenden oberen) beträgt im Durchschnitt 9,5 Quartale (knapp 2¹/₂ Jahre), eine Abschwungsphase (Spanne vom oberen Wendepunkt zum darauf folgenden unteren) 8,8 Quartale (knapp 2¹/₄ Jahre).

Die mit Hilfe des MS-Verfahrens aus dem ifo Geschäftsklima geschätzten Regime-Wahrscheinlichkeiten für die konjunkturelle Phase *Aufschwung* zeigt das mittlere Teilbild der Abbildung 2. Da auf die durchschnittliche Dynamik der Zeitreihe im gesamten Ex-post-Zeitraum fokussiert wird, sind

die geglätteten Regime-Wahrscheinlichkeiten für die Phase Aufschwung $p(s_t = 1 | I_t)$ dargestellt. Zur Schätzung wurde die gesamte zur Verfügung stehende Informationsmenge im Zeitintervall 1970 bis 2008 verwendet. Im mittleren Teilbild der Abbildung 2 sind außerdem die unteren Wendepunkte des gefilterten realen BIP vermerkt (rote Dreiecke). Es zeigt sich bereits rein optisch, dass mit Ausnahme der Jahre 1971, 1999 und 2005 die *lokalen Minima* der Regime-Wahrscheinlichkeiten für die Phase Aufschwung einen beträchtlichen Vorlauf gegenüber den unteren Wendepunkten des gefilterten realen BIP haben. Dabei ist das Aufwungssignal der geglätteten Regime-Wahrscheinlichkeiten zum Zeitpunkt eines unteren Wendepunkts des BIP naturgemäß umso stärker, je höher die Dreiecke zu liegen kommen. Für die Konjunkturanalyse ist zudem wichtig, dass zum statistischen Vorlauf des ifo Indikators noch ein technischer Vorlauf durch die verschiedenen Publikationszeitpunkte hinzukommt. So sind die ifo Geschäftsklima-Ergebnisse für ein abgelaufenes Quartal 1¹/₂ Monate vor den amtlichen Vierteljahresergebnissen für das Bruttoinlandsprodukt bekannt. Zudem werden sie in der Regel im Nachhinein nicht mehr revidiert.

Das untere Teilbild der Abbildung 2 zeigt die geglätteten Regime-Wahrscheinlichkeiten für die Phase *Abschwung* $p(s_t = 2 | I_t) = 1 - p(s_t = 1 | I_t)$ sowie die hierzu korrespondierenden oberen Wendepunkte des gefilterten realen BIP. Mit Ausnahme des Jahres 1985 zeigt sich rein optisch ebenfalls ein beachtlich großer Vorlauf der geglätteten Regime-

Abb. 2
Wendepunkte der deutschen Konjunktur



Blaue Flächen: Aufschwungsphasen des gefilterten realen BIP.

Quelle: Statistisches Bundesamt, ifo Konjunkturtest; Berechnungen des ifo Instituts.

Wahrscheinlichkeiten; auch sind die *Abschwungssignale* an den oberen BIP-Wendepunkten im Durchschnitt ähnlich hoch wie die Aufschwungssignale an den unteren BIP-Wendepunkten. Alles in allem beträgt die *durchschnittliche* geglättete Regime-Wahrscheinlichkeit für die Phase Abschwung – gemessen an den oberen Wendepunkten des BIP – im Zeitraum 1970 bis 2008 rund zwei Drittel; ein vergleichbar großer Wert ergibt sich für die *durchschnittlichen* geglätteten Regime-Wahrscheinlichkeiten für die Phase Aufschwung an den unteren Wendepunkten des gefilterten realen BIP.

Modellendogene Datierung von Auf- und Abschwungsphasen

Ein weiterer Aspekt des MS-Modells besteht in der Möglichkeit, modellendogen, d.h. nur mit Hilfe der geschätzten Regime-Wahrscheinlichkeiten, Auf- und Abschwungsphasen chronologisch zu erfassen. Aus Sicht der zeitnahen Konjunkturanalyse sind nunmehr die *gefilterten*, d.h. *ungeglätteten* Regime-Wahrscheinlichkeiten $p(s_t = i | I_t)$ von besonderem Interesse, da bei ihrer Berechnung jeweils nur die bis zum Untersuchungszeitpunkt t verfügbaren Daten aus der Vergangenheit eingeflossen sind, was dem Informationsstand am aktuellen Rand am besten entspricht. Um so weit wie möglich Echtzeitbedingungen zu simulieren, wurde das MS-Modell für das ifo Geschäftsklima für die gewerbliche Wirtschaft auf *Monatsbasis* neu geschätzt.

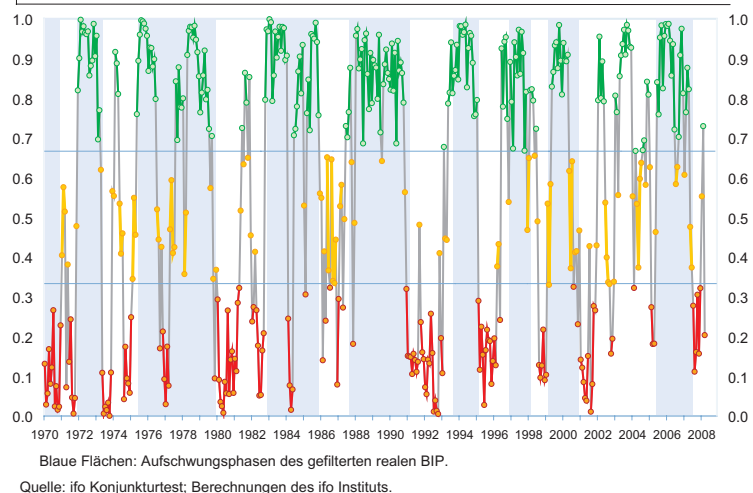
Für die konjunkturelle Klassifikation der beobachteten Daten sind allerdings noch Regeln aufzustellen. Denn zunächst ist unklar, ab welcher Regime-Wahrscheinlichkeit empirisch von einem Auf- bzw. Abschwung gesprochen werden sollte. Die einfachste, auf Hamilton zurückgehende symmetrische Klassifikationsregel besteht darin, dann von einem Aufschwung zu sprechen, wenn die entsprechende Regime-Wahrscheinlichkeit für die Phase Aufschwung $p(s_t = 1 | I_t)$ größer als 50% ist. (vgl. Hamilton 1989, 373 ff.). Vice versa ist ein Abschwung dadurch gekennzeichnet, dass nunmehr die Regime-Wahrscheinlichkeit für die Phase Abschwung $p(s_t = 2 | I_t)$ größer als 50% ist (bzw. die Regime-Wahrscheinlichkeit für Aufschwung jetzt kleiner als 50% ist). Wendepunkte sind dort, wo die Regime-Wahrscheinlichkeiten für die Phasen Auf- bzw. Abschwung die 50-Prozentmarke jeweils überschreiten.

Die hier vorgelegten Berechnungen zu den *durchschnittlichen* geglätteten Regime-Wahrscheinlichkeiten an den konjunkturellen Wendepunkten des realen BIP legen allerdings eine andere, *empirisch* motivierte Datierungsregel nahe: Eine Aufschwungspha-

se liegt dann vor, sofern die gefilterte Regime-Wahrscheinlichkeit für die Phase Aufschwung $p(s_t = 1 | I_t)$ größer als zwei Drittel ist. Denn dieser Wert ist deckungsgleich mit der geglätteten Regime-Wahrscheinlichkeit für die Phase Aufschwung im Durchschnitt aller unteren Wendepunkte des realen BIP. Umgekehrt liegt eine Abschwungsphase vor, wenn die gefilterte Wahrscheinlichkeit für die Phase Aufschwung kleiner als ein Drittel ist. In diesem Fall ist nämlich die gefilterte Regime-Wahrscheinlichkeit für die Phase Abschwung $p(s_t = 2 | I_t) = 1 - p(s_t = 1 | I_t)$ größer als zwei Drittel. Dieser Wert entspricht der mittleren geglätteten Regime-Wahrscheinlichkeit für die Phase Abschwung an den oberen Wendepunkten des realen BIP. Bei Regime-Wahrscheinlichkeiten zwischen einem Drittel und zwei Dritteln kann mit dieser Regel keine Zustandsaussage getroffen werden; es herrscht Indifferenz. Konjunkturelle Wendepunkte finden sich nunmehr dort, wo die gefilterten Regime-Wahrscheinlichkeiten für die Phase Aufschwung die Zwei-Drittel-Marke überschreitet bzw. die Ein-Drittel-Marke unterschreitet.

Abbildung 3 zeigt die mit dieser *Daumenregel* gefundenen konjunkturellen Regime für Deutschland (ifo Konjunkturampel). Die gefilterten Echtzeit-Wahrscheinlichkeiten signalisieren Aufschwung (grüne Punkte), sofern sie die 66-Prozentmarke überschreiten, Abschwung (rote Punkte), sofern sie unter der 33-Prozentmarke liegen bzw. Indifferenz (gelbe Punkte) im Intervall dazwischen. Dieser Indifferenzbereich kann als Pufferzone zwischen den Regimen Auf- und Abschwung interpretiert werden, in der besonders große Unsicherheit über den Zustand der Volkswirtschaft besteht. Alles in allem wird nach dieser Datierungsregel in 226 (oder 49,2%) Fällen Aufschwung signalisiert, in 143 (oder 31,2%) Fällen Abschwung und lediglich in 90 (oder 19,6%) Fällen Indifferenz. Es besteht trotz des neu hinzugekommenen Indifferenzintervalls also immer noch eine beachtlich große Trennschärfe hin-

Abb. 3
Gefilterte monatliche Regime-Wahrscheinlichkeiten für die Phase Aufschwung - ifo Konjunkturampel -



sichtlich der Zuordnung zu den Konjunkturphasen Auf- bzw. Abschwung. Aufgrund des monatlichen Schätzansatzes identifiziert die ifo Konjunkturampel allerdings nicht nur den vergleichsweise niederfrequenten Wachstumszyklus des gefilterten realen Bruttoinlandsprodukts, sondern indiziert in Echtzeit auch höher frequente Schwingungen bis hin zu konjunkturellen Sonderentwicklungen.

Ein typisches Beispiel für eine höher frequente Schwingung zeigt sich etwa im deutlichen Rückgang (und Wiederanstieg) der gefilterten Aufschwungs-Wahrscheinlichkeiten im Frühjahr 1984. Hier war es im Zusammenhang mit einem siebenwöchigen Streik in der Metallindustrie Hessens, Nordwürttemberg/Nordbadens um die Einführung der 35-Stunden-Woche zu hohen Produktionsausfällen gekommen, die auch in der Zeitreihe des ungefilterten realen BIP zu sehen sind. Die vergleichsweise volatile Entwicklung der Regime-Wahrscheinlichkeiten in den Jahren 2002 bis 2004 ist zum einen die Folge der in diesen Jahren zu beobachtenden zahlreichen Schocks und Unsicherheiten, die von den befragten Unternehmen nicht immer systematisch antizipiert werden konnten. Zum anderen durchlief das verarbeitende Gewerbe in den Jahren 2003/2004 eine vergleichsweise günstige Sonderkonjunktur, die sich in den Regime-Wahrscheinlichkeiten aufgrund des höheren Gewichts der Industrie im ifo Konjunkturtest positiver auswirkte als in der zyklischen Komponente des realen BIP, deren Rückgang in diesem Zeitraum nur gebremst wurde.

Fazit

Das ifo Institut führt seit seiner Gründung im Jahre 1949 regelmäßig Urteils- und Tendenzbefragungen bei den Unternehmen durch. Mit diesem »Herzstück des ifo Instituts« (Nerb 2004, 2) wurde seinerzeit ein gänzlich neues Feld der statistischen und ökonomischen Forschung beschritten. Bereits in der Mitte der sechziger Jahre wurde das ifo *Geschäftsklima* als Mittel der beiden Komponenten »Geschäftslage« und »Geschäftserwartungen für die nächsten sechs Monate« konzipiert. Ausgangspunkt der Überlegung, die Informationen über die Geschäftsbeurteilung und die Geschäftserwartungen zu einem gemeinsamen Aggregat, dem Geschäftsklima, zusammenzufassen, war die Einschätzung, dass beide Variable allein das konjunkturelle Klima nicht hinreichend widerspiegeln. Das Geschäftsklima wird der Kategorie der *Diffusionsindizes* zugeordnet.⁷ Im Gegensatz zu den üblichen Diffusionsindizes werden im ifo Konjunkturtest die einzelnen Meldungen bei der Zusammenfassung zu Produktgruppen und Hauptaggregaten jedoch gewichtet.

⁷ Diffusionsindizes beantworten die Frage: Wie viel Prozent einer bestimmten Gesamtzahl von Zeitreihen steigen bzw. sinken zu einem bestimmten Zeitpunkt im Zyklus? Das Ausmaß der Richtungsänderung wird dabei nicht quantifiziert.

Die hier präsentierten Berechnungen zeigen, dass das ifo Geschäftsklima in der gewerblichen Wirtschaft mit einem Markov-Switching-(MS-)Ansatz modelliert werden kann. Mit diesem MS-Modell können die Wendepunkte der zyklischen Komponente des realen Bruttoinlandsprodukts zuverlässig und mit Vorlauf erkannt werden. Für die Chronologie der Wendepunkte wurde das in den USA am NBER entwickelte Bry-Boschan-Datierungsprogramm benützt. Die zyklische Komponente des realen Bruttoinlandsprodukts wurde mit dem bekannten Baxter-King-Filter extrahiert. Ein weiterer Aspekt des MS-Modells besteht in der Möglichkeit, modellendogen, d.h. allein auf Basis der geschätzten Echtzeit-Wahrscheinlichkeiten, Auf- und Abschwungsphasen zu identifizieren. Die monatlichen Regime-Wahrscheinlichkeiten – abgebildet in der ifo *Konjunkturampel* – können für die Interpretation des Konjunkturindikators *Geschäftsklima* eine interessante zusätzliche Information darstellen. Denn die Bewegung des ifo Geschäftsklimas wird durch das MS-Modell in *Wahrscheinlichkeiten* für die beiden konjunkturellen Regime *Aufschwung* bzw. *Abschwung* umgesetzt. Diese Informationen sind für die Analyse der aktuellen Konjunktur mit von entscheidender Bedeutung.

Literatur

- Abberger, K. und K. Wohlrabe (2006), »Einige Prognoseeigenschaften des ifo Geschäftsklimas – Ein Überblick über die neuere wissenschaftliche Literatur«, ifo *Schnelldienst* 59(22), 19–26.
- Abberger, K. und W. Nierhaus (2007), »Das ifo Geschäftsklima und Wendepunkte der deutschen Konjunktur«, ifo *Schnelldienst* 60(3), 26–31.
- Baxter, M. und R.G. King (1999), »Measuring Business Cycles: Approximate Band-Pass Filters for Economic Time Series«, *Review of Economics and Statistics* 81, 575–593.
- Bellone, B. (2005), »Classical Estimation of Multivariate Markov-Switching Models using MSVARlib«, <http://ideas.repec.org/p/wpa/wuwpem/0508017.html#download>.
- Bry, G. und C. Boschan (1971), »Cyclical Analysis of Time Series: Selected Procedures and Computer Programs«, NBER Technical Paper, Nr. 20, Cambridge Mass.
- Dubois E. und E. Michaux, »Grocer, An Econometric Toolbox for Scilab«, January 2007, <http://dubois.ensae.net/>
- Fiorentini, G. und C. Planas (2003), »Busy Program«, Joint Research Center of European Commission, Ispra, Italy, <http://eemc.jrc.ec.europa.eu/EEMCArchive/Software/BUSY/BUSY-manual0603.pdf>.
- Goldfeld, S.M. und R.E. Quandt (1973), »A Markov Model for Switching Regressions«, *Journal of Econometrics* 1, 3–16.
- Hamilton, J. (1989), »A New Approach to the Economic Analysis of Non-stationary Time-Series and the Business Cycle«, *Econometrica* 57(2), 357–384.
- Krolzig, H.-M. und H. Lütkepohl (1995), »Konjunkturanalyse mit Markov-Regimewechselmodelle«, in: K.H. Oppenländer (Hrsg.), *Konjunkturindikatoren*, R: Oldenbourg, München, 177–196.
- Nerb, G. (2004), »Bedeutung von repräsentativen Unternehmensbefragungen für die empirische Konjunkturforschung«, in: G. Goldrian (Hrsg.), *Handbuch der umfragebasierten Konjunkturforschung*, ifo Beiträge zur Wirtschaftsforschung, Bd. 15, ifo Institut, München, 2–14.

In über 100 Staaten gibt es Fast-Food-Ketten mit weit über 130 000 Filialen, der globale Warenexport ist seit 1950 um jährlich 2,65% gestiegen, und den 2,6 Mrd. Armen stehen 800 Milliardäre gegenüber. Die einen verbinden mit Globalisierung steigende Chancen für alle und wirtschaftlichen Aufschwung weltweit. Die anderen fürchten den »Terror der Ökonomie« und sehen mehr Verlierer als Gewinner (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung – bpb 2008). Die Angst vor einem Abbau von Sozial- und Umweltstandards, vor steigenden Armutsraten in der dritten Welt und vor der Zunahme von Finanzkrisen sind für viele NichtökonomInnen Gründe, die Globalisierung abzulehnen. Im Gegensatz dazu bewerten Ökonomen die Globalisierung überwiegend positiv (vgl. Dreher 2006). Dieser Optimismus wird durch eine Anzahl von Studien unterstützt, die u.a. auf eine geringere Zunahme von Staatsausgaben und Steuern sowie auf eine Senkung von Transport- und Kommunikationskosten bei stärker globalisierten Ländern hinweisen (vgl. Heinemann 2000; Vaubel 1999; OECD 2007). Des Weiteren ist auch ein höheres Wirtschaftswachstum (vgl. Rae et al. 2007, 5) sowie eine größere Zahl an höheren Bildungsabschlüssen in diesen Ländern zu beobachten (vgl. Marginson und van der Wende 2007).

Aber wie wird Globalisierung eigentlich definiert, und wie kann man sie messen? Auf diese Fragen soll in diesem Artikel eingegangen werden.

Die OECD (2005, 11) versteht unter Globalisierung einen Prozess, durch den Märkte und Produktion in verschiedenen Ländern immer mehr voneinander abhängig werden – dank der Dynamik des Handels mit Gütern und Dienstleistungen und durch die Bewegung von Kapital und Technologie.

Das Beratungsunternehmen A.T. Kearney entwickelte 2000 einen Index zur Messung der Globalisierung der Länder, der seitdem jährlich aktualisiert wird. Darauf aufbauend konzipierte die Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich (KOF) einen eigenen Index der Globalisierung. Dieser Index stellt eine Erweiterung des A.T.-Kearney-Index dar. Es wird eine größere Zahl an Ländern über einen erheblich längeren Zeitraum mit mehr erklärenden Indikatoren betrachtet. Ebenfalls erwähnenswert sind zwei weitere Indizes, der erste, der sog. CSR-G-Globalisierungsindex (2007), wurde an der University of Warwick und der zweite von Raab et al. (2007) entwickelt. Diese beiden Indizes wurden aber nur für wenige Jahre berechnet, und die Berechnungsmethode unterscheidet sich nicht wesentlich von der Methode, die die KOF anwendet. Deshalb werden diese Indizes im Folgenden nicht weiter betrachtet, sondern die Berechnungsmethoden von A.T. Kearney und KOF vorgestellt. Im Anschluss daran

erfolgt ein Vergleich der Ergebnisse mit abschließender Beurteilung.

Die Entwicklung der Globalisierung

Bevor die einzelnen Verfahren zur Messung der Globalisierung vorgestellt werden, soll hier ein Überblick über mögliche Indikatoren, welche die Globalisierung prägen, gegeben werden. Folgt man der genannten Definition der OECD, verstärkt sich die Globalisierung zum einen durch die Zunahme des Handels mit Gütern und Dienstleistungen und zum anderen durch die Bewegung von Kapital und Technologien. Demnach kann Globalisierung durch folgende Indikatoren erklärt werden: Handelsvolumen, ausländische Direktinvestitionen, Anzahl multinationaler Unternehmen und Verbreitung von Technologien weltweit (vgl. OECD 2005).

Der internationale Handel mit Gütern und Dienstleistungen gehört zu einer der Hauptkomponenten im Prozess der Globalisierung. So war es für die OECD-Länder ein großer Fortschritt, ihre Handelsbarrieren zu reduzieren und sich für die Auslandskonkurrenz zu öffnen. Dies führte zu einer internationalen Integration ihrer Volkswirtschaften mit dem Ergebnis, dass sich das Volumen des Weltwaren-

handels Ende der 1990er Jahre gegenüber 1950 um den Faktor 16 erhöht hat (vgl. OECD 2005, 176).

Ausländische Direktinvestitionen (Foreign Direct Investments, FDI) sind ein fester Bestandteil eines offenen, leistungsfähigen, internationalen Wirtschaftssystems und eine wichtige Triebkraft der Entwicklung (vgl. OECD 2005). Damit bezeichnet man die finanzielle Beteiligung einer gebietsansässigen Körperschaft (Direktinvestor) an einem Unternehmen in einem anderen Land (Direktinvestitionsunternehmen). Diese Beteiligung ist meist dazu bestimmt, mögliche Markteintrittsbarrieren (bspw. Handelshemmnisse) zu umgehen und (zudem) einen dauerhaften Einfluss auf die Geschäftspolitik dieses Unternehmens auszuüben (vgl. OECD 2005, 34).

Multinationale Unternehmen gelten ebenfalls als eine treibende Kraft in Bezug auf Globalisierung. Unter multinationalen Unternehmen versteht man Unternehmen, die in mehr als einem Land tätig sind und deren Tochtergesellschaften hinsichtlich der Produktions-, Beschaffungs- und Absatzpolitik vor Ort weitgehend autonom sind. Die Anzahl der multinationalen Unternehmen hat sich in den letzten Jahren kontinuierlich erhöht. So gab es 1980 etwa 17 000 multinationale Unternehmen und im Jahr 2006 etwa 78 000 (vgl. UNCTAD 2007).

Auch die Verbreitung von Technologien stellt einen wichtigen Indikator für eine zunehmende Globalisierung dar. So ist z.B. der Anteil der von Unternehmen im Ausland entwickelten Technologien gestiegen. Diese Tatsache stimmt mit den allgemeinen Internationalisierungsstrategien vieler Unternehmen überein, die ihre Produktions- und Forschungskapazitäten zunehmend ins Ausland verlagern.

Auffällig ist, dass die Definition der OECD nur die ökonomische Dimension der Globalisierung abdeckt. Aber sind nicht auch soziale, politische und kulturelle Gesichtspunkte mit zu berücksichtigen? In den Indizes nach A.T. Kearney und KOF werden diese zusätzlichen Dimensionen mit betrachtet. Dazu zählen beispielsweise die internationale Reisetätigkeit oder die Mitgliedschaften in internationalen Organisationen.

Es gibt viele Indikatoren, nicht nur im ökonomischen Sinne, die Einfluss auf eine globale Vernetzung der Länder haben. Kann man anhand dieser Indikatoren einen Index entwickeln, der angibt, welches Land durch den Globalisierungsprozess die größten Verflechtungen zu anderen Ländern aufgebaut hat?

Der Globalisierungsindex nach A.T. Kearney

Der Globalisierungsindex nach A.T. Kearney wurde 2000 eingeführt und seitdem jährlich aktualisiert. Der Index bietet

eine statistische Schätzung des globalen wirtschaftlichen Integrationsprozesses. In der Auflage von 2000 wurden sowohl die wirtschaftliche und politische wie auch soziale Dimension der Globalisierung mit Hilfe von insgesamt zehn Indikatoren berücksichtigt. Diese Indikatoren stehen für 34 Länder in einem Zeitraum von 1978 bis 1997 zur Verfügung. Seither wurde der Index kontinuierlich sowohl um Länder als auch um weitere erklärende Indikatoren erweitert. Im Jahr 2007, der letzten Aktualisierung, bewertet der Globalisierungsindex den Globalisierungsgrad von 72 Ländern anhand von zwölf Indikatoren in vier Kategorien: wirtschaftliche Integration, soziale Integration, technologische Vernetzung und globales politisches Engagement.¹ Dieser Index basiert auf Daten von 2005, dem letzten Jahr, für das entsprechende Daten vorliegen. Nach A.T. Kearney (2007) decken die hier untersuchten 72 Länder ca. 97% des weltweiten BIP und ca. 88% der Weltbevölkerung ab. Zu den zwölf Indikatoren in den verschiedenen Kategorien gehören u.a. internationales Handelsvolumen, grenzüberschreitende Direktinvestitionen (FDI), internationaler Telefonverkehr, internationale Reisetätigkeit und Tourismus, private Auslandsüberweisungen, Anzahl an Internet-User, Internet-Hosts, sichere Server, Mitgliedschaften in bedeutenden internationalen Organisationen sowie personelle und finanzielle Beiträge zu friedenserhaltenden UN-Maßnahmen und zu guter Letzt die Ratifizierung internationaler Abkommen und Transferzahlungen der Regierung.

Bei den meisten Indikatoren werden die jährlichen Zu- und Abgänge addiert. Die Summe wird dann durch das BIP des jeweiligen Landes oder durch die Zahl der Bevölkerung dividiert. So wird beispielsweise mit dem Indikator ausländische Direktinvestitionen verfahren. Dieser Indikator wird als Summe von Zu- und Abfluss von Kapital in Relation zum BIP berechnet. Die Anzahl an Internet-Usern wird in Relation zur Bevölkerung angegeben. Als absolute Zahlen gehen zwei Indikatoren aus der Kategorie globales politisches Engagement ein: zum einen die Mitgliedschaften in internationalen Organisationen und zum anderen die ratifizierten Staatsverträge. Der Anteil einzelner Länder an UN-Friedensmissionen ergibt sich zum einen aus finanziellen Beiträgen dividiert durch das BIP eines Landes und zum anderen aus personellen Leistungen dividiert durch die Anzahl der Bevölkerung. Dieser Indikator bestimmt den finanziellen und personellen Beitrag eines jeden Landes zu den UN-Friedensmissionen gemessen an seinen Ressourcen. Er ermöglicht damit einen Vergleich zwischen Ländern verschiedener Größe.

Nachdem die Werte der Indikatoren ermittelt worden sind, werden sie normiert. Dies geschieht für jedes Jahr durch

¹ Für 2007 liegt allerdings nur eine Rangliste des gesamten Globalisierungsindex vor. Es existieren bislang keine Angaben über eine Rangfolge der Länder in den verschiedenen Kategorien.

eine Zuordnung der Werte an Datenpunkte in Relation zum höchsten Datenpunkt eines Jahres. Der höchste Datenpunkt wird gleich 1 gesetzt. Demnach werden alle anderen Datenpunkte als Anteil von 1 berechnet. Beispielsweise beträgt der maximale Wert des »Handelsvolumens« für das Jahr 2005 456% des BIP registriert für Singapur, während das Minimum von 11,1% des BIP bei Algerien gemessen wird. D.h. der Datenpunkt für Singapur wird gleich 1 gesetzt und der Datenpunkt für Algerien bekommt den Wert null zugewiesen. Alle anderen Datenpunkte errechnen sich in Relation zum Maximum und zum Minimum. Ein weiteres Beispiel liefert die Betrachtung des Indikators »Anzahl an Internet-User«. Hier wird ein Maximum von 76,22% der Bevölkerung in Schweden registriert, und das Minimum liegt mit einem Wert von 0,26% der Bevölkerung in Bangladesch.

Damit Vergleiche zwischen Ländern eines bestimmten Jahres oder aber auch Vergleiche zwischen Änderungen in einzelnen Indikatoren über die Zeit möglich sind, werden die normierten Auswertungen für jeden Indikator eines jeden Jahres mit einem Skalenfaktor multipliziert. Aus Vereinfachungsgründen wird das Basisjahr² auf 100 gesetzt. Der zu verwendende Skalenfaktor für jeden einzelnen Indikator eines jeden Jahres errechnet sich wie folgt:

$$\text{Skalenfaktor} = \left(\frac{\text{Max}(K_{i,t}) - \text{Max}(K_{i,1998})}{\text{Max}(K_{i,1998})} + 1 \right) * 100.$$

Dabei ist $K_{i,t}$ der Wert des Indikators des Landes i zum Zeitpunkt t .³ $\text{Max}(K_{i,t})$ ist der Höchstwert des betrachteten Indikators unter allen betrachteten Ländern. $\text{Max}(K_{i,1998})$ ist der Höchstwert des Indikators im Jahr 1998 unter allen betrachteten Ländern. t läuft von 1998 bis 2005.

Die Auswertungen der Indikatoren für jedes Land werden aufsummiert mit dreifacher Gewichtung für die FDI und zweifacher Gewichtung für das Handelsvolumen, da diese beiden Indikatoren als besonders wichtig in Bezug auf das Ab- und Anschwellen von Globalisierung gelten. Die technologischen und auch die politischen Indikatoren fallen in einen einzigen Indikator zusammen mit gleicher Gewichtung für alle KomponentenvARIABLEN. Das Ergebnis für den Globalisierungsindex für jedes Land und für jedes Jahr erhält man durch Aufsummierung aller Indikatorauswertungen.

Tabelle 1 zeigt die Ergebnisse des Globalisierungsindex für die Jahre 2006 und 2007. Für 2006 liegen – anders als für

2007 – die Ranglisten für die einzelnen Indikatoren, die in den Index eingehen, vor.

Laut Tabelle 1 ist Singapur nach 2006 auch 2007 das Land mit dem weltweit höchsten Globalisierungsgrad. Während 2006 die Schweiz und die Vereinigten Staaten den zweiten und dritten Platz belegten, werden 2007 diese Plätze von Hongkong und den Niederlanden eingenommen. Bei dem Globalisierungsindex von 2007 belegen die Schweiz und die Vereinigten Staaten die Plätze vier und sieben.

Während 2006 noch Norwegen, Israel, Malaysia und Ungarn unter den Top-20 zu finden waren, sind diese Plätze 2007 durch neu in den Index aufgenommene Länder wie beispielsweise Hongkong, Jordanien (9. Platz), Estland (10. Platz), Belgien (15. Platz) und Slowenien (20. Platz) besetzt worden.

Auch Deutschland ist 2007 nicht mehr unter den Top-20 zu finden. Im Jahr 2006 belegte Deutschland noch Platz 18. Innerhalb eines Jahres fiel es in der Gesamtbewertung auf Platz 22 ab. Dieser Rückgang um vier Plätze lässt sich mit der bereits angesprochenen Einbeziehung zusätzlicher Länder in den Index erklären, denn laut einer Pressemitteilung von A.T. Kearney hat sich Deutschland in den politischen und technologischen Indikatoren des Index gegenüber 2006 verbessert. 2006 zählte Deutschland in den Bereichen Telefonverkehr, Mitgliedschaften in internationalen Organisationen und Beteiligung an UN-Friedensmissionen zu den Spitzenreitern (vgl. Tab. 1). Ein deutliches Verbesserungspotential bestand 2006 im Bereich der ausländischen Direktinvestitionen.

Der KOF-Globalisierungsindex⁴

Der KOF-Globalisierungsindex wurde 2002 eingeführt (vgl. Dreher 2006) und 2008 hinsichtlich der Berechnungsmethode aktualisiert (vgl. Dreher et al. 2008). Der Index deckt sowohl die wirtschaftliche und die soziale als auch die politische Dimension der Globalisierung ab.

Die wirtschaftliche Dimension misst zum einen Handels- und Investitionsströme, zum anderen aber auch, inwieweit sich Länder durch Handels- und Kapitalverkehrskontrollen nach außen abschirmen. Die soziale Dimension der Globalisierung spiegelt den Grad der Verbreitung von Informationen und Ideen sowie die Herkunft der Menschen wider, während die politische Dimension auf die Stärke der politischen Zusammenarbeit zwischen den Ländern abzielt.

² Für die Berechnung des Index 2007 ist 1998 das Basisjahr.

³ Der Wert des hier zu verwendeten Indikators ergibt sich aus der Summe der Zu- und Abgänge dividiert durch das BIP des jeweiligen Landes oder durch die Zahl der Bevölkerung. Soll beispielsweise der Skalenfaktor für das Handelsvolumen 2005 berechnet werden, wird wie folgt vorgegangen: Der maximale Wert beträgt 2005 456% des BIP, registriert für Singapur. 1998 beträgt das Maximum 302,4% des BIP, ebenfalls registriert für Singapur. Setzt man diese Werte in die oben angegebene Formel ein, ergibt sich ein Skalenfaktor von 150,79 für das Handelsvolumen in 2005.

⁴ Die hier dargestellte Methode zur Berechnung des Globalisierungsindex bezieht sich auf das Jahr 2008. Für weitere Ausführungen zur Berechnung der vorherigen Jahre siehe <http://globalization.kof.ethz.ch/>.

Tab. 1
Der A. T.-Kearney-Globalisierungsindex 2006 und 2007^{a),b)}

Rang 2007	Land	Rang 2006	Dimension			Komponente												
			Wirtschaftlich	Sozial	Technologisch	Politisch	Wirtschaftliche Integration		Soziale Integration		Technologische Vernetzung		Politisches Engagement					
							Handelsvolumen	Grenzüberschneidende Direktinvestitionen	Telefonverkehr	Internationale Reisefähigkeit und Tourismus	Auslandsüberweisungen	Anzahl Internet-User	Anzahl Internet-Hosts	Sichere Server	Internationale Organisationen	U.N.-Friedensmissionen	Ratifizierung internationaler Abkommen	Transferzahlungen der Regierung
1	Singapur	1	1	3	12	29	1	1	1	4	49	10	12	13	33	10	42	47
2	Hongkong	2	9	1	7	23	17	7	2	6	2	17	15	5	33	9	42	10
3	Niederlande	3																
4	Schweiz	4	58	40	1	41	62	36	18	33	52	6	1	1	1	25	58	38
5	Irland	5	4	2	14	7	4	5	3	3	9	26	20	8	11	1	31	23
6	Dänemark	6	8	8	5	6	20	6	6	16	16	12	3	7	11	13	6	8
7	Vereinigtes Königreich	7	23	7	2	10	30	12	4	20	57	7	14	2	2	14	6	32
8	Kanada	8	21	11	6	5	11	52	8	11	40	9	2	11	5	17	6	6
9	Jordanien	9	18	36	3	27	55	3	14	32	50	3	5	4	33	18	31	37
10	Estland	10	19	4	13	2	15	18	10	2	29	19	7	14	11	3	6	7
11	Schweden	11	35	15	4	24	41	26	5	23	39	1	9	9	25	8	6	15
12	Vereinigtes Königreich	12	25	14	8	4	48	10	12	15	42	4	17	6	5	7	6	20
13	Australien	13	31	21	10	14	33	30	19	12	45	5	4	12	11	6	31	18
14	Österreich	14	39	23	11	18	29	46	17	24	30	24	6	10	25	16	6	29
15	Belgien	15	20	9	17	40	19	20	7	27	12	16	16	17	48	4	61	4
16	Neuseeland	16																
17	Norwegen	17	5	6	22	35	5	14	31	1	27	14	22	26	11	43	31	11
18	Finnland	18	13	13	20	15	10	28	22	7	22	18	25	20	11	19	6	16
19	Tschechische Republik	19	41	28	16	11	32	45	15	21	48	20	23	15	2	12	31	13
20	Slowenien	20	3	19	28	48	2	11	29	10	18	23	39	34	33	45	42	49
			7	17	27	20	7	13	41	5	34	39	19	27	11	32	1	24
22	Deutschland																	

Anmerkung: Der originale Index deckt 72 (2007) bzw. 62 (2006) Länder ab. Für diesen Artikel wurde eine Auswahl an Ländern getroffen.
^{a)} Der Globalisierungsindex für 2007 liegt nicht für die verschiedenen Dimensionen vor. – ^{b)} Die angegebenen Rangpositionen beziehen sich auf die Gesamtzahl der Länder.
 Quelle: A. T. Kearney, Foreign Policy, The Globalization Index, November/December 2006, S. 77. A. T. Kearney, Foreign Policy, The Globalization Index 2007.

Im Einzelnen setzen sich die Kategorien aus folgenden Indikatoren zusammen:

- *Wirtschaftliche Globalisierung*: Handelsvolumen, grenzüberschreitende Direktinvestitionen, Wertpapierbestand und Ertragszahlungen an ausländische Staatsangehörige, Importbeschränkungen, durchschnittlicher Zollsatz, Handelszölle, Restriktionen ausländischen Kapitalbesitzes.
- *Soziale Globalisierung*: Telefonverkehr, Überweisungen, internationaler Tourismus, ausländische Staatsangehörige, internationaler Briefverkehr, Internet-User, Kabelfernsehen, Handelsvolumen von Tageszeitungen, Radios, McDonalds-Restaurants, Ikea-Neueröffnungen und Handelsvolumen von Büchern.
- *Politische Globalisierung*: Botschaften in anderen Ländern, Mitgliedschaften in internationalen Organisationen und Teilnahme an UN-Friedensmissionen.

Für die Berechnung des Globalisierungsindex werden alle erwähnten Indikatoren zu einem Index transformiert mit einer Skala von 1 bis 100. Hierbei stellt 100 den maximalen Wert für einen bestimmten Indikator im Zeitraum von 1970 bis 2005 dar und 1 den kleinsten Wert. Höhere Werte stehen für mehr Globalisierung. Die Daten der zugrunde liegenden Indikatoren werden nach dem Perzentil ihrer Originalverteilung transformiert.⁵ Dadurch wird der Einfluss von extremen Datenpunkten reduziert, was zu geringeren Schwankungen über die Zeit führt.⁶ Die Berechnung erfolgt für die Indikatoren auf Jahresbasis. Allerdings sind nicht alle Daten für jedes Land und für jedes Jahr verfügbar. Von daher werden alle Indikatoren linear interpoliert, bevor die Berechnung der Gewichte erfolgt.⁷

Die Gewichte zur Berechnung der Subindizes⁸ werden mit Hilfe der Hauptkomponentenanalyse⁹ für alle Länder und über den gesamten Zeitraum bestimmt.¹⁰ Diese Methode untergliedert die Varianz der Indikatoren, die in jeder Untergruppe eingehen. Die Gewichte werden so bestimmt, dass

⁵ Durch Perzentile wird die Verteilung in 100 gleich große Teile zerlegt. Perzentile teilen die Verteilung also in 1%-Segmente auf.

⁶ In der Version von 2002 wurden die Originaldaten mit Hilfe der Formel $(V_i - V_{min}) / (V_{max} - V_{min}) * 100$ zu einem Index transformiert. V steht hier für die Datenausprägung. Der Nachteil dieses Verfahrens besteht darin, dass das Ergebnis stark von Ausreißern in der Datenreihe und fehlenden Werten geprägt wird.

⁷ Fehlende Daten am Ende einer Datenreihe werden durch die letzte verfügbare Zahl substituiert. Fehlen Daten für die gesamte Datenreihe, werden die Gewichte angepasst. Beobachtungen mit einem Wert von null gehen in den Index mit einer Gewichtung von null ein. Subindizes genauso wie der Globalisierungsindex werden nicht berechnet, wenn nur eine geringe Datenmenge für ein bestimmtes Jahr oder ein bestimmtes Land vorliegen. Als fehlende Daten im Globalisierungsindex werden die Beobachtungen gezählt, für die mehr als ein Drittel der Daten nicht verfügbar sind.

⁸ Subindizes stellen Indizes für die drei verschiedenen Kategorien dar.

⁹ Die Hauptkomponentenanalyse ist ein Verfahren der multivariaten Statistik. Sie dient dazu, umfangreiche Datensätze zu strukturieren, zu vereinfachen und zu veranschaulichen, indem eine Mehrzahl statistischer Variablen durch eine geringere Zahl möglichst aussagekräftiger Linearkombinationen erklärt wird.

¹⁰ Bei der Berechnungsmethode von 2002 wurden die Indikatoren für jedes einzelne Jahr normiert. Das Vorgehen in der jetzigen Methode sorgt allerdings für eine bessere Vergleichbarkeit über die Zeit.

die Variation der sich ergebenden Hauptkomponente maximiert wird. Ziel dieses Vorgehens ist es, dass die Indizes die Variation so weit wie möglich erfassen und somit möglichst wenige Informationen verloren gehen.¹¹ Das gleiche Vorgehen wird bei den Subindizes angewendet, um einen gesamten Globalisierungsindex zu erhalten.

Die wirtschaftliche, soziale und politische Globalisierung wie auch der Globalisierungsindex insgesamt werden mit Hilfe der gewichteten individuellen Datenserien berechnet. Der Vorteil hierbei ist, dass Daten auch dann ein höheres Niveau im Index erreichen, wenn ein Wert aufgrund von fehlenden Daten im Subindex nicht aufgeführt wurde.

Tabelle 2 zeigt das Ergebnis des Globalisierungsindex der KOF für das Jahr 2008.

Nach dem Globalisierungsindex der KOF zu urteilen (vgl. Tab. 2), liegen Belgien und Österreich an der Spitze der Rangliste der Globalisierung. Im Bereich der wirtschaftlichen Globalisierung belegt Singapur den ersten Platz. Es folgen Luxemburg, Belgien und Malta¹² – allesamt kleine offene Volkswirtschaften. Schweiz, Österreich, Singapur und Belgien sind die Spitzenreiter im Bereich der sozialen Globalisierung. Die Rangliste der politischen Globalisierung führen Frankreich, die Vereinigten Staaten, Russland¹³ und Italien an.

Ein Vergleich der beiden Indizes für das Jahr 2007/2008¹⁴

Vergleicht man die Ergebnisse des A.T.-Kearney-Index 2007 mit dem Globalisierungsindex der KOF 2008 zeigt sich, dass beide Institute zu unterschiedlichen Resultaten kommen. So ist Singapur bei A.T. Kearney das am stärksten globalisierte Land, während Singapur beim KOF-Index nur Platz 20 belegt. Auf der anderen Seite schneidet Belgien beim KOF-Index am besten ab, während Belgien beim A.T.-Kearney-Index auf Platz 15 fällt. Im Falle Deutschlands wird beim A.T.-Kearney-Index ein Rang von 22 und beim KOF-Index ein Rang von 11 erreicht. Vergleicht man die Länder, die im jeweiligen Index vor Deutschland liegen, ist ersichtlich, dass Frankreich beim A.T.-Kearney-Index nicht unter den Top-20 zu finden ist. Dagegen belegen Singapur, Irland, die Vereinigten Staaten, Kanada, Jordanien, Estland, Australien, Neuseeland, Norwegen, die Tsche-

¹¹ In der Veröffentlichung von 2002 wurden die Gewichte des Globalisierungsindex für das Jahr 2000 berechnet und dann für die Berechnung der Indizes zurück bis 1971 benutzt. In der hier vorgestellten Version werden alle verfügbaren Daten verwendet.

¹² Im Globalisierungsindex insgesamt belegt Luxemburg Platz 27 und Malta Platz 37.

¹³ Die Vereinigten Staaten liegen im Globalisierungsindex insgesamt auf Platz 22 und Russland nimmt Platz 33 ein.

¹⁴ Die Ergebnisse des A.T.-Kearney-Index 2007 wurden im November 2007 veröffentlicht. Seit Januar 2008 liegen die Ergebnisse des KOF-Index 2008 vor. Demnach ist ein Vergleich dieser beiden Indizes möglich.

Tab. 2
Globalisierungsindex der KOF, 2008

Rang		Globalisierungsindex	Wirtschaftliche Globalisierung (Rang)	Soziale Globalisierung (Rang)	Politische Globalisierung (Rang)
1	Belgien	92,09	91,94 (3.)	90,82 (4.)	94,22 (8.)
2	Österreich	91,38	88,48 (9.)	92,49 (2.)	93,86 (9.)
3	Schweden	90,02	89,51 (6.)	87,43 (8.)	94,69 (7.)
4	Schweiz	88,60	83,13 (19.)	95,38 (1.)	86,15 (24.)
5	Dänemark	88,42	87,97 (11.)	88,64 (6.)	88,72 (15.)
6	Niederlande	88,40	88,04 (10.)	89,41 (5.)	87,38 (20.)
7	Vereinigtes Königreich	86,67	79,24 (27.)	87,87 (7.)	95,52 (5.)
8	Tschechische Republik	85,51	87,69 (12.)	84,91 (10.)	83,27 (30.)
9	Frankreich	85,38	77,42 (30.)	84,17 (12.)	98,64 (1.)
10	Finnland	84,65	88,85 (7.)	83,65 (13.)	80,13 (34.)
11	Deutschland	83,01	74,22 (35.)	83,30 (14.)	95,17 (6.)
12	Spanien	82,73	82,19 (20.)	77,48 (20.)	91,49 (12.)
13	Ungarn	82,52	88,83 (8.)	76,96 (22.)	81,89 (32.)
14	Portugal	81,57	83,76 (18.)	76,28 (25.)	86,45 (22.)
15	Kanada	81,21	80,83 (23.)	86,85 (9.)	73,21 (47.)
16	Irland	79,82	85,47 (15.)	77,72 (19.)	74,91 (43.)
17	Norwegen	79,75	75,84 (34.)	84,48 (11.)	78,18 (38.)
18	Italien	79,44	76,13 (33.)	71,90 (31.)	95,62 (4.)
19	Polen	78,42	73,50 (38.)	74,70 (28.)	91,12 (13.)
20	Singapur	78,37	95,90 (1.)	92,26 (3.)	32,12 (100.)

Anmerkung: Der originale Index deckt 122 Länder ab. Für diesen Artikel wurde eine Auswahl an Ländern getroffen.

Quelle: KOF, Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich, KOF Index of Globalization, http://globalization.kof.ethz.ch/static/pdf/rankings_2008.pdf (letzter Zugriff am 10. April 2008).

chische Republik und Slowenien erst Plätze hinter Deutschland im KOF-Ranking.

Die unterschiedlichen Ergebnisse der beiden Institute sind ein Resultat verschiedener Herangehensweisen bei der Berechnung des Globalisierungsindex. Auf die Methoden wurde bereits eingegangen. Um die Unterschiede aber besser erkennen zu können, sollen die Methoden nochmals kurz erläutert werden.

Beim A.T.-Kearney-Index werden 72 Länder miteinander verglichen, während beim KOF-Index 122 Länder in den Index eingehen. Nicht berücksichtigt werden beim KOF-Index allerdings die Länder Hongkong, Taiwan und Vietnam. Alle anderen Länder des A.T.-Kearney-Index sind auch im KOF-Index enthalten. Zur Bestimmung der Globalisierung liegen beim A.T.-Kearney-Index zwölf Indikatoren vor, die in vier Kategorien aufgeteilt werden (wirtschaftliche Integration, soziale Integration, technologische Vernetzung und politisches Engagement). Dagegen untergliedert sich der Globalisierungsindex der KOF in drei Dimensionen, der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Dimension. Insgesamt gehen hier 24 Indikatoren ein. KOF verwendet die gleichen Indikatoren wie der A.T.-Kearney-Index.¹⁵ Zusätzlich werden bei der KOF jedoch auch u.a. Importbeschränkungen, Ein- und Ausfuhrzölle, Restriktionen ausländischen Kapitalbesit-

zes, ausländische Staatsangehörige und Ikea-Neueröffnungen mit berücksichtigt.

Da die Globalisierung neben der ökonomischen Verflechtung auch die Kultur und verschiedene soziale Prozesse umfasst, ist zu vermuten, dass der KOF-Index den Stand der Globalisierung besser abbildet als der Index nach A.T. Kearney. Diese Schlussfolgerung begründet sich darin, dass die KOF mehr wichtige Indikatoren, wie Handelszölle oder auch Botschaften in anderen Ländern, einbezieht.

Ein weiterer wichtiger Unterschied betrifft die Berechnung des Globalisierungsindex, und zwar insbesondere die Bestimmung der Gewichte. Bei A.T. Kearney erfolgt zuerst eine Normierung der Indikatoren, indem jeder Wert eines Indikators in Relation zur höchsten Ausprägung dieses Indikators gesetzt wird. Daran anschließend werden diese normierten Werte mit einem Skalenfaktor multipliziert. Diese Auswertungen werden aufsummiert, wobei die FDI mit dreifacher und das Handelsvolumen mit zweifacher Gewichtung berücksichtigt werden. Die technologischen und politischen Indikatoren werden zu einem Indikator zusammengefasst, der mit gleicher Gewichtung für alle Indikatorenvariablen in den Index eingeht. Eine Aufsummierung aller Indikatoren ergibt dann den Globalisierungsindex. Die Nachteile hier sind zum einen, dass Ausreißern in der Datenreihe eine größere Bedeutung beigemessen wird, und zum anderen, dass die Bestimmung der Gewichte lediglich auf einer Mutmaßung

¹⁵ Abgesehen davon, dass der A.T.-Kearney-Index die Anzahl an Internet-Hosts und sicheren Servern mit berücksichtigt.

beruht und nicht statistisch begründet ist. Des Weiteren erscheint die Wahl eines Skalenfaktors zum Vergleich der Indizes über die Zeit als nicht sinnvoll durchführbar.

Die Festlegung der Gewichte im KOF-Index erfolgt mittels der Hauptkomponentenanalyse. Bei dieser Methode werden die Gewichte so bestimmt, dass die Variation der sich ergebenden Hauptkomponente maximiert wird. Dieses Vorgehen wiederholt sich bei Berechnung der Gewichte für die einzelnen Subindizes, so dass sich am Ende ein gesamter Globalisierungsindex ergibt. Bei dieser Berechnungsmethode liegt der Vorteil darin, dass sich die sich ergebenden Gewichte auf ein Modell stützen und nicht subjektiver Natur sind wie beim A.T.-Kearney-Index. Ein weiterer wichtiger Vorteil besteht in der Transformation der Daten. Anhand einer Transformation nach dem Perzentil der Originalverteilung wird Ausreißern in der Datenreihe nicht so viel Beachtung geschenkt. Wichtig ist außerdem, dass der Index für die Jahre von 1970 bis 2005 berechnet wird. Somit ist ein Vergleich über die Zeit hinweg möglich. Selbst wenn bei einer Aktualisierung des Index die Berechnungsmethode geändert oder ein neuer Indikator mit aufgenommen wird, ist ein Vergleich von 1970 bis 2005 möglich.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass der Globalisierungsindex der KOF ein gutes Verfahren zur Messung globaler Vernetzungen darstellt. Die Qualität des Index ließe sich aber weiter verbessern, wenn zusätzliche Indikatoren, die auch die ökologische Verflechtung abbilden, mit in die Betrachtung eingehen würden.

Literatur

- A.T. Kearney (2000), Globalization Ledger, April 2000, http://www.atkearney.de/content/misc/wrapper.php/name/file_globalization_ledger_1067976422bca9.pdf.
- A.T. Kearney (2007), »Globalisierung: Kleine Länder ganz groß«, Pressemitteilung vom 29. November, http://www.atkearney.de/content/presse/pressemitteilungen_practices_detail.php/practice/globalbusinesspolicycouncil/id/50074.
- A.T. Kearney, Foreign Policy (2006), »The Globalization Index, Foreign Policy«, November/December, 4–81.
- A.T. Kearney, Foreign Policy (2007), The Globalization Index 2007, http://www.foreignpolicy.com/story/cms.php?story_id=3995 (letzter Zugriff am 10. April 2008).
- Bundeszentrale für politische Bildung (2008), <http://www.bpb.de/wissen/Y6I2DP,0,0,Globalisierung.html> (letzter Zugriff am 10. April 2008).
- Dreher, A. (2006), »Does Globalization Affect Growth? Evidence from a new Index of Globalization«, *Applied Economics* 38(10), 1091–1110.
- Dreher, A., N. Gaston und P. Martens (2008), *Measuring Globalization – Gauging its Consequence*, Springer Verlag, New York.
- Heinemann, F. (2000), »Does Globalization restrict Budgetary Autonomy? A Multidimensional Approach«, *Intereconomics* 35, 288–298.
- KOF Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich (2008), *KOF Index of Globalization*, <http://globalization.kof.ethz.ch/> (letzter Zugriff am 10. April 2008).
- Marginson, S. und M. van der Wende (2007), »Globalisation and Higher Education«, OECD Education Working Papers, No. 8.
- OECD (2005), *Handbook on Economic Globalisation Indicators*, <http://oberon.sourceoecd.org/v1=1830005/cl=25/nw=1/rpsv/cgi-bin/fulltext-ew.pl?prpsv=/ij/oecdthemes/99980150/v2005n1/s1/p11.idx> (letzter Zugriff am 10. April 2008).

OECD (2007), *Making the most of Globalisation*, OECD Economic Outlook 81, Paris.

Raab, M., M. Ruland, B. Schönberger, H.-P. Blossfeld und D. Hofäcker (2007), *Globalindex – A Multidimensional Approach to Globalization Measurement*, <http://www.transeurope-project.org/globalindex> (letzter Zugriff am 10. April 2008).

Rae, D. und M. Sollie (2007), »Globalisation and the European Union: Which countries are best placed to cope?«, OECD Economics Department Working Papers, No. 586.

United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD, 2007), *World Investment Report 2007*, Genf.

University of Warwick, The CSGR Globalisation Index (2007)

<http://www2.warwick.ac.uk/fac/soc/csgr/index/>

(letzter Zugriff am 10. April 2008).

Vaubel, R. (1999), »Internationaler Politischer Wettbewerb: Eine europäische Wettbewerbsaufsicht für Regierungen und die empirische Evidenz«, in: K.-E. Schenk, D. Schmidtchen, M. E. Streit und V. Vanberg (Hrsg.), *Jahrbuch für Neue Politische Ökonomie*, Mohr/Siebeck, Tübingen, 280–309.

Messen und Veranstaltungen der Messe München lösen bundesweit jährlich einen Umsatz von 2,17 Mrd. Euro aus

38

Horst Penzkofer

Das ifo Institut hat bereits im Jahr 2001 im Auftrag der Messe München GmbH die wirtschaftliche Bedeutung der von der Messe München durchgeführten Veranstaltungen für München, den Freistaat Bayern und die Bundesrepublik Deutschland ermittelt. Mit Hilfe empirischer Erhebungen über messerelevante Ausgaben bei Ausstellern und Besuchern ausgewählter Münchner Messen wurden mittels eines Schätzmodells die Gesamtausgaben und darauf aufbauend sowohl die Produktions-, Beschäftigungs- und Steuereffekte für ein durchschnittliches Messe- und Veranstaltungsjahr (Zeitraum von 1998 bis 2001) berechnet.

In Anlehnung an die Untersuchung aus dem Jahr 2001 wurde in der im Jahr 2006 von der Messe München GmbH beauftragten Studie die wirtschaftlichen Wirkungen für ein durchschnittliches Messe- und Veranstaltungsjahr (Zeitraum von 2004 bis 2007) für die Wirtschaftsräume München, Bayern und Deutschland quantifiziert.¹ Damit konnten die Ausgabenvolumina der Besucher und Aussteller sowie die daraus resultierenden Produktions- und Beschäftigungseffekte mit den entsprechenden Werten der Studie aus dem Jahr 2001 verglichen werden. Im Weiteren sollten aber auch die im Messe- und Veranstaltungsjahr 2007 ausgelösten wirtschaftlichen Effekte berechnet werden.

Besucher- und Ausstellerbefragungen als empirische Basis

Zur Quantifizierung der aus den Ausgaben der Messebesucher, -aussteller und Kongressteilnehmer resultierenden sozio-ökonomischen Effekte hat das ifo Institut in den vergangenen Jahren die datentechnischen und methodischen Grundlagen erarbeitet.² Aufbauend auf den Ergebnissen führte das ifo Institut für Deutschland insgesamt und darüber hinaus für zahlreiche Messegesellschaften Studien zu den wirtschaftlichen Wirkungen von Messe- und Kongressveranstaltungen durch.³

Um einen detaillierten und empirisch fundierten Einblick in die wirtschaftlichen Folgewirkungen von Messe- und Kongressveranstaltungen für einen Wirtschaftsraum zu erlangen, ist es erforderlich, die Ausgabenströme von Messebesuchern, -ausstellern und Kongressteilnehmern nach verschiedenen Ausgabenkategorien abzubilden. Ein zentraler methodischer Baustein der Untersuchungen des ifo Instituts sind daher stets umfangreiche Primärerhebungen bei Ausstellern und Besuchern anlässlich von Messe- und Kongressveranstaltungen. So basieren die Berechnungen der wirtschaftlichen Folgewirkungen der Münchner Messen und sonstigen Veranstaltungen auf den Angaben von rund 14 200 Besuchern, Ausstellern und Kongressteilnehmern.

Die empirische Fundierung ist das eine, ausschlaggebend für die Ermittlung repräsentativer Ergebnisse ist aber darüber hinaus, im Rahmen welcher Messen bzw. Kongressveranstaltungen Befragungen erfolgen. Hier gilt es, die Messen und Veranstaltungen auszuwählen, die das Veranstaltungsportfolio der jeweiligen Messegesellschaft repräsentativ abbilden. Bezogen auf die Messen sind in die Untersuchung somit nicht nur Messen von internationalem Rang einzubeziehen, die einen überdurchschnittlich hohen Anteil an ausländischen Besuchern und Ausstellern aufweisen – mit entsprechend hohen Ausgaben –, sondern auch Messen mit »nur« nationaler bzw. regionaler Bedeutung.

Für methodisch gesicherte Analysen im Messewesen ist zudem die zeitliche Abgrenzung von großer Bedeutung, da eine Reihe von Messen nicht jährlich, son-

¹ Eine solche Quantifizierung der wirtschaftlichen Wirkungen stellt darauf ab, dass die durch die Messe- und Kongressausgaben »ausgelasteten« Produktions- und Beschäftigungskapazitäten nicht durch andere Nachfrageaktivitäten tangiert bzw. genutzt werden, d.h. der etwaige Ausfall der Messe- und Kongressausgaben als Nachfragevolumen wird nicht durch Ausgaben anderer Unternehmen und Personen kompensiert. Nahezu alle Studien zur Berechnung der so genannten »Umwegrentabilität« größerer Infrastrukturprojekte haben diese Annahme zur Grundlage. Die Studie stellt somit eine reine Impact-Analyse dar.

² Vgl. hierzu beispielsweise Spannagel (1999) sowie Träger und Penzkofer (2005).

³ Vgl. hierzu beispielsweise Penzkofer (2002; 2007).

dern in einem mehrjährigen Turnus durchgeführt werden.⁴ Dementsprechend gibt es, gemessen an den Aussteller- und Besucherzahlen und damit auch im Hinblick auf die wirtschaftlichen Auswirkungen, »starke« und »schwache« Jahre. Es ist daher erforderlich, die Analyse für ein repräsentatives Messejahr durchzuführen, d.h. alle in einem Messestandort stattfindenden Messen müssen entsprechend ihrer Periodizität in die Berechnungen eingehen.

Die messe- und veranstaltungsaffinen Ausgaben führen zu direkten wirtschaftlichen Effekten und induzieren multiplikative indirekte Wirkungen

Die Ausgaben der Messebesucher setzen sich außer dem Messeintritt primär aus den Ausgaben für Gastronomie, Übernachtung, private Einkäufe und den Reisekosten zusammen. Bei den Ausstellern sind in erster Linie folgende Ausgabenkategorien zu berücksichtigen: Standmiete, Standbau, Reise- und Personalkosten, Werbeaktionen sowie Verpflegung und Übernachtung. Nicht in die Berechnung miteinbezogen werden dürfen die Umsätze der Messegesellschaften, da die Umsätze der jeweiligen Messen weitestgehend aus den Aufwendungen der ausstellenden Unternehmen (z.B. Standmiete) und der Besucher (z.B. Eintrittsgeld) resultieren. Diese Aufwendungen werden durch die Ausgaben der Aussteller und Besucher erfasst. Die aus den Befragungen gewonnenen Angaben der Besucher und Aussteller werden zu den durch die Veranstaltungen induzierten Gesamtausgaben hochgerechnet. Dies erfolgt unter Verwendung von messerelevanten Indikatoren.⁵

Die unmittelbaren Ausgaben der Messebesucher, -aussteller sowie der Kongressteilnehmer haben vielfältige Effekte auf das wirtschaftliche Geschehen (Primärwirkungen). Sie führen unter anderen durch die Nachfrage zur Produktion und damit auch zur Beschäftigung in verschiedenen Wirtschaftszweigen. Die Umsetzung der Aussteller- und Besucherausgaben in Produktions- und Beschäftigungswirkungen setzt voraus, dass die jeweiligen Ausgaben den verschiedenen Wirtschaftsbereichen (Gastgewerbe, Einzelhandel, Transportgewerbe, unternehmensnahe Dienstleistungen usw.) zugeordnet werden, in denen sie Nachfrageimpulse anstoßen. Die Berechnung der Beschäf-

tigungseffekte erfolgt dann mittels branchenspezifischer Arbeitskoeffizienten.

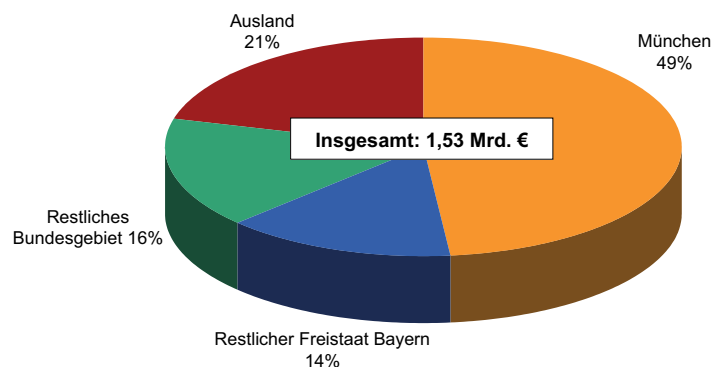
Die direkten Ausgaben der Messe- und Veranstaltungsakteure bilden allerdings nur einen Teil der wirtschaftlichen Effekte ab. Infolge der ausgeprägten Arbeitsteilung werden in erheblichem Umfang Güter und Dienstleistungen von Unternehmen bezogen, die von den Ausgaben der Aussteller und Besucher nicht direkt betroffen sind. Diese indirekt begünstigten Unternehmen fragen ihrerseits wiederum Vorleistungen von Gütern und Dienstleistungen nach. So ergibt sich eine Kette von leistungswirtschaftlichen Folgewirkungen über alle Wirtschaftszweige (Sekundärwirkungen). Zur Quantifizierung der gesamtwirtschaftlichen Bedeutung von Messen und sonstigen Veranstaltungen gilt es somit auch die durch Vorlieferungen ausgelösten Produktions- und Beschäftigungseffekte einzubeziehen. Als gängige Methode hierfür wird die Input-Output-Rechnung verwendet, die die Transaktionen zwischen den Produktionssektoren abbildet.

In einem durchschnittlichen Veranstaltungsjahr werden von in- und ausländischen Besuchern und Ausstellern direkte Ausgaben in Höhe von rund 1,53 Mrd. € getätigt

Insgesamt geben induziert durch die Veranstaltungen⁶ der Messe München GmbH Besucher und Aussteller im In- und Ausland jedes Jahr im Schnitt rund 1,53 Mrd. € aus (vgl. Abb. 1). Dies entspricht im Vergleich zur Studie aus dem Jahr 2001 einer Steigerung von über 19%; damals lag das durchschnittliche Ausgabenvolumen bei 1,28 Mrd. €. Diffe-

⁶ Die Basis der Untersuchung bilden die Messen auf dem neuen Messege-lände, im M,O,C, sowie Kongressveranstaltungen und sonstige Events im ICM (Internationales Congress Center München).

Abb. 1
Regionale Verteilung der Veranstaltungsausgaben
Durchschnittliches Veranstaltungsjahr der Messe München (2004 bis 2007)



Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

⁴ Beispielhaft seien für München die Messen bauma, BAU, Transport Logistic, Laser und drinktec genannt.
⁵ Multivariate Analyseverfahren haben für die Ausgaben der Messebesucher gezeigt, dass die regionale Herkunft der Besucher und der Anteil an Fachbesuchern, beide Faktoren hoch mit der Verweildauer am Messeplatz korreliert, einen gewichtigen Einfluss auf das Gesamtvolumen der Besucherausgaben ausüben.

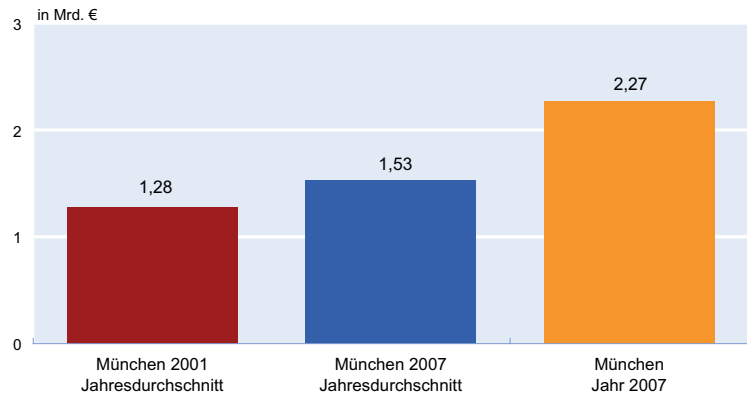
renziert nach den inländischen Wirtschaftsräumen zeigen sich auch positive Entwicklungen: Die in München verbleibenden Ausgaben betragen jährlich rund 740 Mill. € (1998/2001: 610 Mill. €) – ein Plus von 21%. Für das restliche Bayern resultierte ein Zuwachs von 190 auf 220 Mill. €, und auch das übrige Bundesgebiet profitierte infolge einer Ausgabensteigerung von 230 auf 250 Mill. €.

Die Berechnungen für das **Veranstaltungsjahr 2007** ergaben deutlich höhere Ausgabenbeträge seitens der Besucher und Aussteller von Veranstaltungen der Messe München. Das außerordentlich hohe direkte Ausgabenvolumen von insgesamt **2,27 Mrd. €** wurde durch turnusgemäß im Jahr 2007 stattfindende internationale Leitmessen hervorgerufen (vgl. Abb. 2). Zu nennen wären hierbei unter anderem Messen wie BAU, bauma, Transport Logistic und Laser. Zusätzlich wurde die Textilmaschinenmesse ITMA durchgeführt – alles Messen mit starker Nachfrage auf Aussteller- und Besucherseite. Große jährlich stattfindende Leitmessen wie Expo Real, ispo winter und inhorta europe trugen ebenso zu der überdurchschnittlich hohen Ausgabenentwicklung im Jahr 2007 bei.

Bezogen auf die einzelnen Akteure ergeben sich für ein durchschnittliches Jahr folgende Ausgabenbeträge je Messe- bzw. Veranstaltungsteilnehmer: Die **Ausgaben je Messebesucher** (Neue Messe München) liegen bei **334 €**, jeder **Aussteller** (Neue Messe München) gibt im Schnitt über **36 750 €** aus, je **Kongressteilnehmer** (Internationales Congress Center München) fällt ein Betrag von knapp **660 €** an, und die Ausgaben bei **sonstigen Events** (wie Firmenveranstaltungen, Hauptversammlungen, Bälle) betragen je Teilnehmer knapp **110 €**.

Von den **Gesamtausgaben der Besucher** (Neue Messe München) hat die Kostenposition »An- und Abreise« mit einem Anteil von knapp 24% das stärkste Gewicht. Die Ausgaben für Übernachtungen schlagen mit über 19% und in der Gastronomie mit gut 16% zu Buche. In starkem Umfang partizipiert auch der Einzelhandel von den Besucherausgaben (rund 11% der Gesamtausgaben). Während auf den vor- bzw. nachgelagerten Aufenthalt (u.a. Kurzurlaub) über 7% entfallen, trägt der Messeeintritt (inkl. Kauf von Katalogen) zu den gesamten Ausgaben aller Besucher dagegen nur zu rund 7% bei.

Für die Ermittlung der messeinduzierten **Gesamtausgaben der Aussteller** wurden alle betrieblichen Ausgaben als relevant angesehen, die aus der Sicht des Unternehmens mit der Planung, Vorbereitung, Durchführung und Nachbearbeitung der einzelnen Messebeteiligung in einem direkten Zusammenhang stehen. Unter Zugrundelegung dieses Krite-

Abb. 2**Gesamtes direktes induziertes Ausgabenvolumen
Messe München: Vergleich 2001 zu 2007**

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

riums wurden auch die unternehmensinternen Personalkosten in die Ermittlung der Gesamtausgaben der Aussteller einbezogen. Desgleichen wurden die Ausgaben für die An- und Abreise des Auf- und Abbaupersonals sowie des Standpersonals der Unternehmen berücksichtigt, da diese Ausgaben in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der Vorbereitung und Durchführung der Messeaktivitäten stehen. Für die Analyse der wirtschaftlichen Effekte der beiden zuletzt erwähnten Ausgabenarten ist allerdings zu beachten, dass diese Ausgaben nur zu einem geringen Teil in München wirtschaftlich wirksam werden, da diese Ausgaben in der Regel am Firmensitz des ausstellenden Unternehmens getätigt werden.

Gemessen am Gesamtwert aller Ausstellerausgaben entfallen folgende Ausgabenanteile auf die Positionen

– Standbau	rd. 20%;
– Standmiete (inkl. Nebenkosten)	rd. 19%;
– unternehmensinternes Personal	rd. 17%;
– Reisekosten (Fern-, Nahbereich)	rd. 12%;
– unternehmensnahe Dienstleistungen	rd. 12%;
– Übernachtung	rd. 8%;
– Verpflegung	rd. 7%.

Die übrigen Ausgabenarten (z.B. für private Einkäufe und Werbemaßnahmen) bringen es zusammen auf einen Anteil von rund 5%.

Zusätzlich indirekt ausgelöste Wirtschaftseffekte führen zu einem insgesamt veranstaltungsinduzierten bundesweiten Umsatz in Höhe von jährlich 2,17 Mrd. €

Die von den Besuchern, Ausstellern und Kongressteilnehmern ausgelöste Produktion bedingt eine Reihe von indirek-

ten wirtschaftlichen Wirkungen. Die unmittelbaren Produktionseffekte führen durch die Nachfrage nach Vorleistungen zu vorleistungsbedingter Produktion, die sich in allen Produktionsstufen fortsetzt. Neben diesen Produktionseffekten kommen noch Einkommenseffekte hinzu, da die Produktion zu Einkommen bei den privaten Haushalten führt und damit eine zusätzliche Nachfrage hervorruft. Diese vermehrte Endnachfrage löst wiederum multiplikative Produktionseffekte aus.⁷ Werden diese gesamten (direkten und indirekten) Produktionseffekte in die Betrachtung einbezogen, so errechnet sich ein bundesweit induziertes Umsatzvolumen von jahresdurchschnittlich 2,17 Mrd. € (vgl. Abb. 3). Im Veranstaltungszeitraum 1998 bis 2001 lag der Umsatzbetrag bei 1,82 Mrd. €.

In Relation zu einem Durchschnittsjahr führte das veranstaltungsstarke Jahr 2007 bei den insgesamt induzierten bundesweiten Umsätzen mit 3,23 Mrd. € zu einem sehr hohen Betrag. Damit wurden im Jahr 2007 einmalig über 1 Mrd. € mehr an Umsätzen durch Veranstaltungen der Messe München angestoßen, als dies im Durchschnitt Jahr für Jahr erwartet werden kann.

Über 21 900 Personen im Jahresdurchschnitt durch Veranstaltungen der Messe München beschäftigt

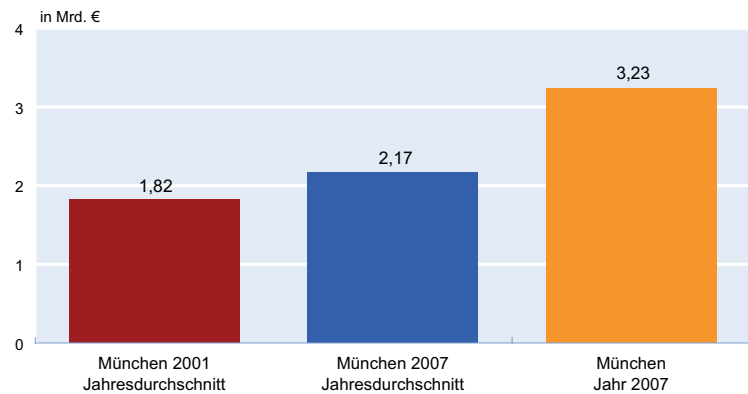
Aus der durch die Veranstaltungsausgaben induzierten Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen ergeben sich **Beschäftigungseffekte**.⁸ Werden die direkt und indirekt ausgelösten Beschäftigungseffekte addiert, ergibt sich eine von Veranstaltungen der Messe München abhängige Zahl von Arbeitsplätzen in Höhe von **21 932**. Bezogen auf München resultieren 12 637 von Münchner Veranstaltungen abhängige Arbeitsplätze. Für den Freistaat Bayern ergeben sich weitere 5 410 Arbeitsplätze, also für Bayern insgesamt über 18 000 Arbeitsplätze.

⁷ Die Quantifizierung der indirekten Wirkungen erfolgte mit Hilfe der Input-Output-Rechnung, die die Liefer- und Leistungsverflechtungen zwischen den verschiedenen Wirtschaftszweigen abbildet. Hierbei wurde die aktuellste Input-Output-Tabelle des Statistischen Bundesamtes hinsichtlich von Preis- und Produktivitätsentwicklungen für den Untersuchungszeitpunkt aktualisiert. Zur Analyse der regionalen indirekten Effekte wurden gebietsspezifische Input-Output-Tabellen approximiert.

⁸ Die mit der ermittelten Nachfrage verbundene Beschäftigung wurde mittels branchenspezifischer Arbeitskoeffizienten errechnet. Die ermittelten Arbeitsplatzeffekte stellen Vollzeitäquivalente dar.

Abb. 3

Direkt und indirekt induzierte Umsätze Messe München: Vergleich 2001 zu 2007



Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

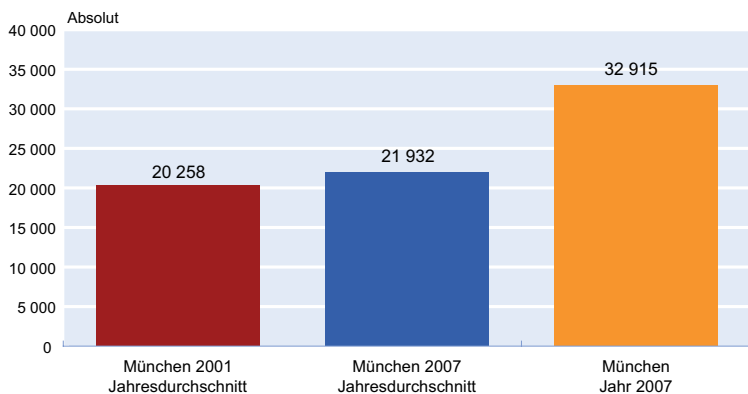
Auch für die veranstaltungsinduzierten Beschäftigungseffekte zeigt der Zeitvergleich ein positives Bild (vgl. Abb. 4): Während im Zeitraum 1998 bis 2001 im Durchschnitt 20 258 Personen von Veranstaltungen der Messe München abhängig waren, sind es aktuell über 8% mehr (1 674 Personen). Wie schon bei der Ausgaben- und Umsatzbetrachtung ragt auch bei den Beschäftigungseffekten das Veranstaltungsjahr 2007 heraus: Mit 32 915 veranstaltungsabhängigen Arbeitsplätzen konnten 2007 einmalig knapp 11 000 Arbeitsplätze mehr generiert werden.

Das Steueraufkommen der veranstaltungsinduzierten Ausgaben beläuft sich für ein durchschnittliches Jahr auf 363 Mill. €

Weitere mit den Veranstaltungsaktivitäten der Messe München verbundene Wirkungen stellen Steuereinnahmen der verschiedenen Gebietskörperschaften (Stadt München,

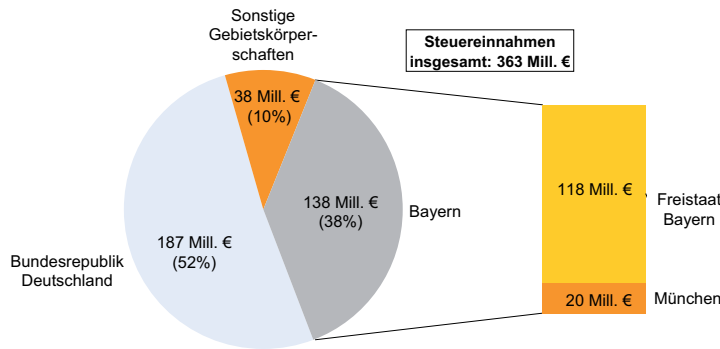
Abb. 4

Direkt und indirekt induzierte Arbeitsplätze Messe München: Vergleich 2001 zu 2007



Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 5
Regionale Verteilung des Steueraufkommens
 Durchschnittliches Veranstaltungsjahr der Messe München (2004 bis 2007)



Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

Freistaat Bayern, Bundesrepublik Deutschland) dar, die infolge von Produktionsprozessen, daraus resultierenden Einkommen und Gewinnen sowie durch den privaten Verbrauch anfallen. Die bedeutendsten Positionen sind die Mehrwertsteuer, Lohnsteuer, Einkommensteuer sowie Körperschaftsteuer.

Die anfallenden **Steuerbeträge** in Höhe von **363 Mill. €** – dies bedeutet gegenüber dem Durchschnittsjahr 1998/2001 mit Steuereinnahmen von 310 Mill. € eine Steigerung um 17% – erhält entsprechend den für die jeweiligen Steuerarten zugrunde liegenden Vorschriften zu gut 5% (bzw. 20 Mill. €) die Stadt München (vgl. Abb. 5). Auf den Freistaat Bayern entfallen knapp 33% (bzw. 118 Mill. €) und auf die Bundesrepublik Deutschland rund 52% (187 Mill. €). Ein Anteil von gut 10% fließt den übrigen Bundesländern zu.

Im veranstaltungsstarken **Jahr 2007** stieg das induzierte Steueraufkommen auf rund **540 Mill. €** (vgl. Abb. 6). München und der Freistaat Bayern erhielten hier von 206 Mill. € und somit einmalig um 68 Mill. € mehr als jahresdurchschnittlich (rund 138 Mill. €) zu erwarten.

Fazit: Deutlicher Anstieg der veranstaltungsinduzierten Umsätze, Arbeitsplätze und Steuereinnahmen seit 2001

Die Messe-, Kongress- und Eventaktivitäten der Messe München GmbH stellen, wie die vorgestellten Ergebnisse für ein durchschnittliches Veranstaltungsjahr zeigen, sowohl für die Stadt München als auch für den Freistaat Bayern einen nicht zu unterschätzenden Wirtschaftsfaktor dar. So resultiert für München, bezogen auf die Messen, ein Um-

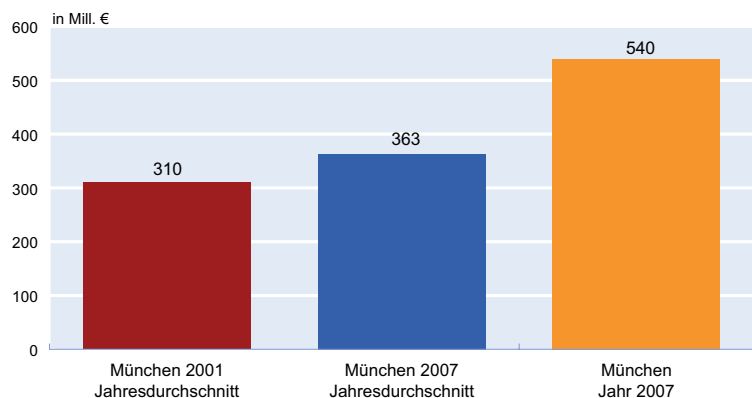
wegrenditefaktor von jahresdurchschnittlich 5,9; für die Kongressveranstaltungen liegt der Faktor bei knapp 14. Zusammengefasst heißt dies, dass ein Euro Veranstaltungsumsatz der Messe München mehr als den sechsfachen Umsatzbetrag in München generiert.

Das ifo Institut hat bereits 2001 eine Studie über die wirtschaftliche Bedeutung der Veranstaltungen der Messe München GmbH erstellt. Werden die sich jeweils auf ein durchschnittliches Veranstaltungsjahr beziehenden Befunde aus dem Jahr 2001 mit denen der aktuellen Untersuchung verglichen, so zeigen sich folgende Ergebnisse:

- Das aktuell bundesweit induzierte **Umsatzvolumen** in Höhe von jahresdurchschnittlich 2,17 Mrd. € fällt um 19% höher aus, als für den Zeitraum 1998 bis 2001 ermittelt.
- Die erhöhten Umsätze brachten eine Zunahme der von Veranstaltungen der Messe München GmbH abhängigen **Beschäftigten** mit sich: 21 932 zu 20 258 (+ 8%). Der im Vergleich zum Umsatzvolumen geringere Wachstumsfaktor ist auf die gestiegene Arbeitsproduktivität in den letzten Jahren zurückzuführen.
- Die im Vergleich zur Studie von 2001 höheren Veranstaltungsausgaben führten zudem zu einem höheren **Steueraufkommen** (+ 17%).

Die vom ifo Institut durchgeführten Studien zu den wirtschaftlichen Effekten von Messen und sonstigen Veranstaltungen haben gezeigt, dass die Intensität und die »vorleistungs- und einkommensbedingten« Wirkungen der Messe- und Veranstaltungsausgaben zu einem erheblichen Teil von der Zahl ausländischer Besucher und Aussteller auf international anerkannten Leitmesen sowie von der Zahl

Abb. 6
Direkt und indirekt induziertes Steueraufkommen
 Messe München: Vergleich 2001 zu 2007



Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

internationaler Kongressteilnehmer beeinflusst werden. Da die Veranstaltungen der Messe München sehr hohen internationalen Charakter aufweisen, resultieren für München und den Freistaat Bayern bedeutende wirtschaftliche Effekte, die in den vergangenen sechs Jahren sogar noch gesteigert werden konnten.

Literatur

- Penzkofer, H. (2002), »Wirtschaftliche Wirkungen der Frankfurter Messen«, *ifo Schnelldienst* 55(1), 15–22.
- Penzkofer, H. (2007), »Knapp 6 700 Arbeitsplätze basieren bundesweit auf Essener Messen und Kongressen«, *ifo Schnelldienst* 60(22), 52–55.
- Spannagel, R., U.Chr. Täger, G. Weitzel et al. (1999), *Die gesamtwirtschaftliche Bedeutung von Messen und Ausstellungen in Deutschland*, ifo Studien zu Handels- und Dienstleistungsfragen, Bd. 57, ifo Institut, München.
- Täger, U.Chr. und H. Penzkofer (2005), »Production and employment effects of trade fairs and exhibitions«, in: M. Kirchgeorg et al. (Hrsg.), *Trade Show Management*, Gabler, Wiesbaden, 127–139.

Das ifo Weltwirtschaftsklima hat sich im zweiten Quartal 2008 weiter verschlechtert. Der Indikator fiel auf den niedrigsten Stand seit über sechs Jahren (vgl. Abb. 1). Der Rückgang resultiert vor allem aus der ungünstigeren Einschätzung der derzeitigen wirtschaftlichen Lage, aber auch die Erwartungen für die nächsten sechs Monate wurden weiter nach unten revidiert.

Die wichtigsten Ergebnisse in Stichworten

- Die Einschätzungen zur *aktuellen wirtschaftlichen Situation in der Welt* haben sich deutlich verschlechtert.
- Die weltwirtschaftlichen *Erwartungen für die nächsten sechs Monate* wurden nur leicht nach unten revidiert.
- Ein Anstieg der *Inflation 2008* wird vor allem in *Westeuropa* und *Asien* erwartet.
- Die WES-Experten rechnen mit einem Rückgang der Notenbankzinsen.
- Der *US-Dollar* und – in geringerem Maße – auch der *japanische Yen* gelten weiterhin als unterbewertet.

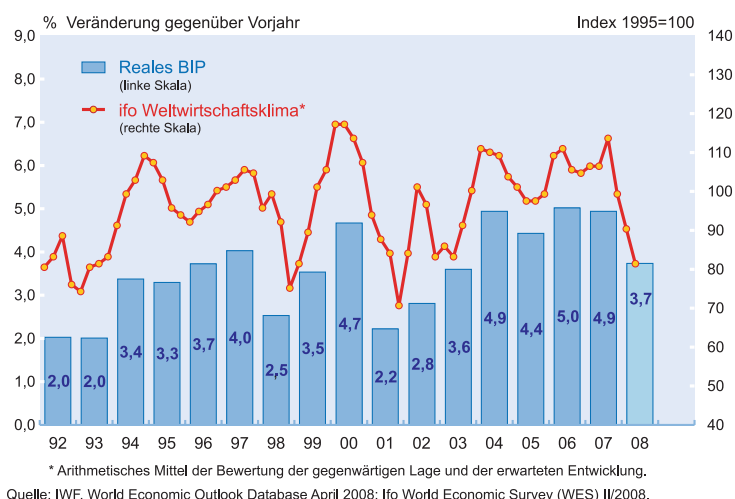
Konjunkturentwicklung in den Weltregionen

Das ifo Wirtschaftsklima für den **Euroraum** hat sich im zweiten Quartal 2008 zum dritten Mal in Folge verschlechtert und ist auf den niedrigsten Wert seit fünf Jahren gefallen. Der Rückgang des ifo Indikators resultiert jedoch ausschließlich aus weniger positiven Urteilen zur gegenwärtigen Wirt-

schaftslage. Die Erwartungen für die nächsten sechs Monate sind zwar im negativen Bereich, haben sich aber nicht weiter verschlechtert. Das Wirtschaftsklima hat sich im zweiten Quartal 2008 in allen Ländern des Euroraums weiter eingetrübt. In *Italien, Frankreich, Portugal und Spanien* wird die derzeitige wirtschaftliche Situation besonders negativ beurteilt. In der Mehrzahl der Euroländer haben sich die Urteile zur gegenwärtigen Wirtschaftslage jedoch noch im positiven Bereich gehalten. In den nächsten sechs Monaten wird sich nach Ansicht der WES-Experten die konjunkturelle Verlangsamung in allen Ländern des Euroraums weiter fortsetzen.

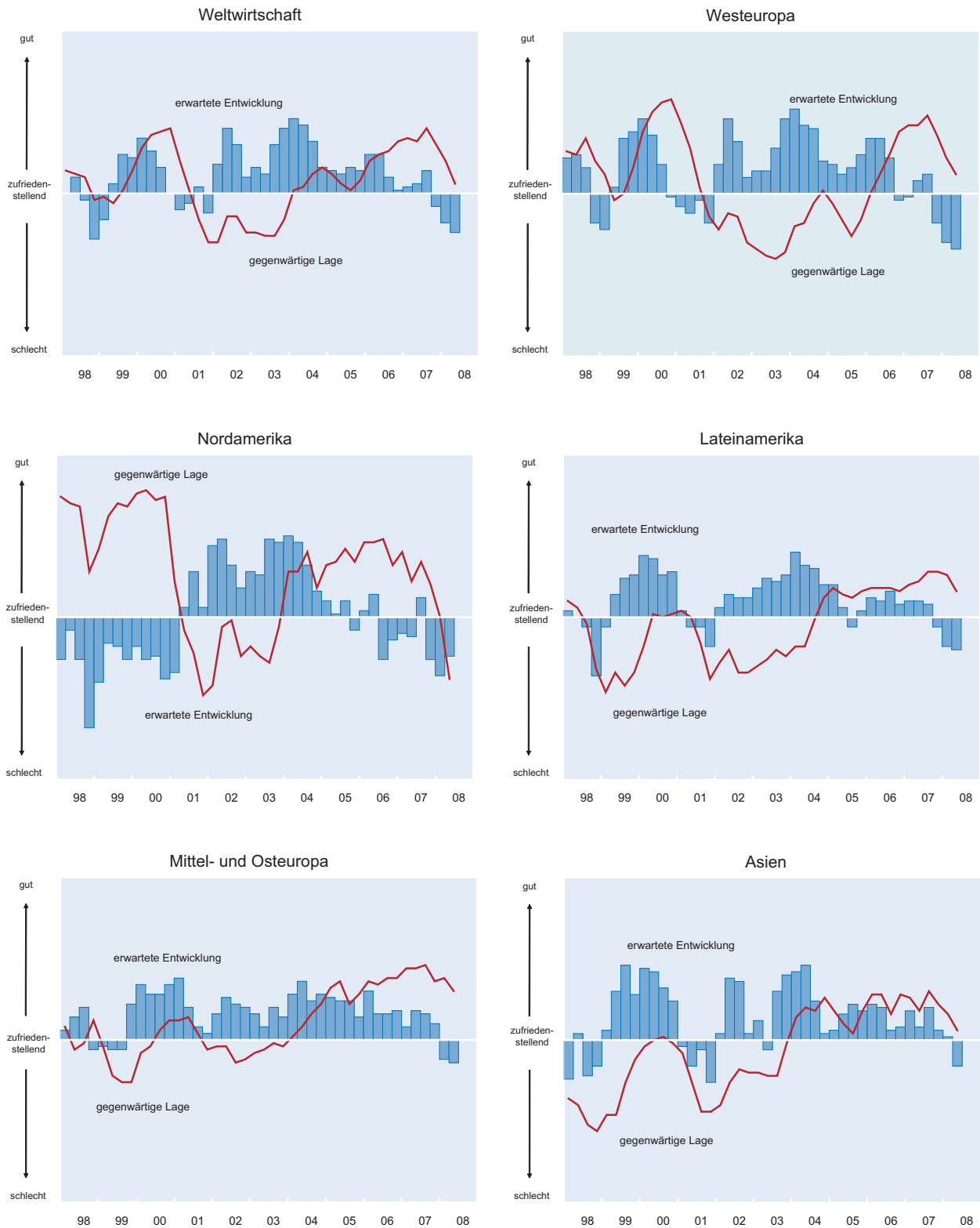
In **Westeuropa, außerhalb des Euroraums**, sank der Klimaindikator in *Schweden, Norwegen* und *Dänemark* überdurchschnittlich stark. Die aktuelle Wirtschaftslage wird jedoch in diesen nord-europäischen Staaten nach wie vor sehr günstig beurteilt. In *Großbritannien* und der *Schweiz* hat sich der Klimaindikator nicht weiter verschlechtert. Die aktuelle wirtschaftliche Situation wird im zweiten Quartal 2008 in beiden Ländern etwas besser beurteilt als im Januar dieses Jah-

Abb. 1
Weltkonjunktur und ifo Weltwirtschaftsklima



¹ Im April 2008 hat das ifo Institut zum 100. Mal seine weltweite Umfrage »Ifo World Economic Survey« – kurz WES – bei 1 002 Wirtschaftsexperten multinationaler Unternehmen und kompetenter Institutionen in 92 Ländern durchgeführt. Die Aufgabe des WES ist es, vierteljährlich ein möglichst aktuelles Bild über die Wirtschaftslage sowie Prognosen für wichtige Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer zu liefern. Im Gegensatz zur amtlichen Statistik, die in erster Linie auf quantitativen (in Werteneinheiten messbaren) Informationen aufbaut, werden beim WES qualitative Informationen – Urteile und Erwartungen von Wirtschaftsexperten – abgefragt. Während amtliche Statistiken auf internationaler Ebene oft nur mit großen Zeitverzögerungen erhältlich sind, zeichnen sich die WES-Umfrageergebnisse durch ihre hohe Aktualität und internationale Vergleichbarkeit aus. Gerade in Ländern, in denen die amtliche Statistik auf einer unsicheren Datenbasis steht, sind die von Wirtschaftsexperten vor Ort abgegebenen Urteile und Erwartungen von besonderer Bedeutung. Die Umfrage wird in Zusammenarbeit mit der Internationalen Handelskammer (ICC) in Paris durchgeführt.

Abb. 2
Wirtschaftliche Lage

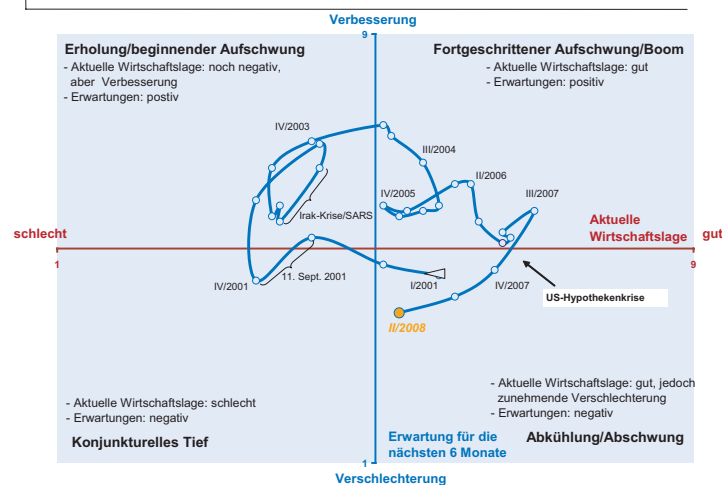


Quelle: Ifo World Economic Survey (WES), II/2008.

ifo Konjunkturuhr und das Weltwirtschaftsklima

Die ifo Konjunkturuhr für das Weltwirtschaftsklima verdeutlicht die aktuelle Datenkonstellation im globalen Konjunkturzyklus. Im zweiten Quartal 2008 befindet sich der aktuelle Wert des Indikators für das Weltwirtschaftsklima im unteren rechten Quadranten und bewegt sich zum unteren linken Quadranten. Beide Quadranten markieren die Phase der konjunkturellen Abkühlung. Die gegenwärtige Wirtschaftslage wird im Weltdurchschnitt jedoch noch als positiv bewertet, die Erwartungen haben sich zwar in Folge der US-Bankenkrise deutlich eingetrübt, die Verschlechterung vom ersten zum zweiten Quartal 2008 ist jedoch gering. Idealtypisch bewegt sich der Indikator für die Weltkonjunktur in diesem Diagramm im Uhrzeigersinn; die Erwartungen laufen der Lage voraus. Die aktuelle Datenkonstellation deutet auf eine Abkühlung der Weltkonjunktur 2008 hin.

ifo Weltwirtschaftsklima



Quelle: Ifo World Economic Survey (WES), II/2008.

Das ifo Weltwirtschaftsklima ist das arithmetische Mittel der Bewertung der gegenwärtigen Lage und der erwarteten Entwicklung in den nächsten sechs Monaten. Der Zusammenhang zwischen den beiden Komponenten des Weltwirtschaftsklimas kann in einem Vier-Quadranten-Schema dargestellt werden (»ifo Weltkonjunkturuhr«). Auf der Abszisse der Konjunkturuhr werden die Meldungen der befragten WES-Experten zur gegenwärtigen Lage aufgetragen, auf der Ordinate die Antworten zur erwarteten Entwicklung. Durch das Fadenkreuz der beiden Linien, die nach der WES-Werteskala eine zufriedenstellende Beurteilung der Lage (5) bzw. eine unveränderte Einschätzung der Erwartungen (5) markieren, wird das Diagramm in vier Quadranten geteilt, welche die vier Phasen der Weltkonjunktur definieren.

res. Die Erwartungen für die kommenden sechs Monate wurden jedoch auch hier deutlich nach unten revidiert und deuten auf eine konjunkturelle Verschlechterung hin.

Der stärkste Rückgang des Klimaindikatoren ist wie schon in der vorangegangenen Umfrage in den USA zu verzeichnen. Allerdings resultiert der Rückgang ausschließlich aus der deutlich ungünstigeren Einschätzung der derzeitigen wirtschaftlichen Situation, während die Erwartungen für die nächsten sechs Monate nicht mehr ganz so pessimistisch sind.

Auch in Asien ist der Indikator für das Wirtschaftsklima weiter gesunken. Sowohl die Urteile zur aktuellen Wirtschaftslage als auch die wirtschaftlichen Erwartungen für die nächs-

ten sechs Monate sind, im regionalen Durchschnitt, etwas schlechter ausgefallen als in der vorangegangenen Erhebung. Der Klimaindikator verschlechterte sich in vielen Ländern der Region, unter anderem in Japan und Südkorea. In beiden Ländern wird die aktuelle wirtschaftliche Lage nun als »unbefriedigend« beurteilt. Die Aussichten für die nächsten sechs Monate haben sich ebenfalls weiter eingetrübt. Dies trifft auch auf Hongkong, Indien, Philippinen und Malaysia zu. In diesen Ländern wird die aktuelle Wirtschaftslage jedoch ausgesprochen günstig beurteilt. Als zufriedenstellend bewerteten die WES-Experten die wirtschaftliche Situation in China, Taiwan, Vietnam, Singapur, Indonesien und Bangladesch. In diesen Ländern zeigten sie sich auch hinsichtlich der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung 2008 zuversichtlich.

In Mittel- und Osteuropa hat sich das Wirtschaftsklima nur leicht abgekühlt. Die Urteile zur aktuellen Wirtschaftslage sind auf hohem Niveau geblieben. Die wirtschaftlichen Erwartungen für die kommenden sechs Monate sind geringfügig nach unten revidiert worden. Die wirtschaftliche Lage wird nach wie vor in Tschechien, Polen, Estland und Litauen sehr günstig beurteilt. Für das kommende Halbjahr prognostizieren die WES-Experten jedoch eine konjunkturelle Abkühlung. Ein Anziehen der Konjunktur wird dagegen in Bulgarien, Rumänien und der Slowakei in den nächsten sechs Monaten erwartet. Die einzigen EU-Länder der Region, in denen die aktuelle Wirtschaftslage als ungünstig beurteilt wurde, waren im April Lettland und erneut Ungarn. Die WES-Experten rechnen hier angesichts der hohen Inflation und des Mangels an Vertrauen in die Wirtschaftspolitik der Regierung mit einer weiteren wirtschaftlichen Abschwächung in den kommenden sechs Monaten.

In den durch WES erfassten Ländern der GUS (Russland, Kasachstan, Ukraine, Kirgisien und Usbekistan) ist der Wirtschaftsklimaindikator im April auf hohem Niveau stabil geblieben. In Russland wurden die Urteile zur aktuellen Wirtschaftslage und die wirtschaftlichen Erwartungen für die nächsten sechs Monate nur geringfügig nach unten revidiert. Die WES-Experten gehen von einer stabilen wirtschaftlichen Entwicklung 2008 aus. Allerdings betonten sie den Mangel an qualifizierten Arbeitskräften sowie die unzureichende internationale Wettbewerbsfähigkeit der in Russland produzierten Güter. Dies trifft auch für Kasachstan zu,

wo ebenfalls ein günstiges und nach Meinung der befragten Experten stabiles Wirtschaftsklima vorherrscht. In der Ukraine dagegen ist das Wirtschaftsklima weiterhin generell eingetrübt. Allerdings erwarten sich die WES-Experten Wachstumsimpulse vom Exportsektor. In den zentralasiatischen Ländern – *Kirgisien und Usbekistan* – fiel das Wirtschaftsklima im April unterschiedlich aus. Während in *Usbekistan* die aktuelle Wirtschaftslage als »zufriedenstellend« und »stabil« beurteilt wurde, erwarten die in *Kirgisien* befragten WES-Experten, angesichts der hohen Inflation, eine zunehmende wirtschaftliche Verschlechterung in den kommenden sechs Monaten.

In **Ozeanien** – sowohl in *Australien* als auch in *Neuseeland* – verschlechterte sich das Wirtschaftsklima im zweiten Quartal 2008 nach Ansicht der WES-Experten deutlich. Zwar wird die aktuelle wirtschaftliche Situation in *Australien* nach wie vor positiv bewertet, die Erwartungen für die kommenden sechs Monate fallen jedoch ausgesprochen negativ aus. Die befragten Experten rechnen angesichts der hohen Inflation mit einem spürbaren Rückgang der privaten Konsumnachfrage und auch der Investitionstätigkeit in den kommenden sechs Monaten. Auch in *Neuseeland* hat sich das Wirtschaftsklima weiter eingetrübt.

In den Ländern **Mittel- und Lateinamerikas** ist der Indikator für das Wirtschaftsklima im zweiten Quartal leicht gesunken. Der Rückgang betraf jedoch nicht alle Länder der Region. So wurde die aktuelle wirtschaftliche Situation ausgesprochen günstig in *Brasilien, Paraguay, Peru* und *Uruguay* beurteilt. Als stabil bezeichneten die befragten Wirtschaftsfachleute die Wirtschaftslage in *El Salvador* und *Panama*. Auch in *Chile* und *Kolumbien* wurde die aktuelle Wirtschaftslage als günstig beurteilt, jedoch wurden die Erwartungen für die kommenden sechs Monate in diesen beiden Ländern deutlich nach unten revidiert und weisen auf eine bevorstehende wirtschaftliche Verschlechterung hin. Auch in *Mexiko, Costa Rica* und *Guatemala* trübte sich das Wirtschaftsklima, nach Meinung der WES-Experten, ein. Der größte Rückgang des Klimaindikatoren wurde jedoch aus *Argentinien, Bolivien* und *Ecuador* berichtet. Dies waren die einzigen drei Länder in *Lateinamerika*, in denen der Indikator für die aktuelle Wirtschaftslage in den negativen Bereich fiel. Auch die Erwartungen für die kommenden sechs Monate haben sich hier weiter verschlechtert.

Auch in den durch WES erfassten Ländern des **Nahen Ostens** hat sich das Wirtschaftsklima etwas abgekühlt. Dies betraf einige Länder der Region, unter anderem die *Vereinigten Arabischen Emirate* und *Saudi-Arabien*. Die aktuelle Wirtschaftslage wird hier jedoch nach wie vor als ausgesprochen günstig beurteilt. Ein stabiles Wirtschaftsklima herrscht 2008 weiterhin in *Kuwait* und *Jordanien*. In *Israel, Türkei* und *Libanon* dagegen haben sich beide Komponenten des Klimaindikatoren – aktuelle Wirtschaftslage und wirtschaftliche

Erwartungen für die kommenden sechs Monate – deutlich verschlechtert. Im *Libanon* sind es wohl hauptsächlich die bewaffneten Auseinandersetzungen, die eine wirtschaftliche Erholung des Landes behindern. In der *Türkei* fiel die Einschätzung der aktuellen Wirtschaftslage im April unter das »befriedigend«-Niveau; die wirtschaftlichen Erwartungen deuten auf eine weitere Abschwächung in den kommenden sechs Monaten hin. In *Israel* wird die aktuelle Wirtschaftslage dagegen als »gut« beurteilt, wenn auch weniger positiv als 2007. Doch auch hier rechnen die WES-Experten mit einer Abschwächung der Investitionstätigkeit wie auch der privaten Konsumnachfrage und der Exporte 2008.

In **Südafrika** ist der Wirtschaftsklimaindikator nun zum vierten Mal in Folge gesunken und befindet sich auf dem tiefsten Stand seit fast zehn Jahren. Sowohl die Urteile zur gegenwärtigen Wirtschaftssituation als auch die wirtschaftlichen Erwartungen für die kommenden sechs Monate haben sich weiter verschlechtert. Die Urteile zur aktuellen Wirtschaftslage sind unter die »befriedigend«-Marke gefallen. Inflation, Mangel an qualifizierten Fachkräften und Arbeitslosigkeit sowie Aids bleiben laut WES-Experten anhaltende wirtschaftliche Probleme auch 2008.

Inflation: Verstärkter Anstieg erwartet

Im weltweiten Durchschnitt erwarten die WES-Experten für das Jahr 2008 nunmehr eine Inflationsrate von 4,2% (vgl. Tab. 1) und damit eine Rate, die deutlich höher wäre als die Inflationsrate 2007 (3,2%). Inflationssorgen sind nach Ansicht der Befragten diesmal weltweit das größte Problem für die Gesamtwirtschaft. Die befürchtete Beschleunigung des Preisanstiegs ist ein weltweites Phänomen; eine Ausnahme unter allen Weltregionen bildet lediglich *Ozeanien* (d.h. *Australien* und *Neuseeland*), wo die Inflationserwartungen seit Jahresanfang unverändert bei 3,4% verharren. Die Inflationserwartungen sind seit der vorangegangenen Umfrage im Januar 2008 vor allem in *Asien* (von 2,9 auf nunmehr 3,9%) und im *Nahen Osten* (von 7,9 auf nunmehr 9,3%) gestiegen.

Im **Euroraum** verschlechterte sich der Inflationsausblick für 2008 um knapp einen halben Prozentpunkt auf nunmehr 2,9%. Dieser Wert liegt deutlich über der Zielmarke der Europäischen Zentralbank von leicht unter 2,0%. Die höchsten Inflationsraten im *Euroraum* werden diesmal wieder von zwei Neulingen im Währungsverbund, nämlich *Slowenien* (5,1%) und *Zypern* (4,5%), erwartet. Mit weiterhin hohen Preissteigerungsraten wird auch in diesem Jahr in *Irland* (4,1%), *Spanien* (4,0%) und *Griechenland* (3,7%) gerechnet. Die relativ günstigste Inflationsentwicklung wird 2008 in den *Niederlanden* (2,5%), in *Portugal* (2,6%) sowie in *Frankreich* und *Deutschland* (jeweils 2,7%) erwartet.

Tab. 1
Inflationserwartungen der WES-Teilnehmer für 2008 (im April und Januar 2008)

Region	II/2008	I/2008	Region	II/2008	I/2008
Durchschnitt der 90 Länder^{a)}	4,2	3,6	Mittel- und Lateinamerika	7,9	7,1
<i>Weltbank-Länderklassen:</i>			Argentinien	24,4	19,6
Hochlohnländer	3,2	2,6	Bolivien	16,0	13,6
Mittleres Einkommensniveau	7,7	7,0	Brasilien	4,8	4,5
oberes Mittel	7,8	7,1	Chile	5,5	5,5
unteres Mittel	7,5	6,8	Costa Rica	12,0	9,0
Niedriglohnländer	8,4	6,8	Ecuador	6,0	4,6
EU (27 Länder)	3,2	2,8	El Salvador	5,1	4,8
EU (alte Mitglieder) ^{b)}	2,9	2,5	Guatemala	8,5	8,2
EU (neue Mitglieder) ^{c)}	5,7	5,1	Kolumbien	5,7	4,7
Eurozone ^{d)}	2,9	2,5	Mexiko	4,4	4,7
			Panama	6,0	5,0
Westeuropa	2,9	2,5	Paraguay	8,3	8,3
Belgien	3,3	2,7	Peru	3,4	3,3
Dänemark	3,1	2,4	Trinidad und Tobago	12,0	9,0
Deutschland	2,7	2,3	Uruguay	7,4	6,5
Finnland	3,3	2,9	Venezuela	27,0	24,5
Frankreich	2,7	2,1			
Griechenland	3,7	3,6	Asien	3,9	2,9
Großbritannien	3,0	2,6	Bangladesh	9,3	8,0
Irland	4,1	4,0	China	6,4	4,8
Island	8,0	–	Hongkong	4,6	3,7
Italien	3,0	2,4	Indien	6,5	4,8
Luxemburg	3,0	2,6	Indonesien	7,0	6,1
Malta	3,0	2,0	Japan	1,0	0,8
Niederlande	2,5	2,3	Korea	4,0	3,2
Norwegen	2,8	2,3	Malaysia	3,4	3,7
Österreich	2,9	2,4	Pakistan	10,5	8,8
Portugal	2,6	2,3	Philippinen	5,5	4,0
Schweden	3,0	2,9	Singapur	3,0	1,0
Schweiz	1,8	1,5	Sri Lanka	17,5	18,0
Spanien	4,0	3,7	Taiwan	2,9	2,2
Zypern	4,5	3,3	Thailand	4,7	3,5
			Vietnam	15,0	10,4
Mittel- und Osteuropa	5,8	5,1	Naher Osten	9,3	7,9
Albanien	4,1	4,4	Bahrain	–	3,0
Bulgarien	9,6	8,4	Iran	18,0	20,0
Estland	7,1	6,8	Israel	2,7	2,7
Kroatien	4,6	4,0	Jordanien	5,7	8,5
Lettland	13,7	10,7	Kuwait	8,3	8,5
Litauen	8,1	6,4	Libanon	5,8	–
Polen	4,4	3,8	Saudi-Arabien	7,6	4,0
Rumänien	7,2	5,5	Türkei	9,3	8,2
Serbien und Montenegro	9,3	7,9	Vereinigte Arabische Emirate	11,5	9,0
Slowakei	3,4	2,7			
Slowenien	5,1	4,2	Afrika	k.A.	k.A.
Tschechische Republik	5,6	4,9	Ägypten	18,8	–
Ungarn	6,3	6,3	Algerien	3,8	4,0
			Kenia	13,8	15,0
GUS	11,9	11,5	Marokko	3,3	–
Kasachstan	10,7	12,5	Mauritius	9,0	8,0
Kirgisien	18,0	–	Nigeria	8,6	9,2
Russland	11,5	10,7	Simbabwe	Hyperinflation	–
Ukraine	15,4	14,8	Südafrika	9,0	7,0
Usbekistan	12,1	17,9	Tunesien	5,3	7,0
Nordamerika	3,2	2,7	Ozeanien	3,4	3,4
Kanada	2,1	2,2	Australien	3,4	3,5
USA	3,5	2,9	Neuseeland	3,3	3,0

^{a)} Innerhalb jeder Ländergruppe sind die Ergebnisse nach den Export/Import Anteilen am Weltdurchschnitt gewichtet (ohne Simbabwe). – ^{b)} Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien – ^{c)} Tschechische Rep., Zypern, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowenien, Slowakei (seit 1. Mai 2004), Bulgarien und Rumänien (seit 1. Januar 2007) – ^{d)} Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Spanien, Slowenien (seit 1. Januar 2007).

Quelle: Ifo World Economic Survey (WES), II/2008 und I/2008.

In **Westeuropa außerhalb der Eurozone** sind nach wie vor die Inflationserwartungen besonders niedrig in der Schweiz (1,8%), was hier allerdings gegenüber 2007 (0,9%) nichtsdestoweniger eine spürbare Zunahme bedeuten würde. Auch in *Schweden* und *Norwegen*, zwei Länder mit traditionell niedrigen Inflationsraten, ist im laufenden Jahr mit einer ähnlich hohen Preissteigerungsrate wie im europäischen Durchschnitt (ungefähr 3%) zu rechnen. In derselben Größenordnung dürften nach Einschätzung der WES-Experten die Verbraucherpreise im laufenden Jahr auch in *Großbritannien* steigen.

In den **USA** lagen die Inflationserwartungen für 2008 ebenfalls deutlich über denen vom Vorjahr (3,5 gegenüber 2,8% 2007); in *Kanada* wird demgegenüber weiterhin nur mit einer relativ moderaten Inflationsrate von 2,1% im laufenden Jahr gerechnet.

In **Asien** wurden die Inflationserwartungen seit Jahresanfang um einen vollen Prozentpunkt auf nunmehr 3,9% angehoben. Die größten Preissprünge seit der vorangegangenen Umfrage im Januar ergeben sich in *China* (von 4,8 auf nunmehr 6,4%), in *Indien* (von 4,8 auf 6,5%), *Vietnam* (von 10,4 auf 15,0%) und *Pakistan* (von 8,8 auf 10,5%). Die niedrigsten Inflationsraten in der Region dürften auch 2008 in *Japan* (1,0%), *Taiwan* (2,9%) und *Singapur* (3,0%) vorherrschen.

In **Mittel- und Osteuropa** wird 2008 mit einer Inflationsrate von 5,8% gerechnet, welche deutlich höher wäre als die Preissteigerung im vorangegangenen Jahr (4,4%) und auch als die Rate, die noch zu Jahresanfang als wahrscheinlich gehalten worden war (5,1%). Die höchste Inflationsrate wird nach Ansicht der WES-Experten wiederum in *Lettland* (13,7%) vorliegen; aber auch in *Bulgarien* (9,6%), *Serbien* (9,3%), *Litauen* (8,1%), *Rumänien* (7,2%) und *Estland* (7,1%) wird die Preissteigerungsrate in diesem Jahr deutlich über dem Durchschnitt in der Region liegen. Die relativ niedrigsten Inflationsraten dürften nach Ansicht der WES-Experten 2008 in der *Slowakei* (3,4%), in *Polen* (4,4%) und in *Kroatien* (4,6%) vorherrschen.

In den **GUS-Staaten** liegen die Inflationserwartungen für 2008 deutlich über der 10 Prozentmarke (11,9%). Innerhalb dieser Ländergruppe gibt es jedoch erhebliche Unterschiede: In *Kasachstan* und in *Usbekistan* schwächten sich die Inflationserwartungen leicht ab (in *Kasachstan* von 12,5% auf nunmehr 10,7% und in *Usbekistan* von 17,9 auf 12,1%). Auf der anderen Seite nahmen die Inflationserwartungen weiter zu in *Russland* (von 10,7 auf 11,5%) und in der *Ukraine* (von 14,8 auf 15,4%).

Auch in **Zentral- und in Lateinamerika** haben die Inflationserwartungen weiter zugelegt (von 7,1% zu Jahresanfang auf nunmehr 7,9%). Dies ist insbesondere auf einige wenige Länder wie *Argentinien* (24,4 nach 19,6%), *Venezuela* (27,0 nach 24,5%) und *Costa Rica* (12,0 nach 9,0%) zurückzuführen. In den meisten anderen Ländern blieben die In-

flationserwartungen seit Jahresanfang unverändert wie z.B. in *Chile* (5,5%) und *Paraguay* (8,3%) oder stiegen nur leicht wie in *Peru* (von 3,3 auf 3,4%) und *Brasilien* (von 4,5 auf 4,8%). In *Mexiko* wurden die Inflationserwartungen für 2008 sogar leicht nach unten revidiert (von 4,7 auf 4,4%).

Im **Nahen Osten** haben sich die Inflationsperspektiven gegenüber dem Vorjahr erheblich verschlechtert. (von 7,9 auf nunmehr 9,3%). Eine Inflationsverstärkung wird vor allem in *Saudi-Arabien* befürchtet (von 4,0 auf nunmehr 7,6%), aber auch in den *Vereinigten Arabischen Emiraten* (von 9,0 auf 11,5%) und auch der *Türkei* (von 8,2 auf 9,3%). Auf der anderen Seite wurden die Inflationserwartungen seit Jahresanfang leicht nach unten revidiert im *Iran* (von 20,0 auf 18,0%), in *Jordanien* (von 8,5 auf 5,7%), und sie blieben praktisch unverändert in *Israel* (2,7%) und in *Kuwait* (8,3%).

In **Ozeanien** blieben die Inflationserwartungen für 2008 seit Jahresanfang unverändert bei 3,4%. Dabei wurden die Erwartungen in *Australien* geringfügig nach unten revidiert (von 3,5 auf 3,4%) und in *Neuseeland* leicht nach oben (von 3,0 auf 3,3%).

In **Afrika** (ohne *Simbabwe*) erhöhten die WES-Experten ihre Inflationsprognosen für 2008. In *Südafrika* von 7,0 auf nunmehr 9,0%. In *Tunesien* verharrten die Inflationserwartungen mit 5,3% in etwa auf dem Niveau vom Jahresanfang (5,0%), was nichtsdestoweniger gegenüber der Inflationsrate von 2,9% 2007 eine deutliche Steigerung bedeutet. In einigen anderen afrikanischen Ländern bildeten sich die Inflationserwartungen in den letzten Monaten leicht zurück, so in *Kenia* (von 15,0 auf 13,8%), in *Nigeria* (von 9,2 auf 8,6%) und in *Algerien* von 4,0 auf 3,8%).

Zinssätze: Weiterer Rückgang erwartet

Noch etwas mehr WES-Experten als zu Jahresanfang gehen von einer Zinssenkung seitens der Notenbanken im Laufe der nächsten sechs Monate aus (vgl. Abb. 3). Der Trendumschwung in den Zinserwartungen, der sich in der WES-Erhebung vom Januar 2008 erstmals seit dem dritten Quartal 2003 gezeigt hatte, geht damit weiter. Die Kapitalmarktzinsen dürften nach Einschätzung der WES-Experten im weltweiten Durchschnitt trotz der gestiegenen Inflationserwartungen stabil bleiben.

Ein ähnliches Bild wie für die Welt insgesamt ergibt sich auch für den **Euroraum**: Voraussichtlich rückläufige kurzfristige Zinsen im Laufe der nächsten sechs Monate und stabile bis leicht steigende Langfristzinsen.

In **Westeuropa außerhalb des Euroraums** wird vor allem in *Großbritannien* mit weiter deutlich sinkenden Zentralbankzinsen und auch mit rückläufigen Kapitalmarktzinsen ge-

Abb. 3

Kurzfristige Zinsen

– Aktuelle Zinssätze^{a)} und Erwartungen für die nächsten sechs Monate –



^{a)} Quartalswerte OECD, Main Economic Indicators. ^{b)} Seit Q1/2001 EURIBOR. Vorher FIBOR in Deutschland und PIBOR in Frankreich.

Quelle: Ifo World Economic Survey (WES), II/2008.

rechnet. In etwas abgeschwächter Form trifft diese Aussage auch für Schweden zu. Auf der anderen Seite werden in *Dänemark* und auch in *Norwegen* von den WES-Experten weiter steigende Zinsen erwartet.

In **Mittel- und Osteuropa** dürfte sich nach Einschätzung der WES-Experten der Zinsanstieg am kurzen und am langen Ende zunächst noch weiter fortsetzen. Eine Ausnahme von diesem Trend ist lediglich in der *Slowakei* zu erwarten. In *Ungarn* werden nunmehr, erstmals seit Ende 2006, von den WES-Experten leicht steigende kurz- und langfristige Zinsen erwartet.

Auch in den **GUS-Staaten**, vor allem in Russland, wird sich nach Ansicht der WES-Experten der Zinsanstieg in den nächsten sechs Monaten fortsetzen.

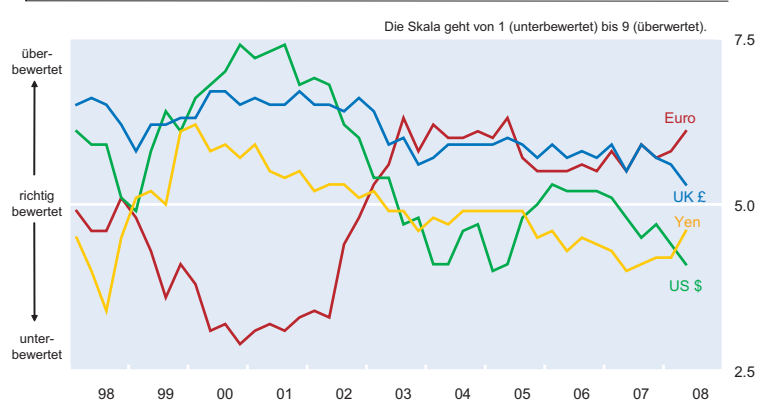
In **Mittel- und Südamerika** werden – nach vorangegangener Zinsstabilität – im Laufe der nächsten sechs Monate leichte Zinssteigerungen erwartet. Nach Ländern differenziert, ergeben sich jedoch erhebliche Unterschiede: In *Chile* scheint der vorangegangene Zinsanstieg beendet zu sein, und es werden für die nächsten Monate stabile Zinsen erwartet. In *Brasilien* dagegen ist der vorangegangene Abwärtstrend der Zinsen von Zinsanhebungen abgelöst werden; dieser Trend wird sich weiter fortsetzen.

In **Asien** wird sich nach Ansicht der WES-Experten der Aufwärtstrend der Zinsen in den nächsten Monaten weiter abschwächen und zu einem Stillstand kommen. Allerdings ergeben sich auch hier erhebliche Unterschiede nach Ländern: Weiterhin in *China* sowie *Taiwan* und zum ersten Mal seit langem auch in *Indien*, *Indonesien* und auf den *Philippinen* ist mit Zinsanhebungen seitens der jeweiligen Zentralbank zu rechnen. Mit annähernd stabilen Zinssätzen wird von den WES-Experten in *Japan* und *Südkorea* ausgegangen. In *Singapur*, *Malaysia*, *Thailand* und *Hongkong* werden die Zinsen nach Ansicht der WES-Experten in den nächsten Monaten voraussichtlich sinken.

Währungen: US-Dollar gilt noch stärker als bisher als unterbewertet

Eine wachsende Mehrheit der WES-Experten bezeichnet den *US-Dollar* als unterbewertet (vgl. Abb. 4). Im Fall des *japanischen Yens*, der ebenfalls seit langem als unterbewertet gilt, hat dagegen nach der zwischenzeitlich erfolgten Aufwertung der Anteil der WES-Experten, die den *Yen-Kurs* als zu niedrig einstufen, spürbar abgenommen. Der *Euro* wird demgegenüber noch mehr als in den vorangegangenen Erhebungen als überbewertet eingestuft. Das *britische Pfund* wird nach dem bereits eingetretenen Wertverlust als nur noch geringfügig überbewertet eingestuft.

Abb. 4
Währungsbeurteilung



Quelle: Ifo World Economic Survey, II/2008.

tretenen Wertverlust als nur noch geringfügig überbewertet eingestuft.

Zusätzlich wurden die WES-Experten wieder danach gefragt, mit welcher **Entwicklung des US-Dollar** sie in den nächsten Monaten rechnen, unabhängig wie sie den *US-Dollar* einschätzten. Bei dieser Frage rechnete die Mehrheit der WES-Teilnehmer mit voraussichtlich weiteren Einbußen beim Wert des *US-Dollar*. Diese Einschätzungen betreffen in erster Linie Asien und hier vor allem *China*, *Malaysia*, *Südkorea*, *Vietnam*, *Singapur*, *Thailand*, *Taiwan* und *Indien*. Zu einem geringeren Grad als in *Asien* wird auch in *Westeuropa* und in *Osteuropa* (hier nur mit Ausnahme von *Rumänien*) eine weitere tendenzielle Abschwächung des *US-Dollar* gegenüber der Landeswährung erwartet. Mit einem weiteren Wertverlust des *US-Dollar* wird auch in *Australien* und im *GUS-Raum* (mit Ausnahme der *Ukraine*) gerechnet. Auf der anderen Seite wird in einigen Ländern, so in einer Reihe von afrikanischen Ländern, einschließlich *Südafrika* sowie in einigen südamerikanischen Ländern wie *Argentinien* und *Chile* sowie auch in der *Schweiz*, in *Kanada*, in *Neuseeland*, der *Ukraine*, *Indonesien*, *Pakistan*, *Israel* und der *Türkei* mit einer Stärkung des *US-Dollar* gegenüber der Landeswährung gerechnet.

BIP-Wachstumserwartungen² für 2008 niedriger als Vergleichswerte vom letzten Jahr

Im weltweiten Durchschnitt wird im laufenden Jahr mit einer gesamtwirtschaftlichen Wachstumsrate von 3,0% gerechnet, was um einen halben Prozentpunkt niedriger wäre als die Rate, die zur selben Zeit im Vorjahr erwartet wurde.

² Es handelt sich hierbei um Zuwachsraten des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts in den jeweiligen Ländern, zusammengewichtet mit dem jeweiligen Länderanteil am Welthandel. Diese Zahlen sind nicht vergleichbar mit Angaben für das Wachstum der Weltwirtschaft, bei denen Kaufkraftparitäten bei der Gewichtung zugrunde liegen, wie dies z.B. bei Schätzungen des IWF üblich ist.

Tab. 2
Wachstumserwartung des realen Bruttoinlandsprodukts für 2008 und 2007 (April 2008 und April 2007)

Region	II/2008	II/2007	Region	II/2008	II/2007
Durchschnitt der 90 Länder^{a)}	3,0	3,5	Mittel- und Lateinamerika	3,9	4,5
<i>Weltbank-Länderklassen:</i>					
Hochlohnländer	2,4	2,8	Argentinien	6,6	6,8
Mittleres Einkommensniveau	5,1	5,4	Bolivien	4,0	4,3
oberes Mittel	4,7	5,3	Brasilien	4,7	3,9
unteres Mittel	5,8	5,6	Chile	4,4	4,8
Niedriglohnländer	7,2	7,0	Costa Rica	4,3	5,3
EU (27 Länder)	2,0	2,8	Ecuador	2,9	3,3
EU (alte Mitglieder) ^{b)}	1,7	2,5	El Salvador	3,0	3,5
EU (neue Mitglieder) ^{c)}	4,8	5,4	Guatemala	4,7	3,5
Eurozone ^{d)}	1,8	2,5	Kolumbien	5,3	5,5
Asiatisch-pazifischer Raum ^{e)}	5,1	5,0	Mexiko	2,4	3,5
			Panama	10,0	6,9
Westeuropa	1,8	2,5	Paraguay	5,9	4,3
Belgien	1,7	2,5	Peru	7,2	7,0
Dänemark	1,7	2,5	Trinidad und Tobago	5,0	7,0
Deutschland	1,7	2,2	Uruguay	6,4	5,3
Finnland	2,6	3,0	Venezuela	6,0	7,3
Frankreich	1,6	2,1	Asien	4,4	4,5
Griechenland	3,5	3,6	Bangladesh	6,3	6,4
Großbritannien	1,7	2,8	China	9,6	9,4
Irland	2,4	4,7	Hongkong	4,1	5,4
Island	1,5	2,0	Indien	8,5	8,3
Italien	0,6	2,0	Indonesien	6,2	6,1
Luxemburg	3,8	4,4	Japan	1,4	1,9
Malta	3,5	3,5	Korea	4,7	4,5
Niederlande	2,2	2,7	Malaysia	5,4	5,5
Norwegen	2,5	3,2	Pakistan	5,5	6,7
Österreich	2,0	2,7	Philippinen	5,7	5,7
Portugal	1,8	1,7	Singapur	6,0	–
Schweden	1,9	3,5	Sri Lanka	5,3	7,8
Schweiz	2,0	2,1	Taiwan	4,3	3,8
Spanien	2,3	3,3	Thailand	4,9	4,1
Zypern	5,5	3,8	Vietnam	8,8	7,3
Mittel- und Osteuropa	4,8	5,4	Naher Osten	5,7	5,3
Albanien	5,9	5,0	Bahrain	–	3,5
Bosnien-Herzegowina	–	6,0	Iran	5,0	4,8
Bulgarien	5,4	6,0	Israel	3,2	4,8
Estland	4,5	9,2	Jordanien	6,0	7,3
Kroatien	4,0	4,2	Kuwait	6,0	4,0
Lettland	6,1	8,8	Saudi-Arabien	5,0	3,5
Litauen	6,6	6,6	Libanon	2,5	3,0
Polen	5,2	5,8	Türkei	4,9	4,9
Rumänien	5,5	6,3	Vereinigte Arabische Emirate	9,4	8,5
Serbien und Montenegro	5,8	5,5	Afrika	k.A.	k.A.
Slowakei	7,0	8,2	Ägypten	8,0	6,0
Slowenien	4,1	4,5	Algerien	5,0	5,0
Tschechische Republik	5,0	5,4	Kenia	3,2	5,5
Ungarn	2,1	2,9	Marokko	5,8	5,5
GUS	6,7	6,6	Mauritius	5,0	5,0
Kasachstan	6,8	9,7	Nigeria	6,5	6,0
Kirgisien	5,6	4,8	Simbabwe	– 12,8	– 6,1
Russland	6,9	6,6	Südafrika	3,6	4,8
Ukraine	5,2	5,4	Tunesien	6,3	5,3
Nordamerika	1,7	2,5	Ozeanien	3,0	3,1
Kanada	1,9	2,5	Australien	3,3	3,2
USA	1,7	2,4	Neuseeland	1,6	2,3

^{a)} Innerhalb jeder Ländergruppe sind die Ergebnisse nach den Export/Import Anteilen am Weltdurchschnitt gewichtet. – ^{b)} Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien – ^{c)} Tschechische Rep., Zypern, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowenien, Slowakei (seit 1. Mai 2004), Bulgarien und Rumänien (seit 1. Januar 2007) – ^{d)} Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Spanien, Slowenien (seit 1. Januar 2007) – ^{e)} Australien, China V.R., Hongkong, Indonesien, Korea, Malaysia, Neuseeland, Philippinen, Singapur, Taiwan, Thailand, Vietnam.

Quelle: Ifo World Economic Survey (WES), II/2008 und II/2007.

de (vgl. Tab. 2). Voraussichtlich niedrigere Wachstumsraten als im letzten Jahr werden vor allem von WES-Experten in den USA gemeldet (1,7 gegenüber 2,4% im April 2007). Auch in Westeuropa (1,8 gegenüber 2,5%), in Mittel- und Osteuropa (4,8 gegenüber 5,4%) und in Lateinamerika (3,9 gegenüber 4,5%) wurden die Wachstumserwartungen von den WES-Experten für das laufende Jahr niedriger angesetzt als vor Jahresfrist. Auf der anderen Seite blieben die Wachstumserwartungen für 2008 in etwa gleich hoch wie im letzten Jahr in den GUS-Staaten (6,7 gegenüber 6,6%), wie auch in Asien (4,4 gegenüber 4,5%) und in Ozeanien (3,0 gegenüber 3,1%). Ein sogar stärkeres Wachstum als im letzten Jahr wird im Nahen Osten (5,7 gegenüber 5,3%) erwartet, allerdings nur in den Ölförderländern wie den Vereinigten Arabischen Emiraten (9,4 gegenüber 8,5%), Saudi-Arabien (5,0 gegenüber 3,5%) und Kuwait (6,0 gegenüber 4,0%). In anderen Ländern dieser Region wird mit einem etwa gleichen Wachstum gerechnet wie im Vorjahr (so in der Türkei und im Iran; jeweils etwa 5%) oder aber mit geringeren Wachstumsraten als 2007, so in Israel (3,2 gegenüber 4,8%), in Jordanien (6,0 gegenüber 7,3%) und im Libanon (2,5 gegenüber 3,0%).

Eine ausführlichere Analyse zu den einzelnen Weltregionen, der Zinsentwicklung, Inflation und Währungen findet sich in der englischsprachigen Veröffentlichung »CESifo World Economic Survey«.

Das Thema Armut bewegt die Republik. Angeheizt wird die Diskussion derzeit durch Zahlen aus dem aktuellen »3. Armuts- und Reichtumsbericht« der Bundesregierung, die teilweise schon lange vor der Publikation des Berichts in die Öffentlichkeit geraten sind. Die dort gemachten Angaben zur Höhe der Einkommensschwelle, unterhalb derer Personen einem Armutsrisiko ausgesetzt sind, und zur Verbreitung der dadurch gemessenen Armutsrisiken sind jedoch alles andere als dazu angetan, über die Entwicklungen von Einkommen und Einkommensverteilung, auf die sich die Besorgnis der Öffentlichkeit richtet, sachgerecht zu informieren.

Die Versuche der empirischen Armutsforschung, Armut messbar zu machen, basieren im Kern auf Verfahren und Indikatoren, die von Experten mangels besserer Maßstäbe gesetzt wurden. Sie haben sich im Grunde erst in den letzten Jahren durch Wiederholung und Übertragung zu einigen einigermaßen stabilen Standards verfestigt. Um die Einkommen verschieden großer Haushalte vergleichbar zu machen, wird das Haushaltseinkommen dabei durch eine nach ihrem vermuteten Bedarf gewichtete Zahl der Haushaltsmitglieder geteilt. Für diese Bedarfsgewichtung gibt es verschiedene »Äquivalenzskalen«. Gängig ist seit geraumer Zeit die so genannte »neuere OECD-Skala« (vgl. Tab. 1, Fußnote b), daneben gibt es jedoch auch eine »ältere OECD-Skala« oder in Deutschland auch die impliziten Äquivalenzskalen des früheren Sozialhilfe- und Wohngeldrechts bzw. der jetzigen Grundsicherung für Arbeitsuchende im SGB II, die allesamt zu anderen Resultaten führen würden. Als »armutsgefährdet« gelten dann in der Regel Personen, deren laufendes, bedarfsgewichtetes Nettoeinkommen unterhalb von 60% des Median (»Zentralwert«) der gesamten Verteilung bedarfsgewichteter Nettoeinkommen liegt. Als »arm« werden Personen mit Einkommen unterhalb von 40%, gelegentlich auch unterhalb von 50%, des Median bezeichnet. Praktisch alle Elemente dieser Definitionen – der Bezug zu aktuellen (und nicht zu längerfristigen Durchschnitts- oder gar Lebens-)Einkommen, die Bedarfsgewichtung, die genaue Form der Äquivalenzskalen, die relative Armutsmessung und die exakten Einkommensschwelle – sind diskussionswürdig und haben ihre konzeptionellen Probleme und blinden Flecken (vgl. etwa den Beitrag von Sinn 2008).

Selbst wenn man diese Konventionen akzeptiert – und die einschlägigen Angaben in den Armuts- und Reichtumsberichten der Bundesregierung entsprechen ihnen soweit ohne Brüche in der Konzeption – produzieren die dort angegebenen Zahlen gleichwohl, gewollt oder ungewollt, eher Chaos als Klarheit über Begriff und Umfang von Armut in Deutschland. Der Hauptgrund dafür ist die schwankende Datenbasis der Berichte bzw. genau genommen erst des aktuellen, dritten Berichts. Während die ersten beiden Berichte auf Daten der »Einkommens- und Verbrauchsstich-

probe« (EVS) des Statistischen Bundesamtes basierten,¹ werden im aktuellen Bericht gleich zwei weitere Datenquellen ins Spiel gebracht, deren Angaben mit denen der EVS nicht vergleichbar sind und die überdies auch untereinander zu stark abweichenden Ergebnissen führen: eine neue Erhebung »Leben in Europa« (EU-SILC), die das Statistische Bundesamt neuerdings für die amtliche europäische Statistik erhebt, und das »Sozioökonomische Panel« (SOEP), eine zu wissenschaftlichen Zwecken ins Leben gerufene Erhebung, die von TNS Infratest erhoben wird und beim DIW in Berlin angesiedelt ist.

Die EVS stellt die in qualitativer Hinsicht weitaus beste Erhebung zur Höhe und Struktur der Einkommen privater Haushalte dar, die in Deutschland geführt wird. Schon die Art der Erhebung trägt dazu bei, dass Auslassungen und allfällige Unterschätzungen des eigenen Einkommens durch die Befragten dort weitgehend vermieden werden. Außerdem können im Rahmen dieser Erhebung z.B. auch fiktive Mietwerte selbstgenutzten Wohneigentums erfasst werden, die dem laufenden Einkommen als besondere Art von Vermögenserträgen klar zuzurechnen sind. Dies erklärt, warum Angaben zum Durchschnittseinkommen und allen davon abgeleiteten Größen auf der Basis der EVS üblicherweise höher – d.h. vollständiger – ausfallen als bei anderen Datenbasen. Leider werden Erhebungen zur EVS, u.a. wegen des hohen Aufwandes, nur alle fünf Jahre gemacht, wobei neue Erhebungen zur EVS 2008 im laufenden Jahr gerade erst wieder stattfinden. Die beiden anderen Datenbasen werden jährlich aktualisiert, allerdings mit kleineren Stichproben, geringerem Aufwand für die Befragten und weniger vollständigen und genauen Resultaten. EU-SILC existiert im Übrigen erst seit 2004, das SOEP hingegen seit 1984. Für Aussagen über längerfristige Entwicklungen ist Letzteres daher immer noch besser geeignet, während der Aspekt der internationalen Vergleichbarkeit, unter dem EU-SILC Vorteile hat, interessant ist, aber letztlich nachrangiger sein sollte.

Angesichts dieser Brüche in der Datenbasis kann man letztlich keine der Angaben zur quantitativen Armutsmessung in Deutschland im aktuellen Armuts- und Reichtumsbericht mit Zahlen aus den früheren Berichten vergleichen (vgl. Tab. 1): Die Schwellenwerte für Armutsrisiken schwanken über die Jahre erratisch, weil sie aus verschiedenen Quellen stammen. Die unterschiedliche Höhe dieser Beträge sagt wenig bis gar nichts über nominale oder reale Entwicklungen der Haushaltseinkommen in den vergangenen Jahren, sondern reflektiert zuallererst nur variierende Erhebungsmodalitäten und einen variierenden Erfassungsgrad von Einkommen. Ob die auf solch unter-

¹ Im 1. Armuts- und Reichtumsbericht wurden überdies verschiedene Äquivalenzskalen und verschiedene Armutsschwellen nebeneinander verwendet, um konzeptionellen Unschärfen jeder einschlägigen Festlegung Rechnung zu tragen und die Aussagen zu validieren.

Tab. 1
Armutsmessung in der offiziellen Berichterstattung

Jahr	Armutsrisikoquote ^{a)} (in %)	Armutsriskoschwelle ^{b)} (in €)	Datenbasis	Quelle
1998	12,1	883 ^{c)}	EVS	1. Armuts- und Reichtumsbericht (2001)
2003	13,5	938 ^{c)}	EVS	2. Armuts- und Reichtumsbericht (2005)
	16	836 ^{d)}	SOEP	3. Armuts- und Reichtumsbericht (2008)
2005	13	781 ^{c)}	EU-SILC	3. Armuts- und Reichtumsbericht (2008)
	18	812 ^{d)}	SOEP	3. Armuts- und Reichtumsbericht (2008)

^{a)} Anteil der Bevölkerung mit einem bedarfsgewichteten Nettoäquivalenzeinkommen unterhalb der »Armutsriskoschwelle«. –
^{b)} 60% des Median (»Zentralwert«) der Verteilung der bedarfsgewichteten, monatlichen Nettoäquivalenzeinkommen; Bedarfsgewichtung nach der »neuen OECD-Skala« (Gewicht des ersten Haushaltsmitglieds: 1,0; weitere Haushaltsmitglieder über 14 Jahre: 0,5; weitere Haushaltsmitglieder unter 14 Jahren: 0,3). –
^{c)} In laufenden Preisen. –
^{d)} In Preisen des Jahres 2000.

Quelle: Zusammenstellung des ifo Instituts.

schiedlicher Basis gemessenen Armutsrisikoquoten mit denen der früheren Armutsberichte irgendwie vergleichbar sind, steht für EU-SILC dahin, während es für das SOEP offenkundig nicht der Fall ist. Immerhin liefert der aktuelle Bericht am Rande eine längere Zeitreihe für Angaben auf der Basis des SOEP nach, die auf einen gewissen Anstieg dieser Quote seit 2003 hindeutet.

Ähnlich chaotisch ist im Übrigen das Verhältnis der Armutsmessung zu Angaben im selben Bericht zum Thema »Reichtum«: In den darauf bezogenen Abschnitten werden zur Messung weiterhin Daten aus der alten EVS 2003 verwendet, weil bei deren Aufbereitung nun weitere konzeptionelle Fortschritte bei der Einbeziehung von Vermögen erzielt werden konnten. Auch die Schwellenwerte für Reichtum werden etwas anders definiert. Als »reich« gilt, wer ein Einkommen von mehr als 200% des arithmetischen Mittels (»Mittelwert«) der Verteilung bedarfsgewichteter Nettoeinkommen erzielt; die entsprechende Zahl von 3 418 € pro Monat passt also in mehr als einer Hinsicht (Bezugsjahr, Datenbasis, Referenzgröße) nicht zur Messung von Armutsrisiken.

Der aktuelle Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung weist an anderer Stelle durchaus vielversprechende Ansätze auf, etwa wenn er – angelehnt an Arbeiten des Ökonomie-Nobelpreisträgers von 1998, Amartya Sen (1985) – versucht, der Vieldimensionalität der Phänomene Armut und Reichtum durch die Einführung vieler weiterer Kennziffern aus den Bereichen Bildung, Erwerbstätigkeit, Gesundheit, Wohnsituation und politische Partizipation Rechnung zu tragen. Im Bereich der Armutsmessung auf der Basis von Einkommensdaten versagt der Bericht jedoch in krasser Weise.

Die eingangs geschilderten Verfahren und Standards der empirischen Armutsforschung ergeben im Grunde überhaupt nur dann einen Sinn, wenn sie bei unveränderter, möglichst verlässlicher Datenbasis einen stabilen Bezugsrahmen für die Beobachtung von zeitlichen Veränderungen der Einkommensverteilung schaffen. Auch dann muss man immer noch sehr genau aufpassen, was etwaige Verschiebungen von deren Struktur im Zeitablauf eigentlich treibt – ob es nicht

zum Beispiel Änderungen der Haushaltsstruktur sind, die sich über die Modalitäten der Bedarfsgewichtung über Gebühr nach vorne schieben.² Der jetzige, 3. Armutsbericht der Bundesregierung gibt diese mögliche Legitimation solcher Angaben jedoch weitgehend preis und verhindert, dass die offizielle Armutsberichterstattung eine längere Zeitreihe von in diesem Sinne aussagekräftigen Ergebnissen produziert, bevor der Einstieg in eine solche kontinuierliche Berichterstattung wirklich vollzogen ist. Besser wäre es wohl gewesen, zunächst noch in weitere konzeptionelle Verbesserungen zu investieren, die Berichterstattung auf einen Fünfjahresrhythmus umzustellen und mit dem nächsten Bericht die Ergebnisse der laufenden EVS-Erhebung abzuwarten, die nun mal erst für 2009/2010 zu erwarten sind.

M.W.

Literatur

Grabka, M.M. und J.R. Frick (2008), »Schrumpfende Mittelschicht: Anzeichen einer dauerhaften Polarisierung der verfügbaren Einkommen?«, *DIW-Wochenbericht* (10), 101–108.
 Sen, A. (1985), *Commodities and Capabilities*, North-Holland, Amsterdam.
 Sinn, H.-W. (2008), »Der bedarfsgewichtete Käse und die neue Armut«, *ifo Schnelldienst*, 61(10), 14–16.

² Diese Vermutung drängt sich z.B. angesichts der Ergebnisse einer jüngst ebenfalls viel diskutierten Arbeit des DIW zur »Schrumpfenden Mittelschicht« auf (vgl. Grabka und Frick 2008). Sie basiert wie die »Zweitangaben« im aktuellen Armutsbericht zur Höhe der Armutsrisikoquote auf Daten des SOEP. Die dort nachgezeichnete Ausdünnung des Bereichs um den Median der Verteilung bedarfsgewichteter Nettoeinkommen während der letzten Jahre könnte wegen des zeitgleich erfolgten Rückgangs der Zahl größerer Haushalte und des Anstiegs der Zahl der Ein-Personen-Haushalte überzeichnet sein. Bei der auch an dieser Stelle verwendeten »neuen OECD-Skala« für die Bedarfsgewichtung des Haushaltseinkommens könnte der erste Trend nämlich eine rechnerische Abwanderung aus der Mitte nach oben, der zweite Trend eine Abwanderung nach unten bewirken. Beide Trends könnten im Übrigen durch eine weitere Eigenart dieser Datenquelle, nämlich die wiederholte Befragung möglichst stets derselben Haushalte, verstärkt werden. Ein Nachteil dieses in mancherlei Hinsicht sehr sinnvollen Ansatzes ist, dass dabei regelmäßig Kinder aus bestehenden Haushalten auswandern und andere Haushalte durch Trennung oder Tod schrumpfen, ohne dass dies in vollem Maße repräsentativ für die Dynamik aller Haushalte in der Bevölkerung sein muss. In jedem Fall müssten die Schlussfolgerungen der Arbeit durch Verwendung alternativer Gewichtungsschemata abgesichert werden.

Der ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft Deutschlands ist im Mai gestiegen, nachdem er im Vormonat deutlich nachgegeben hatte. Trotz der Verbesserung konnte er daher seinen Rückgang vom April nur teilweise wettmachen. Die befragten Unternehmen beurteilten ihre aktuelle Geschäftslage positiver als im Vormonat. Hinsichtlich der Geschäftsentwicklung im nächsten halben Jahr sind sie ebenfalls ein wenig zuversichtlicher. Insgesamt zeigen die Befragungsergebnisse der letzten Monate, dass die deutsche Wirtschaft tendenziell an Schwung verliert. Wie aber gerade die jüngsten Resultate belegen, verfügt sie über ein solides Fundament, so dass momentan ein Absacken der Konjunktur nicht zu befürchten ist.

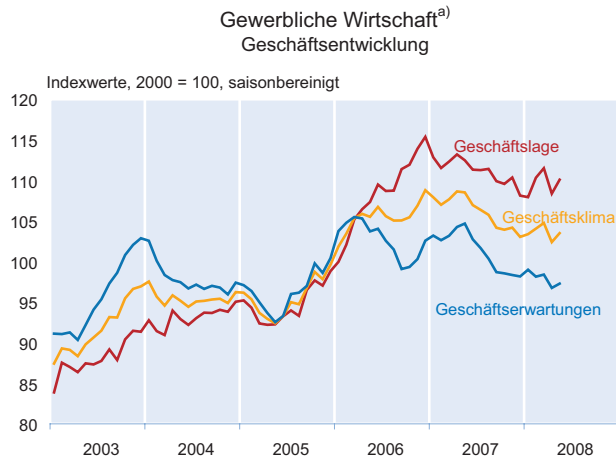
Das ifo Geschäftsklima hellte sich sowohl im verarbeitenden Gewerbe als auch im Groß- und Einzelhandel auf. In diesen Wirtschaftsbereichen konnte sich der Geschäftsklimaindex von seinen jeweils deutlichen Abschlägen im April etwas erholen. Im Bauhauptgewerbe stagnierte der Geschäftsklimaindikator, nachdem er im Vormonat leicht gestiegen war.

Das ifo Beschäftigungsbarometer für die gewerbliche Wirtschaft Deutschlands, das aus den Konjunkturtestergebnissen berechnet wird, ist im Mai merklich gestiegen. Es konnte damit seinen Rückgang vom April wieder ausgleichen und liegt in etwa bei den Werten, die es zu Jahresbeginn erreicht hatte. Die Perspektiven für die weitere Arbeitsmarktentwicklung sind daher nach wie vor gut, der Personalaufbau hält auch im Frühjahr an.

Im **verarbeitenden Gewerbe** hat sich das Geschäftsklima aufgehellt. Die Verbesserung resultiert aus einem Anstieg des Klimaindixators im Bereich Konsumgüterherstellung. Bei den Produzenten von Vorleistungsgütern blieb er dagegen nahezu unverändert, und bei den Investitionsgüterherstellern verschlechterte er sich sogar geringfügig. Insgesamt sahen die Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe sowohl ihre augenblickliche Geschäftslage als auch ihre Perspektiven für die kommenden sechs Monate positiver als im Vormonat. Die Nachfragesituation entwickelte sich lebhafter, die zu großen Lagerbestände konnten etwas abgebaut werden, und die Produktionstätigkeit wurde erhöht. Vor allem die Hersteller von Gebrauchsgütern fuhren ihre Fertigung deutlich hoch und konnten darüber hinaus ihre zu hohen Lagerbestände merklich reduzieren. Die chemische Industrie bezeichnete die Lagerbestände sogar als angemessen, während der Maschinenbau schon seit einigen Monaten von zu kleinen Beständen berichtet. Die Bewertung der Fertigwarenlager deutet bei den Produzenten daher nicht – wie es

¹ Die ausführlichen Ergebnisse des ifo Konjunkturtests, Ergebnisse von Unternehmensbefragungen in den anderen EU-Ländern sowie des Ifo World Economic Survey (WES) werden in den »ifo Konjunkturperspektiven« veröffentlicht. Die Zeitschrift kann zum Preis von 75,- EUR/Jahr abonniert werden.

Abb. 1

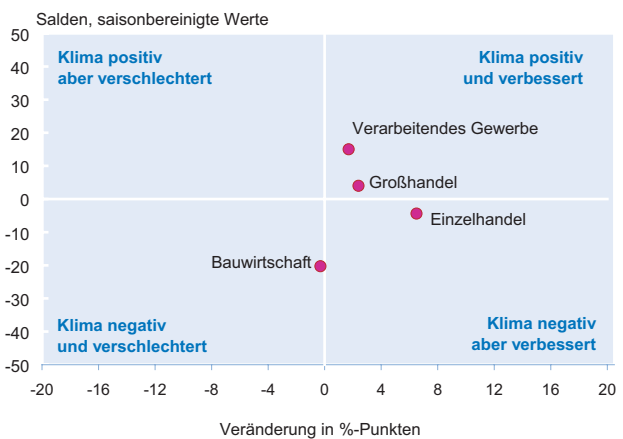


a) Verarbeitendes Gewerbe, Bauhauptgewerbe, Groß und Einzelhandel.

Quelle: ifo Konjunkturtest.

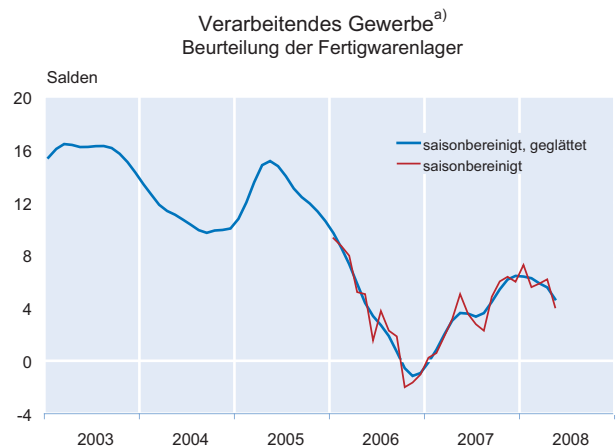
Abb. 2

Geschäftsklima nach Wirtschaftsbereichen im Mai 2008



Quelle: ifo Konjunkturtest.

Abb. 3



Salden aus den Prozentsätzen der Meldungen über zu große und zu kleine Lagerbestände

a) Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung.

Quelle: ifo Konjunkturtest.

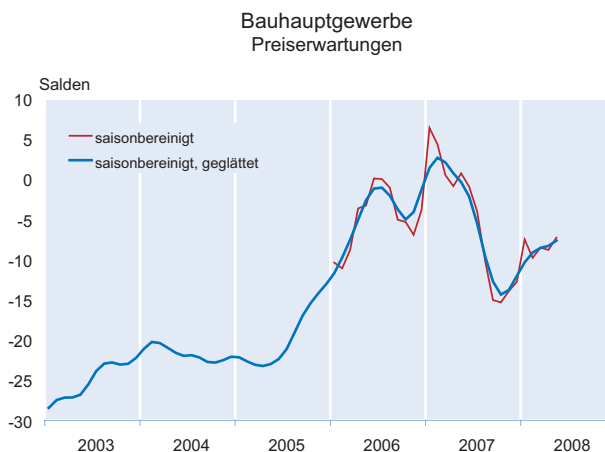
etwa in der Endphase eines Aufschwungs nicht unüblich wäre – an, dass es zu einem deutlichen unfreiwilligen Anstieg der Lagerbestände gekommen wäre. Die Exportindustrie beurteilte ihre Chancen im Auslandsgeschäft weiterhin als gut, war aber nicht mehr ganz so optimistisch wie im Vormonat. Den Unternehmensmeldungen zufolge hat sich im verarbeitenden Gewerbe die Ertragssituation im vergangenen halben Jahr kaum noch verbessert. Die Zufriedenheit mit der Ertragslage hat daher etwas abgenommen. Der starke Euro, die gestiegenen Energiekosten sowie die höheren Preise für Rohstoffe haben hier ihren Niederschlag gefunden.

Das Geschäftsklima im **Bauhauptgewerbe** blieb nahezu unverändert und ist nach wie vor relativ gut. Die Unternehmen bewerteten ihre aktuelle Geschäftslage zwar zum dritten Mal in Folge weniger kritisch, doch sind sie hinsichtlich der Geschäfte im kommenden halben Jahr zurückhaltender als im Vormonat. Verantwortlich für die etwas günstigere Einschätzung der aktuellen Lage waren die Unternehmen im Tiefbau, im Hochbau wurden die augenblicklichen Geschäfte dagegen leicht schlechter eingeordnet. Die Unzufriedenheit über den Auftragsbestand nahm insgesamt etwas ab, und der Anteil der Firmen, die über einen Mangel an Aufträgen berichteten, verringerte sich. Witterungseinflüsse behinderten die Produktion kaum noch, und die Geräte waren mit saison- und witterungsbereinigt 68% ähnlich gut ausgelastet wie vor Jahresfrist. Die Bauproduktion soll in den nächsten drei Monaten jedoch nicht mehr so kräftig ausgeweitet werden wie zu Jahresbeginn. Dennoch erwarten die Unternehmen für die kommenden Monate eine moderate Fortsetzung des Baupreisanstiegs.

Im **Großhandel** hat sich das Geschäftsklima nach der deutlichen Eintrübung im Vormonat im Mai wieder etwas aufgehellt. Die momentane Geschäftslage wurde von den Unternehmen wieder etwas positiver bewertet, und die zu großen Lagerbestände konnten deutlich reduziert werden. Unterschiedlich wurden innerhalb des Großhandels die Perspektiven für die nächsten sechs Monate eingeschätzt. Während im Konsumgütergroßhandel die Zuversicht gestiegen ist, hat der Produktionsverbindungshandel seine Erwartungen zum weiteren Geschäftsverlauf heruntergeschraubt. Dies wirkt sich auch auf die Bestellplanungen der Großhändler aus: Während die Konsumgütergroßhändler ihre Order erhöhen wollen, ist der Produktionsverbindungshandel abwartend.

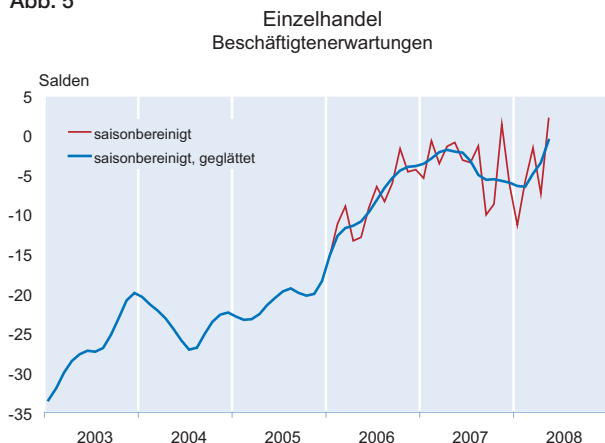
Im **Einzelhandel** wurde die Geschäftslage spürbar günstiger als im Vormonat bewertet. Obwohl die Lagerbestände etwas abgebaut werden konnten, sind die Einzelhändler bei ihren Bestellungen dennoch vorsichtig. Der Aufwärtsdruck auf die Einzelhandelspreise ist – insbesondere getrieben durch die Nahrungs- und Genussmittel – weiterhin hoch. Besonders ausgeprägt verbesserte sich das Geschäftskli-

Abb. 4



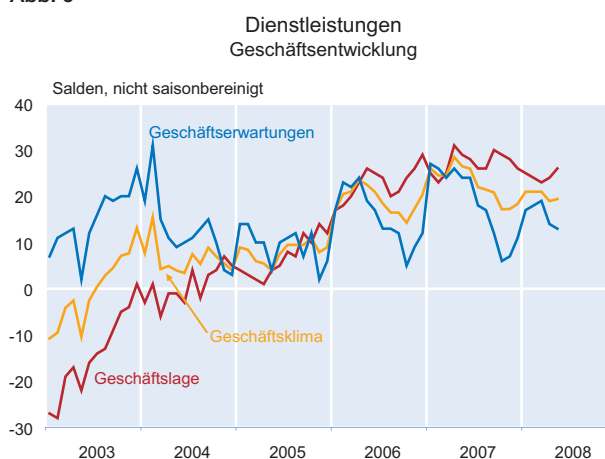
Salden aus den Prozentsätzen der Meldungen über steigende und sinkende Baupreise
Quelle: ifo Konjunkturtest.

Abb. 5



Salden aus den Prozentsätzen der Meldungen über steigende und sinkende Beschäftigung
Quelle: ifo Konjunkturtest.

Abb. 6



Quelle: ifo Konjunkturtest.

ma im Einzelhandel mit Gebrauchsgütern, wie etwa Möbel oder Unterhaltungselektronik. Kräftige Umsatzeinbußen im Vergleich zum Vorjahr mussten dagegen die Textileinzelhändler, die Schuheinzelhändler und die Tankstellen hinnehmen. Hinsichtlich der Geschäftsentwicklung im kommenden halben Jahr sind die Einzelhändler unverändert verhalten optimistisch. Sie planen daher auch die Zahl der Beschäftigten weiter moderat aufzustocken.

Der Anstieg des ifo Geschäftsklimas für die gewerbliche Wirtschaft Deutschlands resultierte im Mai aus den konsumnahen Bereichen. In der gesamten Kette, von den Konsumgüterproduzenten über die Konsumgütergroßhändler bis hin zu den Einzelhändlern, verbesserte sich das Geschäftsklima. Zwar deutet dies noch keinen Durchbruch an, aber es ist zumindest ein Hoffnungsschimmer für den privaten Konsum in Deutschland.

Von einer günstigeren aktuellen Geschäftslage berichteten die Unternehmen im **Dienstleistungsgewerbe**². So beurteilten etwa die Vermieter von beweglichen Sachen – zu denen Fahrzeuge, Maschinen und Geräte gehören – ihre Lage erheblich positiver. Auch die Datenverarbeitungsdienstleister sind mit ihrer momentanen Situation zufriedener als im Vormonat. Dem stehen aber auch Dienstleistungsbereiche gegenüber, in denen die Geschäftslage merklich zurückhaltender bewertet wurde. Hierzu zählen der Güterverkehr sowie die Transportunternehmen. Nicht nur, dass diese in besonderem Maße von den Ölpreissteigerungen betroffen sein dürften, den Meldungen der Unternehmen zufolge ist auch ihr Umsatz bzw. die Nachfrage nach ihren Leistungen kaum noch gestiegen. Daher sind sie unzufriedener mit ihren Auftragsbeständen. Darüber hinaus erwarten sie in den nächsten sechs Monaten keine Verbesserung ihrer Geschäftssituation. Im Gesamtdurchschnitt, über alle einbezogenen Dienstleistungen, wurden die Perspektiven für das kommende halbe Jahr ebenfalls etwas weniger zuversichtlich als im Vormonat bewertet. Der Geschäftsklimaindikator – zusammengesetzt aus den Teilkomponenten Beurteilung der aktuellen Lage und Geschäftserwartungen – ist aufgrund der verbesserten Lagebeurteilung insgesamt dennoch leicht gestiegen.

² In den Ergebnissen für die »gewerbliche Wirtschaft« nicht enthalten.

5 | 2008

35. Jahrgang

ifo Konjunktur- perspektiven

Inhalt

- 1 Industrie:
Produktionssteigerungen
- 13 Bauwirtschaft:
Geschäftsaussichten nur leicht eingetrübt
- 19 Großhandel:
Klima aufgehellt
- 25 Einzelhandel:
Geschäftslage wieder verbessert
- 31 Dienstleistungen:
Klimaindikator steigt geringfügig
- 34 Beschäftigungsbarometer
- 35 Konjunkturindikatoren EU
- 39 Konjunkturindikatoren Weltwirtschaft



Institut für
Wirtschaftsforschung
an der Universität München

CESifo WORLD ECONOMIC SURVEY

VOLUME 7, No. 2

MAY 2008

The Results of the 100th Poll

WORLD ECONOMIC CLIMATE

World Economic Climate deteriorates further

ECONOMIC EXPECTATIONS

Assessments of the current economic situation and economic expectations downgraded

INFLATION

Higher inflation expected in 2008

INTEREST RATES

Decline of interest rates expected

CURRENCIES

US dollar remains undervalued

SPECIAL TOPIC

Doha Round of trade negotiations



International Chamber of Commerce
The world business organization

With the support of

CESifo
www.cesifo.de/wes

ifo Institut für Wirtschaftsforschung

im Internet:

<http://www.ifo.de>

